

HAUPTSTADT POSEN.
28. JUNI 1916

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 25.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 16. bis 22. Juni 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 27. Juni 1916.

Inhalt: Die Wünsche der Polen, S. 617. — Von der öffentlichen Meinung im Polentum, S. 619. — Die Stellung des „Kraj“ zur Nationaldemokratie, S. 621. — Bürgerlicher Mut; Polen in der deutschen Verwaltung, S. 622. — Das „Heute“, wirtschaftlich und national, S. 623. — Tagung der Industrievereine, S. 624—626. — Das zweite Kriegsjahr, S. 627. — „Die Nationalliberalen und der Kanzler“, S. 627. — Das „Ausführungskomitee“ im Westen und die Kriegswohlfahrtspflege, S. 628, 629. — Aus der Lausitz, S. 630. — Die polnisch-deutsche Annäherung, S. 630. — Die Aufstände der Iren und der Polen, S. 631. — über Wielopolski und Dmowski, S. 632. — Zu den Wahlen in Warchau, S. 632—636. — Der Schulverein, S. 636. — Zur litauischen Frage, S. 637. — Bodenpolitik in Polen, S. 638. — Die wirtschaftliche Wiedergeburt Polens, S. 639. — Eine Denkschrift des Wiener Polentklubs, S. 639. — Die Polenfrage im ungarischen Reichsrat, S. 640—643. — Aus Rußland; Reiseschilderung, S. 643. — Miljutow und die Lausanner Polenfürher, S. 644. — Zur „Selbstverwaltung“ Polens, S. 645. — Die russische Behandlung der Vertriebenen, S. 645. — Die polnischen Kriegsgefangenen in Frankreich, S. 645. — Die Einladung an Sienkiewicz zur französischen Front, S. 646. — Ein Vortrag über Polen, gehalten in Bern, S. 646.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 26 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 18. Juni 1916.

Die Wünsche der polnischen Bevölkerung.

Im ganzen Staate wird jetzt über eine neue innere Orientierung sehr viel gesprochen. Die Presse aller Schattierungen schreibt darüber ausführlich. Vielleicht die einflussreichste Partei ist in diesem Augenblicke das Zentrum. Es verlangt unter anderem vor allem die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Der Reichstag hat schon mehrfach diese Aufhebung beschlossen, der Bundesrat kann also ohne weitere Befragung des Reichstags die Sache erledigen. Es sind allerdings auch Petitionen an den Reichskanzler gerichtet worden, die dahin gingen, daß diese Sache jetzt nicht erledigt werden möchte, und deswegen bleibt sie gewiß bisher in der Schwebe. Aber andererseits erklären sogar Parteien, die so wenig Gemeinsames mit den Katholiken haben, wie die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, daß sie in dieser Hinsicht mit dem Zentrum übereinstimmen. Und trotzdem muß auch das Zentrum auf die Verwirklichung der neuen Orientierung geduldig warten. . . .

Die Sozialdemokraten haben eine ganze Reihe von Forderungen. Manche von ihnen wurden schon während des Krieges berücksichtigt, besonders die Abänderung des Vereinsgesetzes. Und auch andere Parteien waren in dieser Hinsicht interessiert. Die Polen nutzten gleichfalls die Neugestaltung des Gesetzes aus, obgleich sie noch die Aufhebung des Sprachenparagraphen gewünscht hätten. Bekanntlich war der Grund, warum dieser Wunsch gegenwärtig nicht berücksichtigt wurde, kein anderer, als die Rücksicht auf einen anderen nicht polnischen Landesteil, in dem die Aufhebung dieses Paragraphen gegenwärtig nicht entsprechend schien.

Der Wunsch der ganzen deutschen Linken ist die Änderung der Wahlordnung für den preußischen Landtag. Davor fürchtet sich dagegen die Rechte, die gegenwärtig die Mehrheit im preußischen Landtage hat. Für uns Polen ist diese Frage keineswegs klar.

Wir wissen nicht, wie beschaffen gegebenenfalls das neue Wahlrecht und die neue Einteilung der Wahlkreise sein werden. Wir wissen auch gar nicht, ob eine neue Mehrheit des Landtages für uns nützlicher wäre. Im preußischen Landtage werden außer den nationalen Fragen noch wirtschaftliche Fragen entschieden, die uns nahe angehen. Die bisherige Mehrheit ist, wenn gleich sie uns in mancher Hinsicht gegnerisch gesinnt ist, hinsichtlich der Verteidigung der Landwirtschaft sehr entschieden. Die Interessen der Landwirtschaft sind die Lebensinteressen unserer landwirtschaftlichen Landesteile. Ob ein liberalisierter Landtag sie ebenfalls berücksichtigen würde, das wissen wir nicht, vielmehr könnte man daran zweifeln, ebenso auch, was die religiöse Frage anbetrifft. Bekanntlich ist einer der Programmpunkte der Liberalen die Konfessionslosigkeit der Schule. Das ist nur eine Einzelheit, und man könnte ihrer viel mehr finden. Die Regierung würde sich mit der Veränderung der Landtagsorganisation höchst wahrscheinlich ebenfalls liberaler gestalten. Ihr Verhältnis zu den kirchlichen Angelegenheiten ist gegenwärtig für einen protestantischen Staat ziemlich erräglich (trotzdem manche katholische Forderung noch nicht erfüllt ist), es könnte sich dann in einer für den Katholizismus nicht erwünschten Richtung bedeutend ändern. Und das geht uns als katholisches Volk sehr nahe an.

Außerdem geht uns die Frage der inneren Orientierung uns gegenüber nahe an. Die gegenwärtige Regierung, die aus den bisherigen Verhältnissen herausgewachsen ist, hat uns durch den Mund des Ministers des Innern eine neue Orientierung nach dem Kriege versprochen. Zwar walten gerade in diesem Augenblicke zwischen der Regierung und der Mehrheit des Landtages in manchen Fragen verschiedene Ansichten ob. Aber immerhin besteht die Regierung und ihr ganze gegenwärtige Organisation auf der Grundlage der gegenwärtigen Verhältnisse. Jetzt könnte es sich dieser Mehrheit angenommen um persönliche Änderungen handeln. Das Wesen der gegenwärtigen Regierung, die uns ein öffentliches Versprechen gegeben hat, wird solange unverändert bleiben, solange der Landtag das bleibt, was er gegenwärtig ist. Ob eine in ihrem Wesen neue Regierung, welche hervorginge aus einer infolge eines neuen Wahlrechts völligen Änderung der Verhältnisse, sich durch das von der gegen-

wärtigen Regierung abgegebene Versprechen gebunden fühlen würde, das wissen wir nicht.

Dieser grundsätzliche Punkt der neuen inneren Orientierung in Preußen bildet für uns mindestens ein ernstes Fragezeichen. Ob die Polen sich werden der Forderung einer Änderung des Landtagswahlgesetzes anzuschließen haben, das ist im allgemeinen sehr zweifelhaft. Das hängt von den Vorschlägen und den Verhältnissen ab.

Und welches sind jetzt die unmittelbaren Wünsche der polnischen Bevölkerung betreffend die neue Orientierung? Was die preußische Regierung betrifft, so wünschen die Polen, nachdem sie ihre Treue gegenüber dem Staate bewiesen haben, indem sie ihr Blut in Verteidigung der Unversehrtheit des Staates vergossen, natürlich völlige Gleichberechtigung mit den übrigen Bürgern dieses Staates. Im Bereich der Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Reiches unterliegen, also dem Reichstag und dem Bundesrat, sowie der Reichsregierung, kann die neue Orientierung gegenüber den Polen überhaupt nur wenige Punkte betreffen. Die Nationalitätenfragen spielen sich nur zu einem kleinen Teil auf dem Gebiete des Reichstags ab.

Anderes ist es im Landtage. Dort ist ihr Gebiet bedeutend. Bekanntlich stellt die deutsche Linke auf dem immerpreußischen Gebiet die weitestgehenden Forderungen. Es handelt sich ihr um eine Änderung der gesetzgeberischen Organisation, aus welcher sich weitgehende allgemeine Änderungen ergeben. Die Polen haben Wünsche, die um vieles weniger weit reichen. Sie wünschen nicht eine Änderung der inneren Organisation des Staates als solchen. Es handelt sich ihnen vor allem darum, daß sie auf Grund der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse Gleichberechtigung erlangen. Es handelt sich ihnen nicht um die Umgestaltung der ganzen Politik und der inneren Gesetzgebung im Staate, wie den Sozialisten und den Freisinnigen, sondern einzig um die Beseitigung des antipolnischen Charakters der bestehenden Bestimmungen und Gesetze. Überwiegend haben die Polen nichts gegen die bestehenden Gesetze, wenn sie nur auch in gleicher Weise wie die übrigen Staatsbürger von ihnen Gebrauch machen könnten. So z. B. die Ansiedlung. Das ist eine an sich gute und vernünftige Sache. Die Polen wünschen nur, daß sie in gleicher Weise wie die übrigen Staatsbürger zu ihr zugelassen werden. Auf diesen Standpunkt stellte sich die polnische Landtagsfraktion schon während des Krieges, indem sie in der Kommission den Wunsch ausdrückte, daß die innere Ansiedlung paritätisch gehandhabt werde. Ähnlich ist es in vielen anderen Sachen. Dort dagegen, wo die Polen die Aufhebung des ganzen Gesetzes verlangen, laufen ihre Wege mit denen der Linken zum Teil entschieden auseinander.

Einer der heißesten Wünsche der Polen ist die Aufhebung des Enteignungsgesetzes. Die deutsche Linke wünscht im Gegenteil die Erweiterung desselben auf den ganzen Großgrundbesitz, auch auf den deutschen. Das Gesetz soll angeblich den Ausnahmecharakter verlieren, aber für uns soll es noch feindlicher werden, denn als allgemeines Gesetz ist es von dem Gesichtspunkte des einen Teiles der staatlichen Bevölkerung aus schwer zu kritisieren. Dafür erwachen in den Reihen der Rechten und des Zentrums, überhaupt aller Parteien, die die gegenwärtige soziale Organisation zu erhalten wünschen, immer größere Symptome der Kritik gegenüber diesem Gesetz. Man begriff im Schoße dieser Parteien, welche Gefahr es in Zukunft für den heute mächtigen deutschen Großgrundbesitz bedeutet, welche Lösungen es naturgemäß inmitten des deutschen landlosen Volkes festigen wird. So ist denn dieses Gesetz vom sozialen Gesichtspunkte aus schon lange auf der Seite derjenigen zur Beseitigung bestimmt, die es seinerzeit beschlossen haben, und man muß annehmen,

daß es sich in der neuen Orientierung im Vordergrund befinden wird.

Weder gegenüber den Polen, noch gegenüber den deutschen Parteien wurde der Umfang der künftigen neuen Orientierung genau bezeichnet. Wir wissen dagegen, daß grundsätzlich keiner der strittigen Punkte von ihr ausgeschlossen wurde. Angesichts des breiten Zuschnitts dieser Sache lassen wir uns vor der Hand in eine Aufzählung der sie betreffenden Umstände nicht ein. Wir berühren nur diejenigen von ihnen, von welchen schon in der deutschen Presse die Rede war. Noch vor kurzem erinnerte eins der Blätter daran, daß in der Frage des polnischen Religionsunterrichts eine grundsätzliche Regelung der Sache in einem den Polen günstigen Sinne nicht nur der Wunsch der letzteren, sondern auch breiter deutschkatholischer Kreise sei. Ebenso hat man sich in der nicht auf katholischem Standpunkte stehenden deutschen Presse ohne Vorbehalt dafür erklärt. Wir lasen auch freundliche Äußerungen in deutschen Broschüren und Artikeln nach der Richtung hin, daß künftig in den Schulen, wie es früher der Fall war, auch die polnische Sprache wiederum Berücksichtigung finde. In diesen Äußerungen wurde betont, daß dies auch den deutschen Schülern zugute käme, da besonders die deutsche Handelswelt, und auch andere Kreise unter der völligen Unkenntnis der polnischen Sprache manchmal empfindlich litten.

Nicht minder tauchten in der deutschen Publizistik Ansichten auf, daß der Wunsch unseres Volkes berücksichtigt werden müßte, der dahin geht, daß man die Beamten polnischer Nationalität nicht in deutsche Gegenden versetzen möge. Es wurde betont, daß es im Interesse des Staates liege, daß angesichts der Erweiterung des Gebietes der polnischen Angelegenheiten durch den Krieg und des begonnenen Verhältnisses des Staates zu einer weit größeren Anzahl von Polen wie früher die polnische Bevölkerung auch innerhalb der bisherigen Grenzen des Staates sich an die Teilnahme an dem Staatsleben gewöhne.

Über die Organisation der von dem russischen Joche befreiten Länder wurden in der deutschen Publizistik verschiedene Stimmen laut, die mit den Wünschen der Polen übereinstimmten. Das Königreich Polen für die Polen und in einem nahen Verhältnisse zu Deutschland. Weg mit sämtlichen Spuren der Russifizierung, die von diesem Lande so schwer empfunden wurden! Die Rücksicht auf diese Annäherung der polnischen Gebiete an das neue Großdeutschland und ihre Abzweigung von Rußland für immer, die von der Reichstagstribüne herab durch den Reichskanzler angekündigt wurde, wirkte nun auch auf viele höhere deutsche Geister nach der Richtung der Festigung eines freundlichen Verhältnisses zur polnischen Bevölkerung innerhalb der gegenwärtigen Reichsgrenzen und dahin ein, aus dieser Bevölkerung einen zufriedenen Faktor zu machen, der ebenso, wie er es während des Krieges auf militärischem Gebiet zu tun weiß, auch in der Friedenszeit eine Stütze des Staates würde.

Es gibt auch gegenteilige, zweifelnde, mißtrauische Äußerungen, die sich auf Symptome des Geistes der Negation auf polnischer Seite stützen und aus den Zeiten und Verhältnissen vor dem Kriege herkommen. Aber darauf antworten andere deutsche Stimmen, die uns besser kennen und feststellen, daß bei uns immer mehr Verständnis für die neuen Zeiten erwache und immer breitere Kreise erfasse. Wie jene zweifelnden deutschen Stimmen sich auf die Überbleibsel des Geistes der Negation unter uns berufen, so berufen sich die uns wohlwollenden Äußerungen auf die an Macht wachsenden Symptome der polnischen positiven Politik in Schlesien, in Westpreußen und auch im Großherzogtum. Sie führen auch Absätze aus polnischen Zeitungen und Broschüren an und schließen aus ihnen, daß es sich fürwahr verlohnte, mit dem polnischen

Element Frieden zu machen und die Wünsche unserer Bevölkerung zu befriedigen. Diese Stimmen bezweifeln nicht, daß wir uns von dem Geist des Radikalismus, der die neue Orientierung erschwert, gänzlich freimachen würden.

So ist also diese neue Orientierung, wenngleich ihre Gesamtgestalt uns noch unbekannt, wenngleich sie uns, wie anderen erst für die Zeit nach dem Kriege angekündigt ist, und sich an die Geduld unseres politischen Verstandes wendet, dennoch jetzt schon der Gegenstand der Erwägung nicht nur auf unserer, sondern auch auf deutscher Seite.

Wünsche hat unsere Bevölkerung viele, und bestimmt nicht minder heiße, wie die deutschen Parteien. Ihre Erfüllung berührt jedoch nicht so wesentlich den inneren allgemeinen Organismus des Staates und seine Grundlagen selbst, wie z. B. die Wünsche der Sozialisten. Es ist somit leichter, uns zu befriedigen, als andere.

Viele von unseren Forderungen gehören überhaupt nicht in das Bereich der Gesetzgebung, sondern sie hängen von Verfügungen ab. Wer sich die Mühe genommen hat, sich in dem staatlichen Organismus, soweit er die Polen betrifft, umzusehen, der weiß, daß sehr wenig Gesetze durch ihren Inhalt selbst uns entgegen sind. In vielen Fällen handelt es sich nur um ihre administrative Anwendung. Man kann sie so oder anders interpretieren. Die Zuständigkeit der Regierung und ihrer Organe ist überwiegend sehr breit. Das Verhältnis zwischen der Regierung und den Polen ist in diesen überaus zahlreichen Fällen entscheidend. Welcher Fingerzeig daraus für uns sich ergibt, das ist mehr als klar.

Ohne die Mitbeteiligung der gesetzgeberischen Faktoren ist eine Tatsache von ungeheurer Tragweite zustande gekommen, welche unsere katholischen und polnischen Herzen mit Freude und Dankbarkeit durchdringt, nämlich die Beendigung der Verwaisung unserer Erzbischöfe. Diese Freude wurde uns schon während des Krieges. Sie ist nicht auf die Zeit nach dem Kriege verschoben worden. Ob nicht diese oder jene andere ebenfalls schon möglich gewesen wäre und ob unsererseits alles geschah, was notwendig war, um durch das Wecken des Vertrauens der Regierung uns gegenüber sie herbeizuführen, darüber könnten die viel reden, welche die politischen Angelegenheiten von der Nähe aus verfolgen. Ob auch künftighin vor der allgemeinen neuen Orientierung nicht diese oder jene Freude uns zufließen könnte, wenn wir sie durch unser ferneres Verhalten herbeizuführen wüßten, darauf kann man dreist bejahend antworten. „Jeder ist seines Glückes Schmied“ — sagt ein Sprichwort. Das findet auch auf uns Anwendung, jetzt mehr als je.

Aus Nr. 23 des „Kraj“ (Wissa i. P.)
vom 15. Juni 1916.

Die Meinung.

Welches sind die verschiedenen politischen Strömungen unter den Polen in Preußen? Welches ist ihre öffentliche Meinung? Welches ist die Ansicht unserer Volksgemeinschaft hinsichtlich der laufenden Angelegenheiten? Das sind Fragen, auf die wir sowohl in der polnischen als auch in der deutschen, sowie ferner in der ausländischen Publizistik fertige und sehr bestimmte Antworten finden. Es liegt vor uns eine ganze Reihe solcher Antworten. Eine Pariser Zeitung schreibt, daß unsere ganze Volksgemeinschaft in dem Geiste des geschlossenen Protestes gegen den Staat lebe, in dessen Bereich wir gemäß dem Willen der Vorsehung bestehen. Noch nachdrücklicher erklärt sich für uns in dieser Richtung eine Petersburger Zeitschrift. In einem Artikel voller Ausrufungszeichen sagen dasselbe ein

und das andere italienische Organ. Sie kennen unser Land vorzüglich und wissen bestimmt, wie man in ihm denkt und was dort vorgeht.

Sie wissen das im Jahre des Herrn 1915. Der damalige Leser in der breiten Welt glaubte es, weil er solchen Kennern der Verhältnisse glauben muß.

Aber unverzüglich liest der Weltleser mit Verwunderung in der Presse derselben Länder gegenteilige Ansichten. „Glaubt nicht den Polen in Preußen, rechnet nicht auf sie! Das ist ein Volk von Egoisten, das gar nicht an die Unterstützung der heiligen Interessen der Entente denkt. Sie freuen sich darüber, daß die Russen aus Warschau vertrieben sind, daß die russischen Kirchen im Königreiche wieder polnisch-katholische Kirchen werden, daß die russischen Namen und Aufschriften verschwinden; sie nehmen aus deutschen Händen die polnische Universität Warschau an. In Preußen selbst versuchen sie mit der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Regierung Verbindungen anzuknüpfen. Sie kriechen wegen verschiedener Konfessionen. Sie bereiten den Boden für ein Einvernehmen vor. Trauen wir ihnen nicht, sie werden uns in nichts helfen!...“

Das liest ein zum Glauben leicht geeigneter ausländischer Leser im Jahre des Herrn 1916 und beginnt diese Stimmen mit den anderen zu vergleichen. Es bemächtigt sich seiner Unsicherheit. Er fragt sich selbst, wie es denn in Wirklichkeit ist. Was denken diese Polen in Preußen, deren Ansicht so verschieden umschrieben werden kann?

Wenn dieser Leser ein Deutscher ist, so fällt es ihm noch schwerer, sich zu orientieren; denn die deutsche Presse bringt noch weit mehr Stimmen über die polnische Frage. Die Presse und die Publizistik jeder Art, Zeitungen, Broschüren und Denkschriften fällen vielerlei Urteile über die öffentliche Meinung bei uns.

„Unseren Polen darf man trauen, bald wiederum nicht. Sie sind durch gemeinsame Interessen mit uns verbunden, oder sie sind versteckte, zum Teil auch offene Gegner. Lohnt es sich, für sie eine neue Orientierung vorzubereiten oder nicht? Wir lesen besonders in verschiedenen Denkschriften, verschiedene Zusammenstellungen, die eine ganze Reihe von Symptomen feststellen, aus denen hervorgeht, daß es sich sogar gar nicht lohnt, mit den Polen zu sprechen, da dies sowieso zu nichts führt. Die Polen haben sich nicht geändert; sie erwarten nichts; auch wir haben von ihnen nichts zu erwarten. Das alte System muß unerschütterlich bestehen bleiben“... Es folgt eine Reihe Beispiele, die diese These beweisen sollen.

Aber dann gibt es wiederum andere geradezu entgegengesetzte Stimmen. „Die Polen in Preußen haben viel gelernt; sie denken praktisch, sie streben nach einer positiven Politik, sie suchen Verständigung, bekämpfen den Radikalismus in ihrem Schoß und leugnen ihn ab. Diese inneren polnischen Strömungen müssen unterstützt werden; die neue Orientierung muß ernst genommen werden; wir müssen unsere Polen an uns fesseln durch wohlwollende Behandlung. Wenn der Augenblick der neuen allgemeinen innerstaatlichen Orientierung kommen wird, dann dürfen die nicht vergessen werden, die ihr Blut für uns vergossen haben, die in den für den Staat schwersten Augenblicken sich bemühten, ihm die inneren Schwierigkeiten zu verrin- gern. Solche Polen gibt's viele; es werden ihrer immer mehr. Für ihre gute Arbeit muß ihre ganze Volksgemeinschaft entschädigt und die alten Wunden müssen geheilt werden. Denn es sind Leute da, denen man Zugeständnisse machen kann; man braucht nicht zu befürchten, daß letztere zwecklos sein werden. Es bestehen Bürgschaften dafür, daß ohne Schaden für den Staat, ja sogar zu seinem größten Nutzen, ebenso für die Polen, sich eine neue Ära der friedlichen nor-

malen Verhältnisse herausbilden kann. Den Polen soll es also bei uns gut gehen, da sie ein wertvoller Faktor sind, dessen Entwicklung nicht im Widerspruch mit dem Wohle des Reiches steht."

Diese Pressstimmen führen, nicht minder wie die vorhergehenden, ganze Reihen von Beispielen und Beweisen aus dem Bereich der Politik der Polen an, welche von dem politischen Verstande immer zahlreicherer Faktoren in unserer Volksgemeinschaft Zeugnis ablegen. Der deutsche Leser, an den die verschiedenen Ansichten über die Polen gelangen, denkt über ihre Verschiedenheit nach; oft zieht er aus ihnen neue Schlüsse, und er orientiert sich innerlich anders als vorher, oder er neigt der Ansicht zu, die sich seiner bisherigen Überzeugung nähert und seinem bisherigen Intellekt am zugänglichsten ist. Eine entscheidende Ansicht über den Stand der polnischen Meinung in Preußen hat sich bis jetzt unter den Deutschen noch nicht gefestigt. Der Stand der öffentlichen Meinung bei uns ist für sie bisher eine Streitfrage.

Und der polnische Leser? Wie schätzt er den Stand der öffentlichen Meinung in seiner eigenen Volksgemeinschaft ein?

Beginnen wir mit der Feststellung, daß eine solche Einschätzung für ihn garnicht leicht ist. Wieviel von den am öffentlichen Leben der Heimat teilnehmenden Männern haben denn sogar bei uns Gelegenheit, die Bewegung der Meinung wirklich zu verfolgen? Aus den früheren Zeiten her hat sich bei sehr vielen Großpolen vor allem die Überzeugung erhalten, daß für sie die Meinung der Zeitungen und der für sie zugänglichen Kreise im Großherzogtum einzig maßgebend sei. Wir unterstreichen die Worte „ihnen zugänglich“, da es auch im Großherzogtum selbst soviel verschiedene Faktoren gibt, daß man sie gut und allseitig mustern muß, wenn man eine wirkliche Synthese der öffentlichen Meinung gewinnen will.

Und doch ist die Einschätzung der Bewegung und der Entwicklung des öffentlichen Gedankens für jeden notwendig, der aktiv oder inaktiv unmittelbar auf der öffentlichen Arena sein Urteil betreffend die Überzeugungen unserer Allgemeinheit abgibt. Daher werden wir versuchen, auf Grund einer genauen Prüfung unserer Verhältnisse unseren Lesern ein möglichst genaues Bild von dem Stande der Meinung in der Gesamtgestalt unserer polnischen Volksgemeinschaft in Preußen zu bieten.

Wir beginnen mit der Feststellung, daß drei verschiedene Hauptquellen dieser Meinung bestehen, nämlich das Großherzogtum Posen, das zahlenmäßig ungefähr den dritten Teil der polnischen Volksgemeinschaft in Preußen umfaßt, weiter das hinsichtlich der Menge der polnischen Bevölkerung numerisch stärkere Schlesien, sowie eine dritte Quelle, Westpreußen.

Im Großherzogtum Posen war in den letzten Jahren eine charakteristische Erscheinung die allmähliche Beherrschung der öffentlichen Meinung durch die nationaldemokratische Partei.

Der politische Einfluß dieser Partei, die vor wenigen Jahren auf unserem Boden entstand, vorher aber schon in Galizien und im Königreiche bestanden hatte, wuchs bei uns immer mehr. Das Geheimnis dieses Erfolges war die ausgezeichnete Parteiorganisation, während die anderen Strömungen sich zu keiner Organisation aufschwangen. Die nationaldemokratische Presse mit dem „Kurjer poznański“ an der Spitze zeichnete sich durch rücksichtsloses Streben nach der Herrschaft über die Volksgemeinschaft aus. Die aus sehr tätigen und der nationaldemokratischen Sache vollständig ergebenen Faktoren zusammengesetzte Partei schritt konsequent vorwärts. Angesichts dieser Energie begannen sich die Scharen der mit der Nationaldemokratie Sympathisierenden langsam zu mehren. Es kam so weit, daß, während die Partei in Galizien in

ihrem Einfluß zurückging, sie im Großherzogtum mit einem gewissen Schein des Rechts im Namen der Allgemeinheit aufzutreten beginnen konnte. Die politische Färbung der Partei ist bekannt; wir werden sie deshalb in dieser kurzen Zusammenstellung nicht näher beschreiben. Dafür werden wir ihre Taktik hervorheben, die darauf beruht, daß die Partei, indem sie in Posen die politischen Direktiven zentralisierte, ständig im Namen der Allgemeinheit auftrat. Indem sie sich mit der Nation identifizierte, berücksichtigte sie die Meinungen der anderen Strömungen im Großherzogtum nicht, die nicht großpolnischen schon gar nicht. Im Großherzogtum bekämpfte sie alle als Abtrünnige welche sich ihrer Politik nicht fügten. Scheinbar siegte sie auch vollständig.

Aber nur scheinbar. Es bestand immer, wenn auch nicht immer entsprechend organisiert, noch eine andere abweichende Meinung. Die zahlreichen Kämpfe der letzten Jahre sind ein Beweis dafür. Wenn wir die Jahrgänge der Blätter durchsehen, welche der nationaldemokratischen Politik folgten, so begegnen wir beständig der Boykottierung ganzer Gruppen oder einzelner Personen. Wir wollen nur die Kämpfe mit dem Nationalbunde und mit dessen Organ „Przeglad Wielkopolski“ oder die Ereignisse des Jahres 1913 anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in Posen u.ä. erwähnen. Bezeichnend waren auch die Wahlen im Krotoschiner Wahlkreise, wie wir schon in dem Freitagartikel unter dem Titel „Zweierlei Maß“ bemerkten. Von Beginn des Krieges an vermehrte sich die Zahl der Symptome der Unabhängigkeit von der Politik der Partei. Eine Reihe von großpolnischen Bürgern trat mit öffentlichen Broschüren und Artikeln hervor, namentlich der Fürst Olgierd Czartoryski, Graf Franz Kwiecień (dreimal), Herr Stanislaus v. Turno, Herr Kammerherr v. Jackowski, Herr Mathias v. Koczorowski, Herr v. Zychlinski, Graf Szoldrski. In den Anfängen des Krieges zeigte sich der „Wielkopolanin“ unabhängig; später trat die „Praca“ hervor, indem sie die Artikel nicht großpolnischer Blätter, welche der Richtung der nationaldemokratischen Partei gegenüberstanden, wiedergab, und der „Goniec Wielkopolski“ verdamnte sehr scharf und bestimmt die Politik der Partei.

Außer diesen lauten Erscheinungen der von der Partei unabhängigen Meinung bestehen jedoch noch viele Faktoren, die politisch mit ihr nicht übereinstimmen. So wie sie viele stille und passive Freunde hat, so hat sie noch mehr stille Gegner. Gegenwärtig entstehen zwei neue Blätter, eins ist das unsrige, das zweite soll in kurzem in Posen entstehen und von der Politik der Partei unabhängig sein.

Es besteht also im Großherzogtum eine zum mindesten sehr verschiedenartige Meinung, und mit der Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung gegenüber der Partei werden sich unzweifelhaft die Reihen derer verstärken, die bis jetzt keine Mittelpunkte hatten, um die sie sich gruppieren konnten. Mancher Faktor in der Presse oder im Volke, der bisher schwankte, wird in der Absicht, seine Unabhängigkeit gegenüber der Partei kundzutun, fest werden.

Volle oder fast volle Unabhängigkeit von der Posener Nationaldemokratie ist schon lange in dem polnischen Schlesien vorhanden. Dort treibt der „Katolik“ (Adam Napieralski) mit seinem mächtigen Lager von Schriften eine Politik, welche von derjenigen der nationaldemokratischen Partei durchaus abweicht. Schlesien trat auch mehrfach mit einer nachdrücklichen Kritik sowohl der nationaldemokratischen Gruppe als auch der Faktoren hervor, die in dem oder jenem Falle sich der Politik dieser Gruppe fügten, wie zum Beispiel die Abgeordneten-Fractionen und einzelne Mitglieder derselben.

Auf ganz anderem Boden entwickelte sich die Unabhängigkeit gegenüber der Partei in Westpreußen. Dort entstand eine mächtige katholische Volkspartei, deren Vorsitzender der Herausgeber der hunderttausend Abonnenten zählenden „Gazeta Grudziadzka“, der frühere Abgeordnete Herr Viktor Kulerski ist. Dieses schon vor dem Kriege von allen polnischen Zeitungen am meisten gelesene Blatt bekämpfte manchmal die Nationaldemokratie, und vom Ausbruch des Krieges an betonte es mit einer außerordentlichen Energie und Zungenfertigkeit seine besondere Politik. Die katholische Volkspartei breitet ihre Tätigkeit auch in dem Großherzogtum, und zwar in manchen Kreisen in hohem Grade aus. Ihre Kritik der Nationaldemokratie trat oftmals mit großer Entschiedenheit zutage.

Alles in allem gibt es somit in unserer Volksgemeinschaft sehr viele Faktoren, die in ihren politischen Anschauungen von der Nationaldemokratie abweichen. Sie sind sehr mannigfach und unter sich verschieden, aber sie alle erkennen die geistige Führung der Gruppe des „Kurjer Poznański“ nicht an. Auf dem Gebiete der Presse haben sie, wie dies vor kurzem eines der Blätter festgestellt hat, schon jetzt das numerische Übergewicht an Abonnenten. Wer jetzt also von der öffentlichen polnischen Meinung in Preußen spricht, der muß dieses Verhältnis in seinem Urteil berücksichtigen.

Unsere Volksgemeinschaft ist nicht eine kleine Handvoll, wie der Stamm der Wenden oder Montenegriner. Sie ist bedeutend, ausgedehnt und reich an verschiedenen Faktoren. Sie ist lebendig und nicht starr und tot. Ihre öffentliche Meinung ist also naturgemäß verschieden und unter dem Einfluß der Ereignisse wandelbar. Es irrt sich, wer unbewußt, es läßt, wer bewußt behauptet, daß diese Meinung einheitslich sei. Es gibt verschiedene Richtungen. Das kann nicht anders sein. Aber wir dürfen feststellen, daß diejenige Richtung wächst, welche in der Vereinigung Polens mit dem Westen Polens Zukunft, in der Abweisung des östlichen russischen Kolosses die Abwendung der größten Gefahr, und in dem vernünftigen Verhalten gegenüber den Befreiern Warschaws den Weg zu einem besseren Geschick unseres Volkes in dem siegreichen Staate erblickt, für den es sein Blut vergießt.

Aus Nr. 25 des Kraj (Lissa)

vom 17. Juni 1916.

Einige Antworten.

Alle unsere Blätter besitzen eine besondere Rubrik unter dem Titel „Briefkasten.“ In ihr antworten sie auf verschiedene an die Redaktion gerichtete Fragen. Manchmal erledigen sie in dieser Rubrik politische Bemerkungen ihrer Leser, soweit sie dieselben kurz abfertigen wollen. Zu Zeiten des verstorbenen Wladislaus Lebinski bediente sich der „Dziennik Poznański“ manchmal dieses Teiles des Blattes, um kurze Antworten politischer Natur zu geben.

Auch dem „Kraj“ wird dieser Weg nicht fremd sein.

Heute jedoch wählen wir einen anderen Weg, nämlich den des Leitartikels, und zwar darum, weil wir eine ganze Reihe von schriftlichen Bemerkungen erhalten haben, welche unser Ziel und unsere Aufgabe betreffen. Es sind dies zum Teil grundsätzliche Bemerkungen, auf welche uns eine Kollektiv-Antwort unbedingt nötig erscheint. Wir wundern uns nicht über die Zahl und über die Verschiedenheit dieser Briefe.

Es entsteht ein neues Blatt; es wird einer großen Anzahl von Personen zugesandt; es berührt vitale Probleme. Wir rechnen von vornherein damit, daß es verschiedene Bemerkungen hervorrufen werde, auch übelwollende. Manche von ihnen jedoch, sowohl wohlwollende, als auch übelwollende zeugen von einer irrigen

Auffassung unseres Programms. Darüber nehmen wir ihnen gegenüber das Wort.

Einer der Leser schreibt uns: „Bravo, Ihr schlagt endlich die Nationaldemokraten tot!“ Darauf antworten wir, daß unser Leser sich irrt. Wir wollen niemanden totschiessen. Möge jeder die Politik betreiben, an die er glaubt. Grundsätzlich erkennen wir die Berechtigung der verschiedenen Parteien im Lande an. Wir widersetzen uns nur dem Monopol einer über alle. Außerdem schließen wir keineswegs eine Verständigung aus, sofern der Gegner den Boden betritt, auf welchem eine Verständigung möglich ist. In der Politik ändert sich die Taktik. Es ist das etwas Altes. Wenn jemand, so hat die Nationaldemokratie, insbesondere die Warschauer, einen Beweis hierfür geliefert. Es gab in ihr Sezessionen, es gab Änderungen der Taktik, wie in einem wahren Heere, das je nach Notwendigkeit bald nach der, bald nach jener Seite hin marschiert. Es ist uns bekannt, daß es auch in der Posener Nationaldemokratie verschiedene Faktoren und mannigfache Meinungen gibt. Deshalb sollte nicht mit der Zeit eine solche Meinung überwiegen, mit welcher wir wenigstens teilweise einverstanden sein könnten?

Wir fürchten die Nationaldemokratie nicht, und wir folgen manchen Leuten nicht, die sich vor ihr schrecklich fürchten und noch schrecklicher über sie räsonnieren. Wir kritisieren sie offen und werden sie immer kritisieren, wenn sie nach unserer Ansicht schädlich handeln wird. — Vor der Hand müssen wir uns einer grundsätzlichen Erscheinung widersetzen, die sogar nicht hauptsächlich die Schuld der Nationaldemokratie, sondern eher die Schuld von Faktoren ist, die in Wirklichkeit nichts mit ihr gemein haben, sich jedoch des lieben Friedens wegen ihr fügen, nämlich jenem Monopol, jenem Kommando für Alle und im Namen Aller, an welches man sie — wir wollen es offen sagen, gewöhnt hat. Unsere eigenen Freunde waren in dieser Hinsicht nicht ohne Schuld, sie ließen die nationaldemokratische Ideologie über die Maßen ins Kraut schießen, zogen sich unter verschiedenen, immer falschen Vorwänden davor zurück, die öffentliche Meinung mitzubestimmen, und dann wehklagten sie darüber, daß es so geschehen war.

Jetzt, angesichts der Riesengröße der Aufgaben, die durch den Krieg hervorgerufen wurden, haben sie sich endlich geregt, und sie machen ihr Recht, das Wort zu nehmen, geltend. Daraus entspringt fürs erste großer Unwillen; denn die Nationaldemokratie hatte sich dessen entwöhnt, das Wort anderen zu erteilen. Aber wenn sie sich wieder an die allgemeine Freiheit der Meinungsäußerung gewöhnen wird, dann kann die Diskussion eine rein sachliche werden, und sie wird viel von ihrer Schärfe einbüßen.

Ganz anders läßt sich uns gegenüber ein anderer Leser vernehmen. Er schreibt ebenso wie jener andere von der Nationaldemokratie, und nicht nur von uns, sondern auch von einer ganzen Reihe anderer Organe, sogar von dem neuen Blatte, das erst in Posen entstehen soll. Er wünscht uns und ihm und anderen Blättern, die er nicht liebt, das gleiche schnelle Ende, wie jener es den Nationaldemokraten wünschte.

Darauf antworten wir, daß wir uns erlauben, weiter zu existieren, wenn ihm das auch nicht gefällt. Ebenso meinen wir, daß das Totschiessen einer ganzen Reihe lange bestehender und der Nationaldemokratie nicht angenehmer Blätter umso schwieriger sein wird, als diese Blätter zum Teil sehr mächtig sind und die bereits vor dem Kriege unternommenen vielen Versuche, sie totzuschlagen, zu nichts geführt haben. Das künftige Posener Blatt verteidigen wir nicht; denn wir können nicht etwas verteidigen, was gar noch nicht besteht. Wenn es aber bestehen wird, dann wird es sich selbst zu verteidigen wissen.

Die grundsätzliche Seite berührt ein dritter brieflicher Fragesteller. Er schreibt: „Wo zu soviel neue Zeitungen? An und für sich gibt es schon ihrer zu viele. Es wäre besser, wenn sich die Leute überhaupt nicht mit Politik befassen; denn daraus entsteht nur Zänkerei und nichts Kluges.“ Diesem Leser antworten wir daß er in der Theorie ganz recht hat. Es wäre am besten, wenn es Politik überhaupt nicht gäbe. In der Tat bringt sie viel Mißheiligkeiten mit sich. Im Evangelium liegt die beste Politik: — Liebe den Nächsten, wie dich selbst. — Hielten sich die Menschen daran, und zwar alle, dann ginge es niemandem in der Welt übel, und die Politik sowie soziale Diskussionen wären unnötig.

Aber leider geht das Evangelium seinen Weg und die Menschheit den ihrigen. Es gibt viel Streitigkeiten darum, wie zu regieren, was zu verlangen, wonach zu streben wäre. Da ist nicht zu helfen. Wer sein Volk und sein Land liebt, der muß sich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmern. Im alten Griechenland gab es sogar ein Gesetz, welches diejenigen strafe, die sich mit der öffentlichen Sache nicht befassen. Die Presse besteht, kassieren kann man sie nicht, es muß auf ihrem Gebiet also gearbeitet werden. Papst Leo XIII. hat gesagt, wenn der heilige Paulus heute lebte, so wäre er katholischer Schriftsteller geworden. Papst Pius X. hat die Katholiken mehrfach gemahnt, die Presse nicht zu vergessen.

Anderen Inhalts ist ein Brief, welcher nur die Worte enthält: „Wartet, bis der Krieg zu Ende sein und die Zensur verschwinden wird, dann werden wir Euch zeigen.“ Diesem unbekannten Herrn antworten wir, daß der Krieg noch nicht beendet war, unser Blatt sogar noch nicht bestanden hatte, und schon „zeigten es uns“ verschiedene Zeitungen, namentlich sehr nachdrücklich die „Gazeta Ludowa“ in Kattowitz. Was aber manche Blätter von anderen geschrieben haben, das werden wir hier nicht wiederholen, da dies allgemein bekannte Dinge sind, am besten wohl den Kreisen, aus denen die Auslassungen herstammten und zu denen offenbar der geehrte, leider uns unbekannte Leser, gehört. Wir wollen uns mit ihm nicht in lange Erörterungen einlassen und wir erwarten sein „Zeigen“ jetzt oder später ganz nach Belieben.

Am kürzesten antworten wir auf den fünften Brief. Er ist mit dem Namen eines herzlichen und verehrten Freundes unterschrieben und lautet: „Glückauf in der schweren Arbeit!“ Für diese aus dem Herzen stammenden Worte des Trostes danken wir ebenfalls von Herzen.

Aus Nr. 24 des Kraj (Lissa)
vom 16. Juni 1916.

Bürgerlicher Mut.

Dem Tod ins Auge schauen, das versteht so mancher. In unseren Zeiten verstehen es Millionen. Das Heldentum blüht jetzt auf unzähligen Schlachtfeldern. Die Menschheit feig zu nennen, das geht fürwahr nicht an.

Den Sachen und den Menschen ins Auge schauen, das wagen sehr wenige.

Gegen die Bajonette gehen wird jeder. Die menschliche Zunge fürchten fast alle. Je weniger ein Land an politisches Leben gewöhnt ist, desto größer ist die Furcht. Im bürgerlichen Leben ist die Menschheit feig.

Eine lautere Strömung übertäubt den besten Gedanken, den mutlosen Gedanken.

Die polnische Geschichte ist ein beständiger Beweis hierfür. Über die Besserung des Freistaats dachten viele nach, es ließen sich hingegen wenige vernehmen. Später, als der Freistaat fehlte und die Nerven des Volkes schweren Proben ausgesetzt waren,

da standen die Männer der Tat und des Verstandes zumeist einsam in ihrer Arbeit. Freunde, die ebenso gesonnen gewesen wären wie sie, kamen ihnen entweder garnicht oder erst dann zu Hilfe, wenn die ideelle Macht der Einzelnen dennoch gesiegt hatte und der Erfolg schon gesichert war. So beschaffen war das Los Agenor Goluchowskis, so dasjenige Adam Potockis in Galizien. Allein gingen sie ihren Weg, den Weg der Nation, als Verräter verschrien, von den Nächsten verlassen, bis der Ruhmeskranz auf ihrer Stirn ruhte, bis das Land von einem Ende bis zum anderen ihnen Denkmäler errichtete. Ihre Arbeit verrichteten sie und ihnen ähnliche allein.

Es bestand ein polnischer Orden „Virtuti militari“ — dem militärischen Mut. Ebenso notwendig wäre ein Orden „Virtuti civili“ — dem Mute im bürgerlichen Leben. In solchen Zeiten, wie die gegenwärtigen kritischen, müssen wir den bürgerlichen Mut höher schätzen als je. Es versinkt die Vergangenheit, es eröffnen sich neue Horizonte; neue Verhältnisse erheischen neue Mittel; es gilt, von so mancher Angewohnheit, von der abgegriffenen Phrase Abschied zu nehmen, auf neue Bahnen zu geleiten.

Diesjenigen, welche anführen, bedürfen mehr Mut, als die mit der Waffe in der Hand Kämpfenden. Sie müssen die Verleumdungen von seiten derjenigen ertragen, die von ihnen gehindert werden, ihre bisherige Führerrolle weiterhin ungehindert auszuüben; sie müssen die von Unkenntnis diktierten Vorwürfe aller derjenigen ertragen, welche bisher auf den Glauben jener eingeschworen waren. Dornenvoll ist ihr Weg, aber rühmlich. Ihr Lohn ruht in einer manchmal nahen, manchmal fernen Zukunft. Der Lohn liegt im Gefühl der erfüllten Pflicht, in dem Bewußtsein, daß sie nicht nur für die arbeiten, seitens deren sie Anerkennung finden, sondern auch für die, seitens deren sie mit Steinen beworfen werden. Denn dem öffentlichem Wohl ist ihre Arbeit geweiht. Die Allgemeinheit hat davon Nutzen.

Wer den Lauf der Geschichte verfolgt, der weiß, daß sich stets bei neuen inneren Orientationen der Volksgesamtheit die Tatsache wiederholt, daß zunächst wenige Leute mit höherem Verstande das Eis brechen und den Weg bahnen. Gegen sie werden die schwersten Vorwürfe geschleudert. Wenn sie sich jedoch nicht einschüchtern lassen und kühn vorwärts gehen, wenn der Nutzen ihres Verhaltens ersichtlich wird, dann finden sich zum Sammeln der Früchte immer mehr Leute ein. Die, welche am meisten geschrien und protestiert haben, eilen herbei, um den offenen Weg auszunützen.

Hierfür haben wir unlängst ein Beispiel in unserem Teilgebiet gesehen. Als die deutschen Heere das Königreich Polen von den Russen befreit hatten, da meldete sich eine Reihe verständiger Leute aus unserer Volksgemeinschaft für den Zivildienst im besetzten Gebiet. Man rief ihnen zu: „Versöhnungsparteiler!“ „Sie nehmen staatliche Stellungen an!“ usw. Das dauerte einige Zeit, aber bald änderte sich die Ansicht.

Heute sehen wir, daß auch die Nationaldemokraten diesen Dienst nicht verachten. Sie haben sich im Gegenteil sehr darum bemüht, und sie erfreuen sich ganz friedlich der Ämter und der erhaltenen hohen Gehälter. Kein Mensch sagt ein Wort mehr gegen die, welche diese Gehälter annehmen. Und es ist noch nicht lange her, als man gegen sie auftrat. Der bürgerliche Mut der Ersten diente allen.

So wird es auch weiter sein. Die Einen werden den Weg bahnen, aber die Anderen werden, wenn er offensteht, sich beeilen, ihn auszunützen.

Wenn nur der bürgerliche Mut mit Ausdauer verbunden ist, so führt er zum Ziele. Es liegt zweifellos im deutschen Interesse, daß sich die Polen auch auf

dem Wege der Auster mit den Deutschen Rußland gegenüber solidarifizieren. Dasselbe heißt das polnische Interesse. Das begriffen bei uns zuerst wenige. Jetzt begreifen es auch andere. Wieviel Geschrei gab es gegen die Verfasser der Broschüren, die sich öffentlich für Einbetracht mit den Deutschen erklärten! Wer weiß, ob wir nicht mit dem Fortschreiten der neuen inneren Orientierung im Staate ähnliche Erklärungen lesen werden, die eben aus den Quellen herkommen, welche jenen ersten Versöhnungsparteilern am meisten gegnerisch gesinnt waren.

Aber der bürgerliche Mut beschränkt sich nicht darauf, die Wege zu bahnen, welche einen schnellen und nach außen hin sichtbaren positiven Nutzen bringen.

Der bürgerliche Mut arbeitet auch für passive Vorteile, die derjenige nicht sieht, welcher die öffentlichen Angelegenheiten beiläufig betrachtet. Und das ist vielleicht das größte Verdienst des bürgerlichen Muts. Er wendet außer dem Einbringen von Nutzen auch Gefahren ab, schützt die Volksgemeinschaft vor Schlägen, welche die unvernünftige Taktik der Schreihalsinneseiart ihr unfehlbar eingebracht hätte. Diese passiven Resultate des bürgerlichen Muts verzeichnet die Geschichte manchmal nicht. Und sie sind oft sehr groß.

Wieviel Male haben sich bei uns recht ehrenwerte Leute Schlägen von seiten der eigenen Landsleute ausgesetzt, weil sie wußten, daß sie ein größeres Übel von diesen Landsleuten abwendeten! Dankbarkeit ist unter der Menschheit überhaupt selten, auf politischem Gebiet aber schon sehr selten. Durch Erfolg und äußeren Ruhm sammelt man Lobhudelei, nicht durch Verdienst. Das Verdienst machen sich andere zunutze, aber sie fühlen sich nicht veranlaßt, seine Vertreter anzuerkennen. Den Weg bahnen manchmal die Einien, und es arbeiten sich auf ihnen Andere empor. Das ist eine alte Geschichte. Da jedoch der bürgerliche Mut nicht aus Eigenliebe, sondern aus der Liebe zur Heimat herkommt, darum blicken sie weder auf die Schläge von seiten der eigenen Landsleute, noch auf die Dankbarkeit, sondern sie schreiten ihre Bahn weiter, die Bahn des Wohles der Volksgemeinschaft.

Aus Nr. 137 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 16. Juni 1916.

Heute.

Heute, wo die ganze Welt in Flammen gehüllt zu sein scheint, ist es schwer, die Gedanken nicht in die Zukunft schweifen zu lassen und nicht darüber nachzugrübeln, was uns der Morgen bringen wird. Es ist schwer, die Gedanken an die Werkstätte zu bannen und den Faden der grauen und mühseligen Arbeit weiter zu spinnen.

Dann doch schon der Morgen mit seinen Sonnenstrahlen unsere Scholle und unsere Blumen vergolden und auf ihr die Ähren reifen lassen! Und dennoch muß es so sein. Denn das, was wir heute auf dieser Scholle nicht erzeugen, kann uns morgen zum Lebensunterhalt fehlen. Wenn wir heute nicht um unseren Acker einen Damm errichten, können ihn morgen die Fluten vernichten und uns um unsere Früchte bringen.

Deshalb haben wir auch in unserem vorigen Artikel mit ganzem Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir auf die Gegenwart all unsere Gedanken und Sinne richten und daß wir alle Kräfte anspannen müssen, damit unsere Zukunft nicht in der Luft schwebt, sondern damit unter sie gegenwärtig ein festes Fundament gesetzt werde. Wenn irgend jemand, so haben wir Polen im preussischen Teilgebiet uns immer damit gerühmt, daß wir uns keinen Illusionen hingeben, sondern in harter Alltagsarbeit uns ein neues

Morgen bereiten. Zeigen wir jetzt mithin, daß uns kein Sturm, kein Kriegsgewitter, selbst wenn es die Fundamente ganz Europas erschüttern sollte, aus diesem Gleichgewicht zu bringen imstande ist.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob bei uns wirklich alles in Ordnung ist und ob nicht unnötigerweise das Gebiet der sozialen und nationalen Arbeit brach liegt. Wir alle wissen gut, daß nicht alles so beschaffen ist, wie es sein sollte und sein könnte. Wir wollen niemanden dieserhalb beschuldigen, denn es ist schwer zu pflügen, wenn das Pferd den Reiter trägt und der Ochse in der Schlachtbank hängt. Aber man muß sich mit allem zu helfen wissen. An die Stelle derjenigen, die unter den Waffen stehen, müssen andere treten — selbst wenn es die letzten Reserven wären, über die wir verfügen. — In einer so ernsten Zeit darf niemand untätig dastehen, niemand darf sich dem öffentlichen Dienste, wenn das Vaterland ruft, entziehen. Ausreden gibt es nicht. Weder Alter noch Schwäche, noch Mangel an Erfahrung sind Entschuldigungsgründe. Es findet sich für jeden ein Arbeitsfeld.

Möge uns die Organisation des Staates als Beispiel dienen. Wenn dieser ruft, muß jeder seine Pflicht erfüllen. Auch bei uns sollte es so sein. Dann würden die Klagen „über den Mangel an Leuten“ aufhören. Nicht an Leuten mangelt es bei uns, sondern an einer Organisation und an gutem Willen.

Bei unserer heutigen Arbeit können wir eine möglichst weitgehende Einmütigkeit und gegenseitiges Verständnis nicht entbehren. Wenn der eine nach links und der andere nach rechts zieht, kann von einer aufrichtigen Arbeit an dem Bau der Fundamente unter das Gebäude der Zukunft keine Rede sein. Unter solchen Verhältnissen kann höchstens ein Bau entstehen, der beim ersten Sturm, der seine Grundfesten erschüttern läßt, zusammenstürzen muß.

In dieser Hinsicht zeigen sich bei uns erhebliche Mängel. Verschiedene Politiker halten die gegenwärtige Zeit für geeignet, die Volksgemeinschaft nach ihrem Leisten umzumodeln. Wenn sie kein Gehör finden, regen sie sich unnötigerweise auf und zweifeln an dem Verstand und an dem guten Willen anderer. Noch schlimmer ist es, wenn dies auf eine ungewöhnlich heftige Art und Weise geschieht und wenn persönlicher Haß dabei eine Rolle spielt. Es könnte scheinen, daß solche Sachen in einer so ernsten Zeit, wie die gegenwärtige, unmöglich sind. Und dennoch haben wir oft über Dinge gelesen, die in der Volksgemeinschaft nur Erbitterung hervorgerufen haben. Ist uns denn nicht das Wort „Burgfrieden“ bekannt? Gilt denn dieser Ausdruck nicht auch für unsere inneren Zustände? Was in Friedenszeiten angebracht erschien, muß gegenwärtig in gut verstandenem nationalen Interesse vermieden werden. Wem das eigene Gewissen keinen Maulkorb auferlegt, den sollte wenigstens das nationale Gewissen dazu bewegen, sich verfrühter Äußerungen zu enthalten. Dieses Gewissen muß an die Stelle der Zensur treten, deren sich mit einem solchen Erfolg der Staat bedient.

Hegen wir die Hoffnung, daß diejenigen, die dies angeht, ihren Fehler einsehen und ihn meiden werden. Versumpfen wir nicht den Boden, den wir sorgsam bestellen müssen, damit er uns reiche Früchte trägt. Es ist gegenwärtig keine Zeit Unkraut zu säen, denn die Tage der Arbeit und die Arbeits Hände sind gezählt. Heute muß jedes Stückchen unserer Scholle bestellt und überall gesunde Saat ausgestreut werden, damit wir, wenn der Morgen naht, eine gute und reiche Ernte haben.

Aus Nr. 12 des Kupiec (Posen)
vom 16. Juni 1916.

Ehre der Industrie!

Aus Anlaß der Einberufung der Delegiertenversammlung der dem Verbandsangehörigen polnischen Industrievereine schreibt das Blatt unter obiger Spitzmarke u. a. folgendes:

Der Verband der Industrievereine beruft die Vertreter der Verbandsvereine zum zweiten Delegiertentage in der Zeit des Krieges ein.

Wie alle anderen Vereine, so haben auch die Industrievereine infolge des Krieges unermesslich gelitten. In manchen Vereinen ist fast die Hälfte der Mitglieder unter die Fahnen gerufen worden. Die Verordnungen der Behörden haben am Anfange des Krieges die Abhaltung von Versammlungen völlig unmöglich gemacht; späterhin bereitete die Einberufung von Sitzungen nicht geringe Schwierigkeiten. Und es wäre vielleicht alles in Unordnung geraten, wenn die Bezirksorganisationen mit dem Hauptvorstande an der Spitze nicht das ihrige getan hätten.

Sie haben achtsam auf der Wacht gestanden und es nicht zugelassen, daß die Vereine einschlafen. Wenn auch in den kleineren Vereinen Stillstand eingetreten ist, so arbeiten aber die größeren ohne Unterlaß.

Heute, in der furchtbaren Zeit des Krieges, ungewitters, verlangt alle Vereinstätigkeit und jedwede soziale Arbeit Opfer und Hingebung. Deshalb begrüßen wir mit herzlicher Anerkennung, Freude und Zufriedenheit die Delegierten der Industrievereine, die hierher kommen, um über das Wohl der ältesten und am meisten verbreiteten Organisationen zu beraten. Wir sind der Meinung, daß die Beratungen ernst und sachlich werden geführt werden, damit sie dem Verbandsverbande und allen seinen Vereinen Vorteil bringen. Brüderlichkeit und Solidarität sind in diesen Zeiten mehr notwendig, als in anderen Tagen. Deshalb müssen wir auf dem Delegiertentage beraten, wie Brüder, wie Söhne einer unglücklichen polnischen Erde!

Aus Nr. 139 des Orędownik (Posen)
vom 20. Juni 1916.

Die Generalversammlung der Delegierten des Verbandes der Industrievereine.

Die diesjährige Generalversammlung des Verbandes der Industrievereine fand gestern in dem „Konfortdiaaal“ in Posen statt. Ebenso wie allen unseren übrigen Vereinen hat sich der Krieg auch den Industrievereinen überaus nachteilig fühlbar gemacht, was man bei der gestrigen Zusammenkunft an der sehr geringen Zahl der erschienenen Delegierten merken konnte. Einschließlich der Vorstandsmitglieder des Verbandes und der Vertreter der Presse nahmen im ganzen ungefähr 50 Personen an der Zusammenkunft teil, darunter 40 Delegierte, die 22 Vereine vertraten.

Die Beratungen eröffnete der Vorsitzende des Verbandes, Herr Filipowicz, um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags unter Begrüßung der Delegierten und der Vertreter der Presse, indem er besonders den Vertretern des Handwerks und des Gewerbes aus der Fremde für ihr Erscheinen dankte.

Der Vorsitz wurde Herrn Mocet aus Pleschen, dem Vorsitzenden eines der rührigsten Bezirke des Verbandes, anvertraut; zum zweiten Vorsitzenden wurde Herr Berkau aus Berlin gewählt. Zum Schriftführer berief der Vorsitzende Herrn Wybierański, den Delegierten des Vereins junger Gewerbetreibenden in Posen.

Nach der Konstituierung des Bureaus nahm der stellv. Schriftführer und Administrator des Verbandes

Herr T. Krause zur Berichterstattung über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1915 das Wort.

Der Berichterstatter stellte fest, daß das vergangene Jahr sich trotz angestrebter Arbeit nicht besonders vorteilhaft in der Tätigkeit des Verbandsvorstandes hervorgetan habe. Schuld daran seien die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse, welche bewirkt hätten, daß die Reihen der Mitglieder sich so lichtet, daß beinahe nur lauter ältere Leute daheim blieben. Diese zeigten zum größten Teil keine Lust zur Vereinstätigkeit, und das Eingehen der Vereine kümmerge sie sehr wenig. Infolgedessen sei der größte Teil der Vereine in der Schwebel; man antworte auf gar keine Korrespondenzen und Briefe und zahle keine Beiträge; sämtliche Aufforderungen des Vorstandes trügen nicht den erwünschten Erfolg davon. Im Februar v. J. seien zwei Aufrufe an sämtliche Vereine des Verbandes versandt worden, der eine, damit die Vereine ihre regelmäßigen Sitzungen abhielten und in der Arbeit nicht nachließen, der zweite, daß die rückständigen Beiträge und die Bezugsgelder für das Verbandsorgan, den „Przemysłowiec“, bezahlt werden sollten. Im folgenden Monat sei ein Aufruf in der Angelegenheit der Lehrlinge hinsichtlich der Wahl des Berufs versandt worden. Mit dem Herausgeber des „Kupiec“ sei ein Abkommen abgeschlossen worden, wonach der „Kupiec“ für die Dauer des Krieges zum Verbandsorgan bestimmt wurde. Gemäß dem einschlägigen Uebereinkommen sollten die Vereine beim Abonnieren einer größeren Zahl von Stücken den „Kupiec“ zu dem ermäßigten Preise von 50 Pf. vierteljährlich erhalten. Dem Antrag einiger Vereine betreffend die Wiederherausgabe des „Przemysłowiec“ habe der Vorstand wegen Mangels an Kapitalien und wegen der infolge des Krieges sehr zurückgegangenen Zahl der Mitglieder nicht entsprechen können.

Der Vorstand des Verbandes habe im Laufe des Jahres 16 Sitzungen abgehalten, einschließlich einer mit den Bezirksvorsitzenden veranstalteten. Es seien 868 Korrespondenzen erledigt worden. Der Verband habe 161 Vereine umfaßt, die auf 15 Bezirke verteilt seien. Von diesen seien aus wichtigen Gründen 2 ausgetreten, so daß gegenwärtig dem Verbandsverbande 159 Vereine angehörten.

Trotz der zahlreichen in dem Bericht erwähnten Schattenseiten stelle sich die finanzielle Lage des Verbandes verhältnismäßig doch nicht übel dar. Der Verband habe nicht nur seine sämtlichen Schulden abbezahlt, sondern sogar ein Kapital in Höhe von 2349 M. in Banken niedergelegt. Außerdem besitze der Verband zur Ausbildung der Handwerkerjugend einen eisenernen Fonds, der 1828 M. betrage. Dieser Fonds sei unantastbar und dem Vorstande nicht gestattet, ihn in der Bank zu kündigen. Unter Hinzurechnung der Zinsen werde dieser Fonds mit dem Ende des Jahres auf 2000 M. angewachsen sein. Es sei also die Hoffnung berechtigt, daß man schon im künftigen Jahre werde jungen Leuten Stipendien gewähren können, wenn auch anfangs in bescheidenem Maße.

Der Stand der Kasse stellte sich wie folgt dar: Einnahme 3078,04 M., Ausgabe 1593,73 M.

Auf Antrag der Revisionskommission wurde dem Herrn Krause als dem Schatzmeister und Administrator ohne Widerspruch Entlastung erteilt.

In der Diskussion über den Bericht des Schriftführers und des Schatzmeisters hob Herr Miłkiewicz die Ratlosigkeit und Nachlässigkeit zahlreicher Vereine, sowie ihren Mangel an Verständnis für die Tragweite der Sache hervor. Es sei zu bedauern, daß von den 159 Vereinen des Verbandes nur 22 es für angezeigt gehalten hätten, ihren Vertreter herzusenden. Es dränge sich also die Frage auf, ob es sich in den Bezirken, die auf keine Mahnungen des Verbandsvorstandes reagierten, nicht empfehle, einen

anderen Vorstand einzusetzen, der die Vereine zum Leben wecken würde, damit im nächsten Jahre bessere Resultate zutage träten.

Herr Glowacki aus Hohensalza verlangt die versprochenen fertigen Referate und Vorlesungen.

Herr Wytek aus Kosten mahnt wegen der angekündigten Buchführungsmuster.

Die Herren Miklaszewski aus Posen und Majewski aus Strelno meinen, daß der Vorstand in der Einziehung der rückständigen Bezugsgelder für den „Przemysłowiec“ ein wenig zu nachsichtig sei. Hier mußte man mehr Energie zeigen.

Eine umfangreiche Diskussion rief die Sache des interimistischen Verbandsorgans „Kupiec“ hervor. Es wurde das Bedauern darüber ausgedrückt, daß der „Kupiec“ trotz Versprechens sich zu wenig für gewerbliche Fragen interessiere. Ein Mitglied des Vorstandes, der Abgeordnete Nowicki, machte auf den in einer der letzten Nummern des „Kupiec“ veröffentlichten Appell aufmerksam, der sich dahin richtet, im Verlage des „Kupiec“ ein besonderes gewerbliches Organ nach Art des „Przemysłowiec“ herauszugeben. Dagegen verwahrt sich der Redner im Namen des Vorstandes entschieden.

Der Verleger und Redakteur des „Kupiec“ Herr Gustowski bestreitet nicht, daß der „Kupiec“ sich in der letzten Zeit weniger mit Fragen betreffend das Handwerk und Gewerbe beschäftigt habe; aber die Schuld liege in dem Mangel an entsprechender Unterstützung.

Herr Kornaszewski aus Hohensalza beweist die Notwendigkeit engerer Beziehungen zwischen dem Verbandsvorstande und dem „Kupiec“.

Herr Miklaszewski empfiehlt, eine Redaktionskommission zu bilden, welche in enge Verbindung mit dem „Kupiec“ zu treten hätte.

Herr Wybieralski unterstützt den Vorschlag der Bildung einer Redaktionskommission, welche auch die Tageszeitungen mit Artikeln aus dem Gebiete des Handwerks und des Gewerbes versehen könnte.

In dieser Frage nahmen noch das Wort: Weiß aus Zerkow, Glowacki aus Hohensalza, Wittowski aus Pleßchen, Donaj aus Kosten, Majewski aus Strelno und Raczmarek aus Herne, worauf eine Mittagspause eintrat.

Hierauf begannen um 3 Uhr nachmittag unter dem Vorsitz des Herrn Verkan die weiteren Verhandlungen.

Der Abgeordnete Nowicki erklärte sich unter Anknüpfung an die vorangegangene Diskussion gegen die vorgeschlagene Redaktionskommission, indem er ausführte, daß eine solche Kommission höchstens gegenüber dem eigenen Verbandsorgan Existenzberechtigung hätte.

Schließlich einigte man sich auf Antrag Donaj aus Kosten dahin, die Sache dem Vorstande zur Erledigung zu überlassen.

Nach Erschöpfung der Diskussion wurde zur Wahl der Revisionskommission für das Jahr 1916 geschritten. Wiedergewählt wurden die Herren Miklaszewski und Wybieralski aus Posen sowie Lenartowski aus Wągrowitz.

Der vom Vorstand vorgelegte Etat für das Jahr 1916 wurde nach kurzer Diskussion unverändert angenommen. Er weist in Einnahme 2360, in Ausgabe 1800 M. auf.

Nunmehr hielt Herr Filipowicz einen umfangreichen und ausführlichen Vortrag über die Lage des Handwerks. Der Vortragende bot einen interessanten Überblick über den Stand und die Lage des Handwerks in der Kriegszeit im allgemeinen und hinsichtlich des polnischen Handwerks im besonderen. Er wies auf den Mangel an Orientierung in Fragen der militärischen Lieferungen auf seiten des Handwerks und auch auf seiten der Innungen und anderer hierzu berufener Faktoren und Organisationen hin. Ferner hob der

Vortragende hervor, daß man beizeiten an die aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker denken mußte. Schließlich stellte der Vortragende die Lage der einzelnen Zweige des Handwerks dar auf Grund der Antworten, welche auf die an Handwerker der einzelnen Berufe versandten Fragebogen eingegangen waren.

Auf allgemeinen Wunsch versprach Herr Filipowicz, sein Referat mit einer gewissen Vervollständigung gedruckt zu veröffentlichen.

In der Diskussion über das Referat hob Szymanski-Posen anerkennend hervor, daß es sehr erschöpfend und in seiner Art sehr interessant sei; Redner möchte aber gerne erfahren, wie den Mängeln abzuweichen sei, um die Erwerbstätigkeit zu heben. Es habe sich ein Komitee zum „Wiederaufbau der Dörfer und Städte in Polen“ gebildet. Man müßte daher irgend welche Fühlung mit diesem Komitee nehmen, und zu diesem Zwecke eine Art Bindeglied in Form eines Gewerberats schaffen.

Der Abgeordnete Nowicki führte aus: Niemand und nichts habe gewiß die Unerläßlichkeit des sich organisierens so nachdrücklich erwiesen, wie der gegenwärtige Krieg. Eben der Mangel an exakten Handwerker-Organisationen habe dazu beigetragen, daß sich die Zahl der Ausbeuter und Wucherer so vermehrt habe. Umso trauriger sei es, daß unser Handwerker, statt sich in einer Berufsorganisation zusammenzuschließen, isoliert einhergegangen sei und hinter dem Ofen geseßen habe, anderen das Feld der Tätigkeit überlassend. Wären die Industrievereine ungeachtet der gegenwärtigen Schwierigkeiten rühriger gewesen, dann hätte man danach streben können, daß die Arbeiten an Handwerker, an die Produzenten vergeben worden wären und nicht an Spekulanten verschiedener Art, die an der Arbeit des Handwerkers Vermögen verdient hätten. Nach dem Kriege werde zweifellos ein Mangel an Händen zur Arbeit, an Gesellen, eintreten. Die Hauptaufgabe der Handwerker-Organisationen müsse es daher sein, darüber nachzudenken, auf welche Weise die jungen Leute zu bewegen wären, sich dem Handwerk zuzuwenden. Die Lehrlingsfrage sei somit eines der wichtigsten Probleme des Handwerks. Redner appelliere daher an die Industrievereine, daß man sich in den Versammlungen mehr als bisher mit der Lehrlingsfrage befasse. Der Arbeit an der Erziehung der Lehrlinge müßten wir uns energisch annehmen, damit unser Handwerk in bessere Bahnen geleitet werde; denn bisher hätten wir die Sache nur halb behandelt.

Dobrowolski-Posen weist auf den Mangel an gehöriger Ausbildung unter den Handwerkern hin.

Kornaszewski-Hohensalza empfiehlt, sich nicht von den projektierten regierungseitigen Lieferungsverbänden abzuschließen. Wir müßten uns diesen Verbänden anschließen, unabhängig davon, ob sich hieraus für uns irgend welche Vorteile ergeben würden oder nicht.

Miklaszewski-Posen stimmte dem Vorredner zu und führte aus, daß die Militärbehörden einzelnen Handwerkern Lieferungen nicht übertrügen. Redner schloß mit dem Appell zum Zusammenschluß in Innungen und Genossenschaften.

Bei der freien Aussprache teilte der Verbandsvorsitzende mit, daß der Verbandsvorstand ein Bureau zur Vermittlung zwischen Handwerkern und Lehrlingen zu eröffnen beabsichtige. Die Versammelten nahmen diese Mitteilung mit Befriedigung und Zustimmung auf.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende Mocel schloß die Versammlung mit der Aufforderung zu intensiver Arbeit und zur Förderung der Idee der Industrievereine.

Vor dem Auseinandergehen wurde auf Anregung des Delegierten des Vereins junger Gewerbetreibender, Wozniczka, eine Spendenammlung für den Fonds zur Ausbildung der Handwerkerjugend veranstaltet, welche rund 30 M. brachte.

Aus Nr. 12 des Kupiec (Posen)
vom 16. Juni 1916.

Die Industrie-Vereine, ihre Bedeutung, Ziele und Aufgaben.

Um die Verbreitung der Aufklärung, des Wissens und des Wohlstandes bemühen sich seit Jahren bei uns verschiedene Vereine und Verbände.

Diese Vereinigungen sind nicht etwa eine neue Errungenschaft. Schon in früheren Jahrhunderten haben sich in den Städten die Handwerker zu Innungen zusammengeschlossen, die Kaufleute zu Bruderschaften. Die Stadtbewohner der verschiedenen Berufe hatten ihre Schützengilden.

Der Unterschied zwischen den früheren Innungen und Gilden und den heutigen Vereinen ist der, daß jene zahlreiche Vorrechte hatten und sich des Schutzes des Königs und der Regierung erfreuen konnten; unsere heutigen Verbände aber besitzen keinerlei Privilegien. Sie haben auch keinerlei äußere Einflüsse; im Gegenteil, ihr Dasein und ihre Arbeit wird durch die Regierung, durch die Behörden und verschiedene Gesetze erschwert.

Dafür aber haben sie eine große soziale Bedeutung, und wenn sie auch der früheren Privilegien entbehren, so leisten sie doch unermesslich wichtige Dienste für unsere Nation; deshalb müssen sie nach Kräften unterstützt und gefördert werden.

Vor allen Dingen verdienen die Industrievereine unsere Aufmerksamkeit, und zwar schon deshalb, weil sie die ältesten und weitverzweigtesten Vereine sind, auch deshalb, weil sie verschiedene Berufe und Stände in sich vereinigen. Es gibt fast keine Stadt und kein Städtchen im Großherzogtum, in dem nicht ein Industrieverein wäre. Jeder von ihnen hat eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern, einen Vorsitzenden, einen Vorstand und Satzungen; er hält öffentliche Versammlungen und Vereinsitzungen ab, unternimmt verschiedene Arbeiten, wirkt somit und lebt.

Was ist ein Industrieverein?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer. Ein Industrieverein ist eine Vereinigung, die aus Handwerkern und aus Freunden des Handwerks besteht, die es sich zur Aufgabe machen, nach den Satzungen tätig zu sein. Damit aber ist es noch nicht genug; es genügt nicht, daß sich der Verein aus Industriellen zusammensetzt, es ist auch nötig, daß er sich mit industriellen Angelegenheiten befaßt, wenn er den Namen „Industrieverein“ mit Recht tragen soll.

Die früheren Innungen waren auch eine gewisse Art von Vereinen, sie waren aber bestrebt, nur die Handwerker eines Berufs zusammenzuschließen. Jede Innung hatte ihre Privilegien, die sie einem anderen für nichts in der Welt abgetreten hätte. Der Zutritt zur Innung wurde sehr erschwert, und zwar deshalb, um die Privilegien möglichst wenigen Leuten zu gewähren. Die Leute waren der Meinung: je weniger Meister, desto mehr Arbeit und Vorteil würden diese haben. Die Zeit lehrte aber, daß dieser Grundsatz falsch ist.

Im Gegensatz zu den Innungen sind die heutigen Industrievereine für jeden zugänglich, für Arme und Reiche, Alte und Junge und für Leute, die den verschiedensten Berufen angehören.

Mitglieder der Industrievereine sind auch die Freunde der Industrie, und ein Freund der Industrie ist jeder, der unserer Industrie Entwicklung und Fortschritt wünscht.

Es ist erforderlich, daß den Industrievereinen intelligente Leute beitreten, wenn sie auch nicht Industrielle sind. Diese sollen den Organisationen mit ihrem Räte und mit ihren Kenntnissen dienen. Es ist nicht nur notwendig, daß die Intelligenz den Industrie-

vereinen beitrifft, sondern das ist sogar ihre Pflicht, denn sie soll Vorträge halten, die Ansichten der Mitglieder erforschen und daraus entsprechende Schlüsse ziehen.

Von einem Industrieverein können wir verlangen, daß er sich nach Möglichkeit mit industriellen Angelegenheiten befaßt. Unsere Industrie hat die Aufgabe, industrielle Kenntnisse und industrielles Wissen zu verbreiten.

Kenntnisse und Fertigkeiten erwirbt man sich in der Schule und in der Werkstatt, auch durch die Erfahrung im Leben. Aber die Zeit der Lehre in der Schule ist kurz, außerdem ist der Schulunterricht nicht so, wie wir ihn uns wünschen. Auch die Lehre in den Werkstätten dauert nicht lange. Die Leute müssen im Leben darauf achten, möglichst viel zu verdienen, die Arbeit auszunützen. Es bleibt ihnen somit nicht viel Zeit übrig, um zu lernen. Deshalb ist es Aufgabe der Industrievereine, den Mitgliedern zu zeigen, wie der Handwerker seine Kenntnisse bereichern, wie er sich bessere Arbeitsverhältnisse schaffen, wie er seinen Erwerb und sein Arbeitsgebiet vergrößern kann.

Die Ziele der Industrievereine. Das Hauptziel der Industrievereine ist, verschiedene Mittel für die Ausbildung der Mitglieder ausfindig zu machen, ihren Wissenkreis zu erweitern, ihren Verstand zu bilden. Das ist das wissenschaftliche Ziel. Die Industrievereine sollen alsdann für die Verbreitung der guten Sitten und der Moral sorgen. Schon die Satzungen eines jeden Industrievereins besagen, daß nur ein rechtschaffener Mensch, der sich in moralischer Hinsicht gut führt, Mitglied eines Industrievereins werden kann.

Die belehrenden Ziele und die Ziele, die nach der Verbreitung guter Sitten trachten, sind keineswegs hinderlich, im Rahmen des Vereins Vergnügungen, Abendunterhaltungen und Ausflüge zu veranstalten. Ein gewöhnliches Vergnügen ist weder der Arbeit noch der Moralität hinderlich. Im Gegenteil, durch eine angenehme Erholung und durch Zeitvertreib gewinnt man Lust zu weiterer Arbeit; der Mensch fühlt sich auf diese Weise nicht als Sklave seiner Werkstätte.

Zu den bildenden Mitteln in den Vereinen zählen wir die Versammlungen mit Vorträgen und die Unterhaltungen. Die Vorträge sollen so sein, daß sie alle Mitglieder ohne Rücksicht auf das Alter und den Beruf interessieren. Die gegenseitigen Unterhaltungen und Diskussionen über die Vorträge beleben die Versammlungen. Bei den Unterhaltungen müssen die politischen, religiösen und privaten Unterhaltungen ausgeschlossen sein. Zu den politischen Angelegenheiten dürfen aber nicht die nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gerechnet werden.

Ein weiteres, wichtiges Mittel ist die Vereinsbibliothek. Je besser die Bibliothek, desto größer ist der Vorteil für den Verein. Die Güte hängt nicht von der Zahl, sondern von dem Inhalt der Werke ab. Das Abonnieren von Fachzeitschriften ist für die Mitglieder der Industrievereine gleichfalls von großer Wichtigkeit.

Während des Krieges sind viele Fachzeitschriften eingegangen; umso mehr müssen diejenigen abonniert und unterstützt werden, die noch übrig geblieben sind. Organ der Industrievereine ist gegenwärtig der „Kupiec“, der für die Vereine der Industriellen sehr geeignet ist, denn er veröffentlicht Artikel für alle Berufe, Abhandlungen, die sowohl den Handwerker, wie den Kaufmann und den Fabrikanten interessieren. Die Industrievereine dürfen nicht bestehen ohne ein gemeinsames Band. Dieses Bindeglied der Vereine ist der Verband der Industrievereine, der

über das Wohl der einzelnen Vereine wacht. Durch den Verband lernen sich die Vereine näher kennen und verständigen, soweit es sich um die gemeinsamen Ziele und Bestrebungen handelt. Der Vorstand verständigt sich mit den Vereinen mit Hilfe des Verbandsorgans. Es ist nur nötig, daß das Verbandsorgan eine größere Verbreitung findet. Vielleicht wird nach dem Kriege eine Änderung zum Besseren in dieser Beziehung eintreten. Der Verband ist nicht nur eine kräftige Stütze der Industrievereine, sondern er bemüht sich auch um die Entwicklung der Einzelorganisationen, er stärkt die Schwachen, belebt die Schlafenden und ist bemüht, dafür zu sorgen, dem Gewerbe und dem Handwerkerstande aufzuhelfen, damit sie in den schweren Zeiten ausharren.

Aus Nr. 12 des Kupiec (Posen)
vom 16. Juni 1916.

Das zweite Kriegsjahr

geht zu Ende. Überall große Verwüstung. Der Krieg hat nicht nur Opfer auf dem Schlachtfelde gefordert, sondern auch Schaden in den kriegsführenden Ländern angerichtet.

Handel, Industrie und Gewerbe befinden sich in neuen Verhältnissen des Daseins und der Arbeit. Ihnen müssen wir uns anzupassen suchen. Der Kaufmann und der Handwerker sollen in die Zukunft blicken und an ihre fernere Existenz denken. Es ist sehr traurig, wenn sich heute jemand nur mit der Politik und mit den Kriegsnachrichten beschäftigt und nicht an die Zukunft denkt. Heute schon organisieren sich überall anders die Kaufleute und Industriellen und beraten über ihre Zukunft; denn wie auch das Resultat der furchtbaren Kämpfe sein wird — die Leute müssen leben —. Wer aber leben und seine Existenz sichern will, der muß arbeiten.

In dieser Sorge um die Zukunft ist ein guter Ratgeber und Informator die Berufszeitung, die dem Handel, der Industrie, dem Handwerk und dem Bankwesen gewidmet ist. Eine solche Schrift sollte sich in dem Hause eines jeden aufgeklärteren Kaufmannes und Industriellen befinden.

Ein solch guter Ratgeber und Freund des Kaufmannes, Industriellen und Handwerkers ist der „Kupiec“, das amtliche Organ des Verbandes der Industrievereine, des Verbandes der polnischen Fabrikanten, des Verbandes reisender Kaufleute und etlicher anderen Organisationen.

In den aller schwierigsten Arbeitsverhältnissen bemüht sich der „Kupiec“ der Industrie und dem Handel zu dienen und ist ein Beweis dafür, daß der polnische Handel und die polnische Industrie arbeitet und zu leben wünscht. — Der „Kupiec“ befaßt sich nicht nur mit dem preußischen Gebietsteile, sondern er greift über die Grenzen des deutschen Reichs hinaus und erblickt unsere Erlösung in der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Königreich Polen und Galizien. Namentlich dem Königreich Polen schenkt er sehr viel Aufmerksamkeit, denn das hat für unseren Handel und für unsere Industrie eine sehr große Bedeutung. Die Ziele und Bestrebungen des „Kupiec“ sollten im ganzen polnischen Lande gern Unterstützung finden, sei es auch nur durch das Abonnement des Blattes zunächst für $\frac{1}{4}$ Jahr, das in Preußen und im Königreich Polen 1,60 Mark, in Galizien 2 $\frac{1}{2}$ Kronen kostet.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 72 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 18. Juni 1916.

Unter der Spitzmarke:

„Die alldeutschen Nationalliberalen und der Kanzler“

schreibt die Grudziądzka folgendes:

Neuerdings macht das „Berliner Tageblatt“ darauf aufmerksam, daß auch ein Teil der Liberalen über die Rede des Kanzlers von den „Piraten der öffentlichen Meinung“ sehr ungnädig gewesen sei.

Wir sehen, daß der Kampf der alldeutschen Konservativen und Nationalliberalen gegen den Kanzler weitergeht, daß es auch unter den Deutschen Leute gibt, die selbst in der Zeit des Krieges nichts lernen wollen. Die polnische Volksgesamtheit kann nur wünschen, daß dieser Kampf mit dem Siege des Kanzlers endigt und daß die alldeutschen Elemente in diesem Kampfe unterliegen. Wir sind der Meinung, daß der Kanzler eine Politik des gesunden Verstandes führt und weiterhin führen wird und nicht eine Politik der nationalen Verblendung. Herr v. Bethmann hatte einmal im deutschen Reichstage gesagt, daß er ein Gegner der Ausnahmegeetze sei. Es ist deshalb verständlich, daß die Polen allen Grund haben, den gegenwärtigen Kanzler und seine Regierung energisch zu unterstützen — ebenso wie sie i. Zt. Grund hatten, die Regierung des Kanzlers v. Bülow zu bekämpfen, den sie auch schließlich, was eine geschichtliche Tatsache ist, durch die Stimmen ihrer Abgeordneten im Reichstage zum Falle brachten.

Wenn der gegenwärtige Kanzler und seine Regierung fallen würde, dann würde an seiner Stelle doch höchstens ein Konservativer oder ein National-liberaler Alldeutscher treten, oder doch wenigstens ein Freund dieser politischen Richtung — in jedem Falle ein Mensch, der kein Gegner der Ausnahmegeetze wäre.

Aus Nr. 71 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 16. Juni 1916.

Die „Gazeta Grudziądzka“ bringt in verkürzter Form den in den „Alldeutschen Blättern“ i. Zt. über die polnische Frage veröffentlichten Artikel und knüpft daran folgende Bemerkungen.

Soviel die Ausführungen des Herrn Claß. Wir werden die Ausführungen des Herrn Claß nicht eingehender behandeln, denn wir gedenken uns mit ihnen nicht in gar zu umfangreicher Weise zu befassen. Sie geben jedoch Zeugnis davon, daß es um die polnische Sache, es sei dem, wie es wolle, sehr gut stehen muß, wenn sogar die Alldeutschen sich mit der Errichtung eines selbständigen polnischen Staates gegenwärtig schon beschäftigen. Zum Schlusse möchten wir noch sagen, daß Herr Claß wohl nicht zu denjenigen gehören wird, die darüber entscheiden werden, wie die polnische Frage zu lösen ist. Auch den Rat des Herrn Claß und seiner alldeutschen Genossen werden die Staatsmänner des deutschen Reiches nicht einholen. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß sich in den Köpfen der deutschen, die Verantwortung tragenden Staatsmänner das Interesse des deutschen Volkes hinsichtlich der Lösung der polnischen Frage anders darstellen wird, als in den Köpfen des Herrn Claß und seiner alldeutschen Genossen.

Aus Dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 139 des Narodowiec (Herne)
vom 17. Juni 1916.

Das polnische „Ausführungskomitee“ für den Westen Deutschlands

sendet uns nachstehendes Schreiben:

Am zweiten Pfingstfeiertage fand im Katholischen Gesellenhause in Herne eine Versammlung der Vertreter der polnischen Verbände zum Zwecke der Organisation des Schutzes für die Witwen und Waisen der Krieger und zum Zwecke der Bildung eines Sekretariats statt, welches den Frauen und Familien der Krieger mit Rat und Hilfe beim Nachsuchen der ihnen zustehenden Rechte geben sollte, um sie vor der Ausbeutung gewissenloser Schreiberseelen, vor denen schon die Behörden warnen, zu schützen.

Vertreten waren alle Organisationen und Verbände der Vereine, sowie die polnischen Herausgebungen.

Als Leiter der Versammlung war der Vorsitzende der Pergarbeiterabteilung der „Polnischen Berufsvereinigung“, Herr Fr. Mańkowski aus Bochum, tätig. Das Protokoll führte Herr Franz Krupka, der Schriftführer des „Verbandes der polnisch-katholischen Vereine“ aus Bochum.

Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig anerkannt, daß es nötig sei,

1. unverzüglich ein Sekretariat für die Frauen und Familien der Krieger zu errichten,
2. Gelder zur Unterstützung für die Waisen und Witwen zu sammeln.

Die Organisationen und Herausgebungen erklärten sich bereit, durch entsprechende regelmäßige Beiträge für die Erhaltung der Sekretariats zu sorgen. Die Firma „J. Kmiatowski u. Gen.“ in Herne wird monatlich 10 M. zahlen. Die Depositentasse der Bank der Industriellen in Gelsenkirchen gibt jährlich 100 M.

Alsdann beriet man darüber, wer die Aufsicht über das Büro und den Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen haben soll. Herr Johann Brejski empfahl, zu diesem Zwecke einen „Wohltätigkeitsverein“ ins Leben zu rufen, ähnlich den anderen Institutionen mit gleichen speziellen Aufgaben, wie der Sankt Josephat-Verein, die Polnische Berufsvereinigung, die Gefangenevereine usw.; er zog aber seinen Antrag zurück, weil in der Diskussion die Meinung die Oberhand gewann, daß es sich nicht empfehle, eine spezielle Organisation zu gründen. Man bemühte sich, die Angelegenheit des Sekretariats und die der Witwen und Waisen der Krieger dem „Ausführungskomitee“, welches im Jahre 1913 gegründet worden ist, zu übertragen. Schließlich wurde mit Einvernehmen der Mitglieder des Ausführungskomitees, das durch 9 Mitglieder von 12 Mitgliedern vertreten war, folches beschlossen. Von den drei nichtanwesenden Mitgliedern befindet sich eins beim Militär, eins hat die Fremde verlassen und das dritte war durch einen Beauftragten vertreten.

Im Einverständnis mit den Mitgliedern des „Ausführungskomitees“ wurde einstimmig beschlossen, daß sich das Ausführungskomitee auf den nachstehenden Grundlagen reorganisieren solle:

§ 1. Aufgabe des „Ausführungskomitees“ als Vertreterschaft der Allgemeinheit soll in erster Linie sein, Milde Tätigkeit zu üben und alle sozialen Faktoren und Organisationen des polnischen Auswanderertums links der Elbe zum Zwecke gemeinsamer und einträglicher Arbeit zu vereinigen. Der Einfluß auf politische Angelegenheiten ist ausgeschlossen.

§ 2. Das Ausführungskomitee besteht aus 30 Mitgliedern. Von diesen werden 24 von den pol-

nischen Organisationen und Herausgebungen in der Fremde ernannt, und diese wählen 6 hinzu. Das Mandat der Mitglieder des Ausführungskomitees dauert 1 Jahr.

§ 3. An der Spitze des Ausführungskomitees steht der Vorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem Hauptschriftführer und seinem Vertreter, dem Kassierer und aus Beiräten besteht; er wird durch die Mitglieder auf 1 Jahr gewählt.

§ 4. Die Versammlungen der Mitglieder des Ausführungskomitees beruft der Vorsitzende, oder in Vertretung der Vizevorsitzende, oder ein anderes Mitglied des Vorstandes, das dazu berechtigt ist, ein. Die Versammlungen werden durch Briefe und durch Bekanntgabe in den polnischen Zeitungen, die in Deutschland links der Elbe erscheinen, einberufen.

§ 5. Die Mitglieder des Ausführungskomitees haben auf das Vermögen des Komitees kein Anrecht, sondern sie verwalten es als ein ihnen von den Verbänden anvertrautes Gut.

§ 6. Im Falle der Auflösung des Ausführungskomitees verfügen über sein Vermögen die Vertreter der polnischen Verbände und Zeitungen, die bei der Konstituierung des Ausführungskomitees am 12. Juni 1916 unter dem Voritze des ältesten Teilnehmers vertreten waren, mit Stimmenmehrheit der Anwesenden. Nach Beschließung der Reorganisation des Ausführungskomitees und nach Gewinnung der Zustimmung seiner bisherigen Mitglieder wurde festgestellt, daß in der Versammlung beide polnischen Herausgebungen aus Bochum und Herne, sowie die nachstehenden Organisationen vertreten waren:

Das Hauptwahlkomitee, die Polnische Berufsvereinigung, der Verband der polnisch-katholischen Vereine, der Verein für Unterrichtshilfe, der Verband der polnischen Gefangenevereine, die Gauen des Verbandes der Sokolvereine, der Bezirk der Volkslesevereine, der Bezirk der Aufklärungsvereine „Straż“, der Bezirk der Entlastungsvereine, der Verband der Polinnen-Vereine, der Bezirk des Verbandes der Industrievereine.

Nach Vervollständigung des Ausführungskomitees durch die Hinzunahme von Arbeitern, die außerhalb des Kreises der Vertreter der Verbände und Herausgebungen stehen, führten die Mitglieder des Ausführungskomitees die Wahl des Ausschusses durch, in den durch Zettelwahl die folgenden Herren gewählt wurden:

Johann Brejski als Vorsitzender, Josef Pantowski als Hauptschriftführer und Johann Kierczyński aus Herne als Kassierer; zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Leo Lesniewski aus Datteln, zum stellvertretendem Schriftführer Stephan Wielgoz aus Oberhausen und zu Beiräten wurden Franziska Wilczkowiak aus Wanne und Johann Grzankowski aus Osterfeld gewählt.

Das Komitee soll mit seiner Tätigkeit unverzüglich beginnen; vor allen Dingen soll es das Sekretariat für die Frauen und Familien der Krieger einrichten und die Beitragszahlungen für die Waisen und Witwen in die Wege leiten. Der Aufruf und der Plan der Tätigkeit werden binnen kurzem bekanntgegeben werden.

Das polnische Volk in den deutschen Gegenden, welches soviel Herz für die obdachlosen und hungrigen, unglücklichen, polnischen Greise Frauen und Kinder auf dem Kriegsschauplatz gezeigt hat, verschließt auch seine Augen nicht gegenüber den hiesigen Bedürfnissen. Wir zweifeln nicht daran, daß die edlen Bemühungen allgemeine Unterstützung finden werden.

Das erste Bureau für die Frauen und Familien der Krieger wird in allernächster Zeit in Wanne eröffnet werden. In anderen Ortschaften werden Hilfsbureaus errichtet werden.

Aus Nr. 141 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 20. Juni 1916.

Aufruf an das polnische Volk.

Liebe Landsleute und geschätzte Landsmänninnen!

Schon das zweite Jahr neiget sich seinem Ende zu, seitdem der Krieg, der größte und blutigste aller Kriege, den je die Menschheit gesehen, begann. Viele Menschen sind frühzeitig dahingegangen, viel Unglück ist über die Länder gekommen, in denen die blutigen Kämpfe stattfanden. Besonders heimgesucht wurden durch den Kriegsturm die polnischen Lande, wo viele Tausende unserer Brüder und Schwestern, mit uns durch Blut, Sprache und Glauben verwandt, ohne Dach und Brot sind. Erfüllt durch die christliche Nächstenliebe, haben die Polen in den deutschen Gegenden ihr Scherflein zum Brote für die obdachlosen Landsleute und für die hungrigen polnischen Kinder gesammelt. Aus Groschen und Mark ist eine Summe zusammengekommen, die unseren Verhältnissen und den schweren Zeiten entsprechend durchaus ansehnlich ist. Und die Opferwilligkeit für diesen Zweck darf nicht nachlassen, solange es unter unseren Landsleuten auf dem Kriegsschauplatz Obdachlose und Hungerige geben wird. — Wenn wir an sie denken, können wir unsere Augen den unvermeidlichen und schweren Folgen des lang andauernden Krieges, denen unser polnisches Volk in den deutschen Gegenden ausgesetzt ist, nicht verschließen. Mit jedem Tage werden die Reihen der Männer und Väter, die im Kreise ihrer Familie bei der Arbeit verblieben sind, lichter, mit jedem Tage wächst die Zahl der Witwen und Waisen der gefallenen Krieger.

Trotz der ungewöhnlichen Anstrengungen des Staates und der Gemeinden können nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden, insbesondere hinsichtlich der Unkenntnis der Vorschriften und der Ratlosigkeit vieler Frauen. Hier ist die Hilfe der Volksgesamtheit durchaus notwendig.

Von diesem Gedanken geleitet, haben die polnischen Verbände und Herausgebungen dem Ausführungskomitee als der Vertreterschaft der gesamten polnischen Emigration links der Elbe empfohlen, sich der Kriegerfamilien, insbesondere der Witwen und Waisen, durch die Schaffung eines Sekretariats, verbunden mit einem Bureau, das in allen Unterstützungssachen Rat erteilt, und durch die Organisation von Beiträgen für die Witwen und Waisen, anzunehmen.

Liebe Landsleute und geschätzte Landsmänninnen!

Indem wir uns hiermit der erhaltenen Empfehlung entledigen, wenden wir uns an Eure edlen Herzen und bitten Euch um Beiträge für den so edlen Zweck. Wir wissen, daß die Zeiten schwer sind. Wer aber nur ein wenig Ersparnisse besitzt, oder wem der Ernährer der Familie, Mann oder Sohn, zur Seite steht, der ist im Vergleiche mit den Witwen, die von einer Schar kleiner Kinder umgeben sind, ein reicher Mann. Wer selbst die Folgen der Teuerung verspürt, der wird es am besten begreifen, wie schwer es solchen Witwen fällt, mit der erhaltenen Unterstützung durchzukommen, die Kinder zu nähren, sie zu kleiden und die Miete zu bezahlen. Möge daher jeder von seiner Armüt den Allerärmsten etwas spenden.

Die Staatsmänner sagen, daß der größte Reichtum, der höchste Schatz eines Volkes gesunde und kräftige Menschen seien. Wer sein Volk wahrhaft liebt, wer aufrichtig um seine Zukunft besorgt ist, der sollte nach Möglichkeit dafür sorgen, daß nicht ein einziges polnisches Kind wegen unzulänglicher Ernährung in seiner Entwicklung aufgehalten wird oder dem frühen Tode anheimfällt.

Der liebt das polnische Volk nicht, welcher der polnischen Jugend gegenüber gleichgültig ist.

Schon das menschliche Empfinden allein gebietet, den Armen Hilfe zu bringen. Christus lehrte: Gesegnet sind die, die Barmherzigkeit üben, und unser Dichter und Denker ruft:

Ewig lebt auf Erden,
Wer mit seinem Tode das Leben mehrt.

Unsere Witwen und Waisen fordern von uns kein Opfer an Blut. Ihnen genügt ein kleiner Teil unseres Erverbs, den sie für Brot, Kartoffeln und Salz, für ein wenig Milch für die Säuglinge brauchen. Gesegnet sind die Wildtätigen!

Erwerben wir uns den Segen Gottes!

Weil die Bedürfnisse ständig sein und nach dem Kriege nicht aufhören werden, reicht eine einmalige Hilfe nicht aus und wäre sie auch noch so reich bemessen. Es ist unbedingt notwendig, ständige Beitragszahlungen zu organisieren. Dazu sind alle Organisationen und Vereinigungen berufen. Zur Führung dieser Arbeit bittet das „Ausführungskomitee“ die „Vereinskomitees“, die sich an allen Orten vervollständigen und besondere „Beitragskomitees“ gründen sollten. Sammeln darf man nur auf Grund der Beitragslisten des Ausführungskomitees.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere herzlichste Bitte, mit der wir uns an die Allgemeinheit der Landsleute und insbesondere an unsere Polinnen im Namen Gottes und im Namen des Volkes wenden, Zugang zu allen edlen Herzen finden und daß sie die Allgemeinheit zur Arbeit und Opferwilligkeit veranlassen wird. Möge der Himmel die Anstrengungen des polnischen Volkes segnen!

Glück zu!

Das Ausführungskomitee.

Johann Brejski, Vorsigender. Leo Lesniewski, stellv. Vorsigender. Josef Pankowski, Hauptschriftführer.

Stephan Wielgosz, stellv. Schriftführer.

Johann Kierczyński, Kassierer. Franziska Wilczkowiak, Johann Grzanowski: Beisitzer.

Adalbert Chwilkowski, Recklinghausen-Süd. J. Danielak, Wanne. J. Demel, Bottrop. Valentin Dudkiewicz, Hamborn-Marloh. Johann Filipiak, Wanne. Martin Jasiczak, Witten. Johann Kaczor, Gelsenkirchen. Joseph Jakubowicz, Bochum. Johann Kortylewski, Solingen. Johann Kwiakowski, Herne. Michael Kwiakowski, Herne. Franz Krupka, Bochum. W. Kmiec, Witten. Stanislaus Kunca, Bochum. Franz Mańkowski, Bochum. M. Piechocka und Dr. Edmund Piechocki, Gelsenkirchen. Johann Rhymer, Bottrop. Josef Rzepta, Oberhausen. M. Siekierski, Castrop-Schwerin. Fr. Przybylski, Essen. Johann Wilkowski, Castrop.

Der obige Aufruf wird unterstützt durch:

das Hauptwahlkomitee — den Verband der gegenseitigen Hilfe der polnisch-katholischen Vereine — den Verein für Unterrichtshilfe (Sankt Josophat) — den Verband der Gesangsvereine — die Gaue des Verbandes der Sokol-Vereine — den Bezirk des Volkslesevereins — den Bezirk der Bildungsvereine „Straż“ — den Bezirk der Enthaltensvereine — den Verband der Polinnen-Vereine — den Bezirk des Verbandes der Industrievereine, durch den „Wiarus Polski“ und „Narodowiec“.

Aus Nr. 140 des Narodowiec (Herne)
vom 18. Juni 1916.

Aus Gelsenkirchen wird uns geschrieben:

Wir aus Gelsenkirchen-Bismarck in dem neugegründeten Wahlverein am ersten Pfingstfeiertage ver-

sammelten Polen beschließen folgendes: Aus Anlaß des Nichtanerkenntens des Reglements und der Sitzungen des Hauptkomitees durch den Wahlverein „Dziwiat“ in Gelsenkirchen-Bismarck haben es die Landsleute für angebracht gehalten, einen neuen Wahlverein auf der Grundlage der Gemeinsamkeit in der Fremde zu gründen und fordern die Landsleute zur Unterstützung auf. Die Rede hielt der Sekretär des Hauptkomitees, Herr Wielgoz aus Oberhausen.

Johann Sieraczek, Vorsitzender.
Stanislaus Biezterda, Schriftführer.
Stanislaus Ezymaniski, Kassierer.

Aus Nr. 137 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 16. Juni 1916.

Korrespondenz aus der Pausik.

(Auszugsweise.)

Niederlausik, am Pfingstfest 1916.

An den Pfingstfeiertagen veranstaltete der Polinnen-Verein „Gwiazda“ in Wels (?) einen sogenannten Familienabend. Das Programm bestand aus Vorträgen, Deklamationen, Gesängen usw. Die bescheidene Feier gelang in jeder Beziehung. Es wurden für die hungrigen Kinder in Polen 40 M. gesammelt.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen irgendeine Festlichkeit zu veranstalten, ist nicht leicht. Die Veranstalter stoßen nämlich auf Schwierigkeiten, die fast unüberwindlich zu sein scheinen. In einem anonymen Schreiben, das dem Vorstand des Vereins „Gwiazda“ zugegangen ist, regt sich der Verfasser darüber auf, daß in der gegenwärtigen Zeit, „wo überall das Blut in Strömen fließt und die ganze Welt in einen Trauerflor gehüllt ist“, ein polnisch-katholischer Verein Festlichkeiten veranstaltet. Anstatt Feste zu feiern, rät der Verfasser: 1. für die Gefallenen zu beten und für sie Messen lesen zu lassen, 2. sich um die Witwen- und Waisenrenten für die Hinterbliebenen zu bemühen und 3. dafür zu sorgen, daß die Waisen in polnisch-katholische Häuser untergebracht und dort erzogen werden. Der Verfasser verlangt schließlich, daß dieser Brief in der Versammlung des Vereins laut vorgelesen werden soll.

Manch ein Leser, dem die Umstände und die örtlichen Verhältnisse nicht bekannt sind, wird dem anonymen Berater beipflichten und ein solches Programm für passender halten. Diese verkehrte Ansicht und Orientierung des hiesigen Beobachters unserer polnischen Kolonie will ich berichtigen; ich will meiner Ansicht meine Meinung über die Tätigkeit unserer Vereine in der Fremde unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegenstellen. Es ist eine etwas undankbare Aufgabe, ein solches von dem versteckten Verfasser des genannten Briefes und von seinen im Geiste verwandten „Schwarzsehern“ vorgeschlagenes und über alle Maßen erhaben zu sein scheinendes „Programm“ zu kritisieren.

Vor allem muß ich, was die hiesigen örtlichen Verhältnisse anbetrifft, folgendes bemerken: Während der Kriegszeit finden an jedem Mittwoch abend Kriegsgottesdienste statt. Es haben sich zahlreiche Rosenkranz- und Frauenkreise für Frauen und Jungfrauen gebildet. Messen für die Gefallenen und für die im Felde stehenden Soldaten werden fast alltäglich gelesen. Diese Messen werden oft schon 4 Wochen vorher bei dem hiesigen Propst bestellt. In der Versammlung des polnisch-katholischen Arbeitervereins hielt der Propst einen Vortrag über die Kriegsunterstützungen usw. Er ließ unter die Mitglieder gedruckte Formulare verteilen und versprach jedem, der ihn darum bitten würde, in dieser Angelegenheit behilflich zu sein. Dasselbe versprach auch Herr R. unentgeltlich zu tun. Für Erziehungsfragen ist ein kleiner Frauenverein nicht zuständig.

An diese Tatsache scheint der anonyme Verfasser nicht gedacht zu haben. Jetzt will ich ihm beweisen,

was z. B. so eine schlichte Feier, in welcher ein Vortrag gehalten wird, Gesänge, Deklamationen usw. aufgeführt bzw. vorgetragen werden, für uns für eine weittragende Bedeutung hat.

Seit 2 Jahren sind fast alle unsere Vereine in der Fremde geradezu zur Untätigkeit verurteilt. In dem größten Teil der Vereine in der Fremde herrscht Apathie und Ratlosigkeit. Viele Vereine haben sich aufgelöst oder haben ihre Tätigkeit auf unbestimmte Zeit eingestellt. Deshalb ist es für jeden aufgeklärten Menschen eine Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Vereinsleben von neuem wieder erblühe und daß die einzelnen Teile wieder zu einem harmonischen Ganzen vereinigt werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß die jahrelangen Bemühungen derjenigen Leute, die ihre Kräfte dafür geopfert haben, um die polnischen Kolonien in den deutschen Industriegegenden für die polnische Volksgesamtheit zu erhalten, nicht umsonst gewesen sind. Wir müssen darüber wachen, daß Aufklärung und nationales Selbstbewußtsein unter dem polnischen Volke in der Fremde nicht schwinden. Es scheint nämlich, als ob zwei kleine polnische „Weltanschauungen“ aus diesen Kriegswirren entstanden wären, die eine, um in völliger Resignation und Ratlosigkeit dahin zu leben und die andere, um zu erneuern, zur Tat anzuregen, den dunklen Pessimismus, die Apathie, Passivität, Ratlosigkeit und Trägheit zu bekämpfen. Im allgemeinen haben wir keinen Grund, Trauerkleider für unbestimmte Zeit anzulegen, trotzdem der furchtbare Krieg tatsächlich ungeheure Lücken in den Familien gerissen hat. Es wird nämlich der Augenblick kommen, in welchem zu trauern keine Zeit mehr sein wird, der Augenblick, in welchem über Apathie und Unwillen die Schaffenskraft siegen und den Schmerz und die Trauer die Morgenröte der Hoffnung unserer wirklichen Wiedergeburt lindern wird.

Daher ist es auch ein Fehler, die unschuldigen Triebe jeder positiven Arbeit im Innern der Vereine zu bekämpfen. Man muß im Gegenteil den von Sorgen bedrückten Familien Gelegenheit geben, die geistige Kost einer klug erdachten polnischen Feier zu genießen. Eine solche ernste und einige Stunden dauernde Feier wird sich tief in das Gedächtnis der Teilnehmer einprägen und die Jugend dazu anregen, im Singen, Deklamieren usw. miteinander zu wetteifern. An solchen Vereinsfeiern nehmen auch gern die Ortsgeistlichen und ältere Leute teil. Sogar Eltern, die ihre Söhne im gegenwärtigen Kriege verloren haben, und Witwen der gefallenen Soldaten lauschen gern unsern polnischen Liedern zu. Eine solche Feier ist für uns ein Trost und eine Erquickung. Und das tut uns allen not.

— 6 —

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 137 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 17. Juni 1916.

In der „Schlesischen Volkszeitung“ hatte ein Warschauer Korrespondent einen Artikel unter der Überschrift „Die Annäherung zwischen den Deutschen und Polen“ veröffentlicht. Zu diesem Aufsatz bemerkt der „Kurjer“ folgendes: Als die Deutschen das Königreich Polen eingenommen hatten, fehlte es auf polnischer Seite nicht an Befürchtungen, daß die deutsche Verwaltung ihr Germanisierungswerk beginnen könnte. Diese Befürchtung war ja doch grundlos. Die deutsche Verwaltung germanisiert nicht nur nicht, sondern sie schafft soziale Einrichtungen polnischen Charakters, welche die dortigen Polen von Rußland nicht erwarten konnten, sie legt die Grundlagen für eine bessere Zukunft und

hilft insbesondere der freiheitlichen Entwicklung der Polen in nationaler Hinsicht. Wenn bei diesen Bemühungen hier und da Mißgriffe vorkommen, so muß das wohl verstanden werden, denn das alles geschieht ja während des Krieges. Die Hauptsache bei dem allen aber ist der Umstand, daß der Wille, die Absicht und die Tendenz der Okkupationsregierung durchaus nicht nach der Germanisierung, sondern nach der tatsächlichen Befreiung des polnischen Volkes hinstreben.

Diese Tatsache steht fest, und auch wir können sie aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Deshalb können wir unserer Freude darüber Ausdruck geben, das es wirklich so ist, und wir können auch hoffen, daß diese Entwicklung der polnischen Sache im Königreiche zu einer Änderung und Besserung der polnischen Verhältnisse im Deutschen Reiche führen wird. Wir meinen, daß es Pflicht eines jeden Polen ist, im gegebenen Augenblicke nach Kräften zum Gelingen dieser Sache beizutragen.

Aus Nr. 132 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 12. Juni 1916.

Zwei Staatsraisonen.

Unter dieser Überschrift schreibt das polnische Legionenblatt u. a.:

Es ist etwas Ungewöhnliches geschehen. England hat zwar einige Führer des irischen Aufstandes mit dem Tode bestraft, aber anstatt in dem Verhältnis zu Irland zu den früheren Methoden der rücksichtslosen Bedrückung zurückzukehren, betrat es einen ganz entgegengesetzten Weg. Die Regierung Asquith beschleunigt die irischen Reformen. Die wütendsten Gegner der Iren, der Held von Ulster Lord Carson und seine Anhänger, reichen den irischen Nationalisten die Hand zur Versöhnung. Die irische Selbstverwaltung mit einem besonderen Parlament ist beschlossen. Die Frage einer Amnestie oder einer teilweisen Milderung der Strafe für die irischen Auführer stößt nicht auf Widerstand.

Die Theorien unserer heimischen Ausrotter der bewaffneten Bewegung zerfielen wie Flugand bei dem Windstoß dieser Tatsache.

Sie haben jedoch noch ein Argument in der Reserve. In Irland hat sich eine Partei gefunden, welche die Sinnfein-Bewegung verurteilte. Und in Polen? In Polen gab es stets viele, zu viele bewaffnete Bewegungen zu verurteilen. Es waren z. B. im Jahre 1830 Leute wie Chlopicki, Lubeki und Krasinski, die einen Ausgleich mit Rußland gern versucht hätten.

In dieser Beziehung lag die „Schuld“ nicht auf unserer Seite, und die Meinungen derjenigen, die da behaupten, das Jahr 1831 habe der Paszkiewicz'schen Russifizierung und das Jahr 1863 der Apuchtin'schen Russifizierung das Tor geöffnet, vermögen durch diese schwache Beweisführung ihre irrigen Schlußfolgerungen nicht aufrecht zu erhalten.

Nach dem Jahre 1863 kam die Apuchtin'sche Ära nicht deshalb, weil es in unserem Volke keine versöhnlichen Elemente gab, sondern weil Rußland keine Versöhnung haben wollte.

Und überhaupt waren die Jahre 1831 und 1863 nicht deshalb eine Niederlage, weil wir unterlegen sind, sondern deshalb, weil wir es mit Rußland zu tun hatten.

Finnland, welches gar keine bewaffneten Handlungen gegen das Zartum unternommen hatte, leidet ebenso unter der Bedrückung, weil es ebenfalls mit Rußland es zu tun hat.

Darin liegt der Kern der Sache.

In der irisch-englischen Frage und in der polnisch-russischen Frage treten 2 verschiedene Staatsraisonen in die Erscheinung.

Die englische Staatsraison findet den Exponenten ihrer Macht in der Anwendung des Verstandes, die russische Staatsraison suchte den Exponenten ihrer Macht stets in der brutalen Kraft.

Wir haben nicht die Absicht, England zu glorifizieren, auch dieses huldigte und huldigt bis heute nach außen fortwährend noch der rücksichtslosen Kraft. Aber schon seit einer Reihe von Jahren baut es in den inneren Verhältnissen und in der Gestaltung seiner Haltung zu den Kolonien immer mehr auf die Klugheit.

Beweise hierfür liefert — namentlich gegenwärtig — sein Verhalten im Aufstand der Buren und während des Krieges in der irischen Revolte.

Fragen wir jetzt, ob es keine Anzeichen gibt, daß Rußland keine Lust habe, diesen Weg ebenfalls zu betreten. Das Verhältnis Rußlands zu Finnland im gegenwärtigen Kriege ist hier eine bezeichnende Erscheinung dafür, daß Rußland und das Zartum seine früheren Wege nicht zu verlassen gedenkt.

Die den Polen gemachten Versprechungen sind Versprechungen. Es ist dies ein Spiel für Einfältige und lediglich für solche, die sich einer Täuschung hingeben wollen. Denn alles verschiebt Rußland in die Zeit nach dem Kriege.

Könnte nicht auch England Irland gegenüber so handeln? Und doch hat es anders gehandelt; denn die Staatsraison, welche sich auf Berechnungen stützt, die von der Klugheit diktiert werden, erledigt die Angelegenheiten, welche sich mit ihr in Kollision befinden, unverzüglich.

Von dieser Staatsraison ließ sich auch die Mehrheit des deutschen Reichstags leiten, als sie unlängst die Aufhebung des Sprachenparagraphen trotz der Reaktionäre, der preußischen Junker, beschloß, die immer noch auf die Kraft und nur auf die Kraft alles bauen wollen. Die Mehrheit des Reichstags erkannte auch die vorsichtigen Auslassungen der Regierungskreise, diese Angelegenheit auf eine spätere Zeit zu verschieben, nicht an. Es ist auch anzunehmen, daß die deutschen Regierungskreise, welche in der Meinung der Mehrheit des Volks eine solche Stütze haben, dem Beschluß des deutschen Reichstages Genüge tun werden.

Sogar vom Gegner kann man gute Grundsätze annehmen. Und in diesem Kriege wird es schon offenbar, daß sich nach ihm die Staatsraisonen der Staaten mehr vom Verstande, als von der Kraft werden leiten lassen. Nur hinsichtlich Rußlands kann kein Zweifel bestehen, daß, solange seine Verfassung keiner Änderung unterliegen wird, solange die Knechtschaft der Nationalitäten in ihm ein Dogma des „echt russischen“ Programms und das Zartum und der Bürokratismus das höchste Ideal des Regierens sein wird, auch die Staatsraison in Rußland die Bedrückung — des eigenen Volks und der dem Zarenzepter unterworfenen Nationen, die Kraft und die Anwendung der Übermacht — die Richtschnur und Methode der Regierungen sein werden.

Aus Nr. 167 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 17. Juni 1916.

Die Fragen des Herrn Boleslaus Roskowski.

Im „Kurjer Warszawski“ legte uns Herr B. R. eine Reihe von Fragen vor, auf die er von uns eine Antwort „nicht erwartete“. Entgegen der Vermutung unseres Opponenten entschließen wir uns, ihm eine deutliche und bestimmte Antwort zu erteilen, wir bemerken jedoch, daß wir dies auf ausdrückliches Verlangen tun, möge uns also Herr B. R. dann nicht schlechter Erziehung und Indesretion beschuldigen.

Im Leben geschehen oft unvorhergesehene Fälle: So wählt sich z. B. der Sohn einer geachteten Familie zum Gegenstand seiner Liebe eine Person von nicht besonderem Ruf; dann wollen die Bekannten der Familie von diesem unglücklichen Affekt lieber nicht reden. Eine solche Zurückhaltung gebieten gesellschaftliche Rücksichten.

Daher zogen wir es vor, von den Motiven nicht zu reden, die nach unserer Meinung Herrn B. K. im „Kurjer Warszawski“ zu der Erklärung bewogen haben, daß er gegen die Äußerungen des Grafen Wielopolski nicht protestieren werde. Wenn aber Herr B. K. wünscht, daß wir klar und bestimmt sagen, was wir im Sinne hatten, willfahren wir diesem Wunsch gern. Wir wollten von dem relativ unerwarteten Affekt gegenüber der Politik des Herrn Dmowski lieber nicht reden, dem Affekt, dem Herr B. K. unterlegen ist, seitdem er für den Führer der Nationaldemokratie eintrat, indem er ihn unter seine fürsorglichen Fittiche nahm, als ein Kreis von Politikern einen Protest gegen Herrn Dmowski erhob. Graf Wielopolski war der Vorsitzende des früheren Nationalkomitees und trieb zusammen mit Herrn Dmowski die bekannte Politik. Logischerweise konnte man also daraus nur den Schluß ziehen, daß der Verteidiger Dmowski's auch ein Verteidiger des Grafen Wielopolski sein müsse. Unsere Äußerung enthielt nur diese Anspielung, nicht jedoch die Insinuation, deren uns Herr B. Koszowski so gern beschuldigen möchte.

Durch unsere Notiz gereizt und an die Mauer gedrückt, entschloß sich Herr B. K. endlich, den Grafen Wielopolski zu desavouieren, und stammelte zur Not, daß „Graf Wielopolski als wirklicher Vertreter der gegenwärtigen polnischen Interessen nicht gelten könne“. Ausgezeichnet. Darum handelte es sich eben; jetzt warten wir nur auf die logische Folgerichtigkeit hinsichtlich des zweiten Vertreters der selben Politik Herrn Dmowski. Um jedoch den Rücken der in die von vornherein in Aussicht genommenen Stellungen weichenen Armee zu decken, schleudert Herr B. K. auf seinem Rückzuge gegen uns Geschosse riesigen Kalibers in Form von angeblich zermalmenden Fragen.

„Welcher Gedanke kann — ruft Herr B. K. aus — darin enthalten sein, daß man der Welt einzureden sucht, Graf Wielopolski handle als wirklicher Bevollmächtigter der Nation“.

Wir haben schon bemerkt, es habe sich uns gerade um das Gegenteil gehandelt. Es handelte sich uns darum, das Königreich Polen sollte feststellen, daß Graf Wielopolski kein Bevollmächtigter der Nation ist, und wir freuen uns unendlich, daß sich Herr B. K. trotz seiner früheren Verwahrungen zu einem solchen Protest bewegen ließ.

— Handelt es sich darum zu beweisen, daß die Forderung eines polnischen Staatswesens unter uns nicht allgemein ist? — fragt Herr B. K. weiter.

Nun, was das anbetrifft, dann vermag sich Herr B. K. sicherlich selbst zu antworten, daß es sich uns nicht darum handelte, aber Herr B. K. muß wissen, daß es unter uns Einzelpersonen gibt, welche sich eine Vertreterschaft auf Grund früherer Mandate anmaßen, welche die Forderungen der Unabhängigkeit nicht anerkennen wollen oder unter ihrem Deckmantel ganz andere Konzeptionen verhüllen und unter den Fremden falsche Vorstellungen über unsere Aspirationen verbreiten. Und in Anbetracht dessen drängt sich heute die äußerst brennende Frage auf, ob es in Warschau auch nur eine einzige Gruppe gibt, die sich erdreisten würde, die Autorität von „Vertretern“, welche diese Lösung nach außen hin nicht ausgeben, zu unterstützen und anzuerkennen. Man kann bis zu einer gewissen Zeit, straflos mit Masken jonglierend und mit blendender Geschicklichkeit Kostüme wechselnd, hinterm Rücken der Nation ihre Bestrebungen vertreten, dies gelingt jedoch nur solange, bis endlich die Nation ausdrücklich ihr „Veto“ ausspricht.

Ein solches Veto haben beide Klienten des Herrn B. K., sowohl Herr Dmowski als auch Graf Wielopolski, schon längst verdient. Es ist gut geschehen, daß dank unserer Erörterung Herrn B. K. nur noch ein Mündel geblieben ist, aber es wird noch besser geschehen, wenn Herr B. K. auch dieses seiner Fürsorge entzieht. Umsomehr, als ihm dies nicht allzuschwer fallen dürfte. Wie unlängst der „Tygodnik Polski“ erinnerte, hat Herr B. K. in der Zeit der letzten Duma-wahlen die Person des Herrn Dmowski wie folgt charakterisiert: „Herrn D. Dmowski will außer seiner eigenen Gruppe niemand mehr... Ihm handelt es sich nur darum, seinen Willen durchzusetzen, sich Warschau aufzudrängen, zu erfahren, daß er noch etwas bedeutet und etwas kann. Es handelt sich ihm darum, seinen persönlichen Ehrgeiz und den seiner Partei zu befriedigen. Seine Qualifikationen eignen sich absolut nicht dazu, ein Mandat zu bekleiden“. Es scheint, daß eine lapidare Kritik kaum möglich ist. Hat sich denn Herr Dmowski heute so ungewöhnlich rasch andere Qualifikationen angeeignet? Hat sich sein persönlicher Ehrgeiz so geändert? Vielleicht unterliegt nur Herr B. K. in der Entfernung diesem faszinierenden Zauber, weil er die Person und die Taten des Herrn D. aus der Ferne nicht genau sehen kann. Seit einer gewissen Zeit will Herr B. K. als ultra-unparteiisch gelten, was ihm relativ gelungen ist; seit jenem Protest jedoch ist die Unparteilichkeit dahin, und wir wollten dies nur feststellen und unterstreichen. Wenn Herr B. K. dem Zauber der Politik des Herrn Dmowski unterliegt und wenn er sie unterstützt, so schämt er sich doch wohl dessen nicht. Man braucht daher daraus kein Hehl machen, sondern man kann dies den Lesern ausdrücklich erklären. Aus der Desavouierung des Grafen Wielopolski schließend, nehmen wir an, daß Herr B. K. den telepathischen Einfluß abschütteln und sich nicht scheuen wird, dies zu dokumentieren.

Es ist uns noch eine Frage geblieben, welche in dem Munde des uns einer Insinuation beschuldigenden Herrn B. K. ziemlich sonderbar klingt.

„Sammelt man Beweise, daß nur Herr Bilinski die Kraft besitzt, die Interessen Polens zu retten?“

Herr B. K. kennt unseren Standpunkt in dem Verhältnis zu den obersten Instanzen Galiziens. Er weiß, daß wir ihr Programm nicht als allgemein national anerkennen, er weiß, daß unsere Taktiken nicht übereinstimmen, er weiß auch, daß wir an den besten Willen unserer galizischen Brüder glauben, daß wir wünschen, uns mit ihnen zu verständigen, aber daß wir ihnen nicht das Recht einräumen, die Interessen des Königreichs Polen zu vertreten. Warum fragt er da besonders nach der Person des Herrn Bilinski? Wir antworten ihm kurz: Wir haben es nicht nötig, Herrn Bilinski zu verteidigen, der uns nicht vertreten kann. Das wußte Herr B. K., wozu fragte er also? Entweder aus Vergeßlichkeit? L. Ch.

Aus Nr. 165 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 16. Juni 1916.

Betrifft die Gemeinderatswahl in Warschau.

Im „Przegląd Poranny“ vom 14. Juni veröffentlicht das Zentrale Nationale Wahlkomitee einen Aufruf, in dem es unter anderem wie folgt heißt:

„Vergessen wir nicht, daß es sich um den Stadtrat der Hauptstadt, auf die stets die Augen des Volkes gerichtet sind, handelt. Wie soll dieser Stadtrat nun aussehen? Er muß polnisch sein, nicht nur dem Namen und der Sprache nach, sondern vor allem polnisch durch den Geist, durch seine Bestrebungen und durch angeborenen nationalen Instinkt, der in ausschlaggebenden Fragen der beste Ratgeber ist; er muß aus Männern

bestehen, die zu dieser schwierigen Aufgabe befähigt, der sozialen Verhältnisse kundig, ehrenhaften Charakters und überzeugungstreu sind, die Not der Volksgenossen mitfühlen und Stadt und Vaterland lieben wie der Sohn seine Mutter. Nur ein solcher Stadtrat erwirbt sich das Vertrauen der Einwohner und die Achtung Fremder. Nur ein solcher Stadtrat wird es verstehen, die nationale Ehre Warschaws zu wahren, und nur er kann, wenn für das Vaterland die Stunde der Freiheit schlägt, ohne die das Wohlleben eines Volkes dem Sattsein im Gefängnis gleicht, der Hauptstadt des unabhängigen Polens würdig sein."

Von dem selben Wahlkomitee brachte der „Kurjer Warszawski“ vom 13. Juni folgenden Aufruf:

„Das Komitee macht sich zur Aufgabe, die Wahlen in Eintracht durchzuführen und Kandidaten aus allen Schichten der polnischen Gesellschaft aufzustellen. Seine Arbeit wird aber vergebens sein, wenn die Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben. Eilt in die Wahlbüros und laßt euch in die Wahllisten eintragen. Feuer die Gleichgültigen an, klärt die Unaufgeklärten auf: das ist eure nationale und eure Bürgerpflicht. Erfüllt sie! Denkt daran, daß keine polnische Stimme verloren gehen darf, daß jede polnische Stimme für das Wohl unserer Hauptstadt und den Ruhm unseres Vaterlandes notwendig ist.“

Aus dem Aufruf des Demokratischen Zentral-Wahlkomitees in der „Nowa Gazeta“ vom 14. Juni geben wir folgende Stelle wieder:

„Demnach müssen in den Stadtrat unserer Landeshauptstadt, des Herzens Polens, solche Männer berufen werden, die mit den russischen Sitten und dem russischen Verfahren nichts gemein haben, die vom russischen Gifte der Beamten Gewalt nicht angesteckt sind, die mit ihrer ganzen Überzeugungskraft bekennen, daß es unsere allererste Pflicht ist, unsere Seele und unser Leben von den Überbleibseln zu befreien, die die russische Knechtschaft zurückgelassen haben.“

Der Warschauer Stadtrat ist nicht nur eine wirtschaftliche Einrichtung. Er ist die einzige aus Wahlen hervorgegangene Körperschaft, und der Ton, der in ihm herrschen wird, wird Widerhall im ganzen Lande finden. Es müssen daher dort mutige, würdige und klare Stimmen laut werden, die über die unwandelbaren Bestrebungen unseres Volkes nach einem freien Staate, nach einem unabhängigen, eigenen Dasein sprechen.

Über alle Sorgen um das tägliche Leben hinweg müssen die wirtschaftliche Arbeit des Stadtrats, seine Bemühungen und Unternehmungen von dem Geiste der nationalen Ideale geleitet werden. Der Warschauer Stadtrat muß im entscheidenden Augenblick zu Taten und Opfern bereit sein und durch sein Beispiel diese Bereitschaft im ganzen Volke erhalten. Die Stadt Warschau muß anderen Städten, die nach der Ordnung ihres Lebens auf der Grundlage der Selbstverwaltung im polnischen und demokratischen Sinne streben, die Hand reichen.“

Aus Nr. 169 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 20. Juni 1916.

Das jüdische „Warschauer Tageblatt“ vom 15. Juni bringt aus der Feder seines Mitarbeiters Hirschhorn einen Aufsatz über

Die Haltung der Juden zu den städtischen Wahlen

unter dem Titel „Getrennt oder vereint?“ Wir entnehmen dem Artikel folgende Stellen:

Die Bildung eines besonderen jüdischen Wahlkomitees ist bei den augenblicklichen Umständen vollkommen begründet, nicht nur vom Standpunkt der nationalen Juden, sondern auch vom Standpunkt der jüdischen Interessen überhaupt.

Wir wollen ganz aufrichtig sein. Die polnischen Komitees, die sich jetzt gebildet haben, geben uns keine Bürgschaft, daß unsere gerechten Interessen durch sie verteidigt werden. Das Nationale Zentral-Komitee besteht aus Parteien, die sich bis in die letzte Minute nicht von ihrem Antisemitismus getrennt haben, die Nationaldemokratie an der Spitze. In ihrem Wahlauftrag steht kein einziges Wort, das erhoffen läßt, daß ein Kampf gegen die Vernachlässigung des jüdischen Rechtes geführt werden wird, es zeigen sich vielmehr sehr deutliche Anzeichen, daß das alte System nicht abgeschafft werden wird. Das zentrale demokratische Komitee läßt sogar von einer „vernünftigen (!) Toleranz“ verlauten und verspricht die „Grundsätze der bürgerlichen Gleichberechtigung einzuführen, die schädlichen Leidenschaften auf dem Gebiete des Glaubens zu erstickern, als Polen alle anzuerkennen, die sich als Polen fühlen, ohne Unterschied der Abstammung“. Aber mit keinem Worte gedenkt man derjenigen, die sich in nationaler Hinsicht als Juden fühlen, obgleich sie in politischer Hinsicht Polen sind. Wenn man sagt, daß die ganze polnisch-jüdische Frage nur aus zügellosen Leidenschaften auf religiösem Gebiet besteht und diese Frage damit zu beantworten, daß man als Polen nur diejenigen anerkennt, die sich als solche fühlen, so hat uns eben das in der tatsächlichen Praxis in unsere jetzige Lage gebracht. Außerdem lesen wir, daß mit dem demokratischen Komitee auch das bürgerliche Komitee zusammenhält, das in seinem kürzlich erlassenen Aufruf sich deutlich als seine Aufgabe gestellt hat, die „litauisch-jüdische Gefahr“ wie auch „die Gefahr einer jüdisch-sozialdemokratischen Stadtverwaltung“ zu bekämpfen.

Wir wollen nicht, daß man uns falsch versteht. Wir behaupten nicht, daß die Stadtverordneten, die durch die Agitation dieser beiden Komitees gewählt werden, die Juden verfolgen werden. Im Gegenteil, wir hoffen sehr stark, daß sie verstehen werden, daß die wahre Gleichberechtigung der Juden nicht nur für die jüdischen Interessen nötig ist, sondern auch für die Interessen des ganzen Landes. Wir sagen nur soviel, daß wir bei diesen beiden Komitees nicht die nötige Bürgschaft haben, daß sie unser Recht verteidigen werden, und das gesellschaftlich-politische Leben ist kein Lotteriespiel, so daß wir uns mit unseren Interessen auf den Zufall verlassen könnten. Darum haben nach unserer Meinung die Juden, die dieses Mal ein besonderes jüdisches Wahlkomitee aufgestellt haben, gut daran getan. Dieses Wahlkomitee wird nicht nur nicht gegen die Interessen des Landes wirken, es wird vielmehr sehr fleißig für diese Interessen mitarbeiten.

Zu dem selben Thema äußert sich unter der Überschrift

Sollen die Juden eine besondere Liste aufstellen?

der jüdische „Moment“ vom 15. Juni in folgender Weise:

Die Wahllosung für alle Einwohner, die um die Entwicklung der Stadt und des ganzen Landes besorgt sind, muß lauten: gleiches Recht für alle Bürger ohne Unterschied der Religion und Nation, also auch für die Juden. Die Aufgabe des Stadtrates ist es, die Interessen und Bedürfnisse aller Einwohner wahrzunehmen, und das geschieht am besten dann, wenn die Ratsmänner die Bedürfnisse der Einwohner von Grund aus kennen.

Aus allgemein bekannten historischen Gründen sind die Juden da in einer anderen Lage als die übrige Bevölkerung, haben darum auch andere Bedürfnisse. Infolgedessen können die jüdischen Interessen am besten von solchen Leuten verteidigt werden, die gründlich mit ihnen vertraut sind.

Wenn z. B. im Stadtrat die Frage der Sonn- und Feiertage auftaucht, die von größter Bedeutung ist für diejenigen Juden — und das sind die meisten —

die den Sabbath halten, wie soll da ein Mensch, der der jüdischen Masse und ihrer Psyche fernsteht, diese Sache entsprechend vertreten können? Und die Schulfrage, die Frage einer vernünftigen Unterstützung für Kriegsbeschädigte, die Almoseneinrichtungen, die Beziehung der Stadtverwaltung zur „Gemeinde“ und umgekehrt — wie können all diese Fragen richtig und gründlich verteidigt werden durch Leute, die das jüdische Leben nicht kennen?

Damit die Juden die nötige Zahl Ratsmänner als Verteidiger bekommen, ist die Schaffung einer allgemeinen jüdischen Wahlliste unbedingt erforderlich. Keine jüdische Partei hat jetzt das Recht, für sich Privilegien zu fordern oder den Anspruch, sie allein repräsentiere die Juden. Alle jüdischen Strömungen sollen möglichst vertreten sein. In Anbetracht dessen, daß die größte Mehrheit der jüdischen Bevölkerung den weniger bemittelten Kreisen angehört und daß die jüdischen Straßen in Folge der parteiischen Politik der früheren Stadtverwaltung in jeder Hinsicht vernachlässigt sind, muß die Mehrzahl der jüdischen Ratsmänner aus Leuten bestehen, die grundsätzlich die Interessen der weniger bemittelten Schichten vertreten und eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Einrichtungen anstreben.

In letzter Zeit hat die sogenannte „offizielle Assimilation“, die ihren Sitz in der Graf-Bergstraße hat, bekanntgegeben, sie würde für die allgemeine Liste stimmen. Ob das ihr letztes Wort ist? Wir haben das Recht, daran zu zweifeln. In dem assimilatorischen Lager ist jetzt eine Spaltung eingetreten, und viele bedeutende Vertreter der jüdischen Intelligenz, die zum Lager der Assimilatoren gehören, haben bereits beschlossen, für die besondere jüdische Liste zu stimmen.

Es ist leicht vorauszu sehen, daß, falls eine allgemeine jüdische Wahlliste veröffentlicht wird unter Berücksichtigung aller Parteien und unter Nennung solcher Personen, deren öffentliche Tätigkeit im jüdischen Leben bekannt ist, zweifellos die ganze jüdische Masse für diese Liste abstimmen wird.

Die „offizielle Assimilation“ wird im ganzen Bankerott machen. Wie wir hören, haben die maßgebenden Kreise der Chassidim (Die gläubigen Nationaljuden. D. Red.) schon beschlossen, für die allgemeine jüdische Liste zu stimmen. Auch in der zweiten Kurie wird die „offizielle Assimilation“ jetzt wohl keine Stütze haben, da jetzt, in der Zeit der wirtschaftlichen Krisis und des Moratoriums, Handel und Industrie nicht so stark von den Bankiers abhängig sind.

Aus Nr. 179 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 21. Juni 1916.

Am Sonntag, den 18. Juni, ist von den Warschauer Ranzeln, wie „Polak-Katolik“ berichtet, folgender

Aufruf des Warschauer Erzbischofs

verlesen worden:

„Bei den Wahlen zum Stadtrat sollte uns daran gelegen sein, daß an ihnen Christen in möglichst großer Zahl teilnehmen, damit die städtische Wirtschaft einst in den Händen von polnischen Christen ruht. Darum gilt es für die polnischen Christen, sich bis zum 21. Juni in die Wahllisten einzuschreiben, um ihre Bürgerpflicht zu erfüllen und nicht das Wahlrecht zu verlieren.“

Der Kurjer Warszawski vom 18. Juni veröffentlicht einen

Aufruf aller polnischen Frauenverbände,

in den vor allem die wahlberechtigten Hausbesitzerinnen in der ersten Kurie zur Teilnahme an den Wahlen aufgefördert, bei ihren Gatten, Brüdern und Bekannten dahin zu wirken, daß diese unbedingt an den Wahlen teilnehmen.

Das

Wahlprogramm der vereinigten sozialen Gruppen

enthält nach dem „Warschauer Tageblatt“ vom 16. Juni unter anderen folgende Ausführungen:

Der sozialistische Block, der eine Wahlorganisation des polnischen und jüdischen Proletariats darstellt, bildet einen Schritt zum Zusammenschluß der sozialistischen Bewegung im Lande. Er ist eine Äußerung des Gemeinsamkeitsgefühls der polnischen und jüdischen Arbeiter, die sich gemeinsam gegen die nationalistische Bourgeoisie, die polnische wie die jüdische, mit ihren verführerischen Losungen der „nationalen Ewigkeit“, dem „Frieden zwischen den Klassen und Gesamtisrael“ verwahren, weil sich darunter rein reaktionäre und chauvinistische Ziele verbergen.

Es heißt dann weiter: Kampf gegen den Nationalismus, den polnischen wie den jüdischen, Kampf gegen die antisemitische Politik der polnischen Bourgeoisie, die die Juden von allen städtischen Ämtern und Einrichtungen ausschließt, Kampf auch gegen die Politik der jüdischen Bourgeoisie, die den Antisemitismus für ihre Klasseninteressen ausnützt und nationalistische Losung wie „Volkseinigkeit“ und „Gesamtisrael“ ausgibt. Wir müssen dahin streben, den nationalen Minderheiten die kulturellen Rechte zu sichern. Es gilt, für die Eröffnung von Stadtschulen mit jüdischer Unterrichtsprache einzutreten und dafür zu sorgen, daß jeder Jude sich mündlich oder schriftlich an die Stadtverwaltung in jüdischer Sprache wenden darf und auch in dieser Antwort erhält und daß auch alle Bekanntmachungen in jüdischer Sprache veröffentlicht werden.

Im „Przeglad Poranny“ vom 16. Juni veröffentlicht die

„Vereinigung jüdischer Wähler“

folgenden Aufruf:

Die Vereinigung jüdischer Wähler ist die unausbleibliche Folge der Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Jahren im Lande gestalteten. Diese Vereinigung in einer Zeit, deren Tragweite alle Juden empfinden, ist keine Widersehung gegen die Landesinteressen. Es müssen in den Stadtrat auch Juden berufen werden, weil keine andere Organisation den Schutz der benachteiligten jüdischen Bevölkerung beabsichtigt.

Das Zentrale Nationale Wahlkomitee zeigt ein ausdrückliches Programm und das Zentrale Demokratische Komitee machte den Beitritt der jüdischen Bevölkerung unmöglich, da es sich mit der Bürgervereinigung, die die Lösung von der „jüdischen Gefahr“ ausgab, verständigt hat. Diese Taktik von zwei großen Wahlkomitees nötigt die Juden zu einem Zusammengehen. Jeder objektive Politiker muß ihnen Recht geben. Es darf nicht verlangt werden, daß die jüdische Bevölkerung ihre Stimmen für die Kandidaten solcher Komitees abgibt, die die Juden als eine zu bekämpfende Gefahr betrachten. Die Gegner der Vereinigung, in erster Reihe die sogenannten „radikalen Assimilatoren“ und die geringe Anzahl von Plutokraten nebst den Vertretern ihres Blattes werden wohl diesen Schritt einen gefährlichen Verrat nennen. Sie werden damit bewußt täuschen, da ihnen bekannt ist, daß die jüdische Bevölkerung den allgemeinen Wünschen des Landes huldigt. Die Feier des 3. Mai hat diese Stimmung unzweideutig nachgewiesen. Die Mitglieder des Stadtrats, die von der jüdischen Bevölkerung gewählt werden, werden die nationale Lösung fördern. Die polnische Gesellschaft wird sich zum ersten Male mit dem Programm und der Tätigkeit der jüdischen Gruppen vertraut machen können und wird sich überzeugen, daß die bisherigen Befürchtungen und Anklagen auf Unkenntnis und Unterdrückung der Wahrheit zum Zwecke

der Vorbereitung von Gehässigkeit beruhten. Das Wohl der Stadt liegt allen am Herzen, und unter dieser Losung muß die Wahl vollzogen werden. Die jüdische Bevölkerung muß eine bürgerliche Gleichberechtigung erhalten, die ihr ein neues Leben gestattet. Auf der jüdischen Bevölkerung lasten große Pflichten gegenüber dem von ihr bewohnten Lande, aber sie hat auch Anspruch auf Gleichberechtigung, um die sie selbst offen und laut kämpfen will.

Aus Nr. 276 der Nowa Gazeta (Krakau)
vom 18. Juni 1916.

Betrifft die Beteiligung der Juden an den Wahlen.

Wir erhielten folgende Erklärung:

Zum ersten Mal seit vielen Jahren treten die Bürger der Hauptstadt Warschau an die Wahlurnen heran, um für ihre Vertreter im städtischen Gemeinderat zu stimmen.

Mit dem Gefühl tiefen Ernstes und tiefer Verantwortung ist dieser Wahlakt zu vollziehen.

Von dem Bewußtsein ihrer weittragenden Aufgabe sollten alle Wähler durchdrungen sein. Die Wahlordnung, welche sich auf das proportionale Stimmrecht stützt, versichert den einzelnen sozialpolitischen Gruppen die Wahl ihrer Vertrauensmänner, sie kennt dabei keine konfessionellen Unterschiede, sie beruft keine auf Unterschieden des Glaubens und der Abstammung gestützten Kurien. Nur das Gefühl des allgemeinen Wohls des gemeinsamen Vaterlandes muß der maßgebende Fingerzeig für die Bildung besonderer Gruppen sein. Es können Unterschiede in der Wahl der zu diesem Ziele führenden Wege bestehen, aber es darf nicht gegen die Hauptidee gefehlt werden.

Die polnischen Bürger mosaischen Bekenntnisses haben beschlossen, diesen Grundsatz unerschütterlich heilig zu halten, keine konfessionellen Wahlen zu organisieren und sich allen Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu widersetzen. Dagegen halten sie dafür, daß alle Wähler ohne Unterschied für die Listen solcher allgemein bürgerlichen Gruppen stimmen sollten, deren Programme ihren sozial wirtschaftlichen und politischen Überzeugungen entsprechen.

Wir haben die feste Überzeugung, daß wir dadurch unsere Pflicht gegen das Vaterland erfüllen und zugleich nicht nur von dem Wege der Pflicht gegen die Bürger der gleichen Abstammung und Konfession, wie wir, abweichen, sondern ihnen nur den einzigen, richtigen und billigen Standpunkt weisen werden.

(Folgen Unterschriften).

Aus Nr. 169 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 20. Juni 1916.

Zwei Programme.

Die Wahlen zu dem ersten städtischen Gemeinderat im Königreich Polen fallen in eine Zeit, die am wenigsten geeignet ist, ein breiteres Programm selbstverwaltender städtischer Wirtschaft zu entwickeln. Die normalen Einkünfte der Stadt haben sich bedeutend verringert, gleichzeitig sind die Ausgaben der Stadt für außerordentliche Bedürfnisse — für die Hilfe der armen Bevölkerung ungeheuer gestiegen. Aus diesem Grunde und aus vielen anderen Gründen kann man heute kein Programm für Reformen aufstellen. Die schönsten Losungen und Forderungen auf dem Gebiet der städtischen Angelegenheiten erfordern vor allem Geld. Heut also effektvolle Losungen auszugeben, ist nichts mehr, als eine leere und betörende Phrase.

So wurde auch die Angelegenheit der Wahlen von der ungeheuren Mehrheit der polnischen Volks-

gesamtheit in Warschau aufgefaßt. Fast alle bedeutenderen sozialen Institute und Vereinigungen, welche die Mehrheit aller Schichten und Stände vertreten, haben erkannt, daß bei den gegenwärtigen Wahlen das einzige Programm die Wahl eines polnischen Gemeinderates in der Hauptstadt des Landes sei, eines Gemeinderates, welcher sich aus den ehrenhaftesten, tüchtigsten und achtbarsten Vertretern aller Stände der polnischen Bevölkerung Warschaws zusammensetzen würde.

Unter einer solchen Losung ist das Nationale Zentralkomitee entstanden. Jedoch begannen bald darauf verschiedene andere Wahlkomitees zu entstehen. Der Durchschnittsbürger liest mit Erstaunen in den zahlreichen Aufrufen und Programmen von immer neuen Komitees. Die Wahlplattformen dieser Komitees sind mit politischen Losungen und mit Entwürfen verschiedener Reformen reichlich überladen, und alles das soll der zukünftige Gemeinderat durchführen. Kein Wunder also, daß der Durchschnittsbürger, der auf dem Gebiete der städtischen Angelegenheiten nicht allzu genau orientiert ist, die Orientation vollends einbüßt, und es könnte ihm scheinen, daß die zukünftigen Gemeinderäte nicht nur die städtische Wirtschaft und die städtischen Einrichtungen, sondern das ganze Land und das ganze soziale Leben umgestalten werden.

Diese Verschiedenartigkeit der Wahlprogramme und der Wahllosungen ist jedoch im hohen Maße nur scheinbar. Langsam legt sich die Teilung in drei Gruppen fest: in eine jüdische Gruppe und in zwei polnische Gruppen. Die sozialistischen Parteien haben sich zum Teil in dem sozialistischen Block und in dem Komitee der polnischen Sozialisten verschmolzen. Von diesen beiden sozialistischen Gruppen ist eine mit dem jüdischen Komitee in Fühlung getreten, denn in dem Wahlprogramm des sozialistischen Blocks ist ausdrücklich bemerkt worden, daß „es der jüdischen Minderheit behilflich sein wird, ein Mandat zu erlangen, im Gemeinderat aber Schulen in der Jargonprache und Rechte für den Jargon in den Bureaus des Magistrats zu erwirken.“ Der zweite Flügel der Sozialisten, der der sogenannten polnischen Sozialisten, hat beschlossen, das Demokratische Zentralkomitee bei den allgemeinen Wahlen zu unterstützen, in der sechsten Kurie aber eine gemeinsame Liste mit diesem Komitee aufzustellen.

Es handelt sich also gegenwärtig nur noch um drei Gruppierungen. Der Standpunkt des nationalen Zentralkomitees ist ausgeprägt und bekannt, es bleibt also nur übrig, sich mit dem Standpunkt des jüdischen und demokratischen Komitees bekannt zu machen. Das jüdische Komitee hat kein bestimmtes Programm veröffentlicht. Die Wahl einer möglichst großen Zahl von Gemeinderäten ist seine Hauptlosung, unter welcher sich alle Parteien und sozialen Gruppen der Warschauer Juden vereinigt haben. Daraus folgt nicht, daß die Juden nicht ihr eigenes Programm hätten, welches ihre Gemeinderäte im zukünftigen Gemeinderat vorbringen werden. Sie haben es aus taktischen Gründen nicht veröffentlicht. Wir finden es aber in den Artikeln der Jargonblätter, welche das Verhältnis der Juden zur Selbstverwaltung einer grundsätzlichen Besprechung unterziehen. Das wichtigste jüdische Programm aber veröffentlicht der „sozialistische Block.“

Nach diesem Programm erstreben die Juden die Gleichberechtigung des Jargons. Die Stadt soll also besondere Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache errichten. Dann sollen in alle städtischen Ämter Juden im proportionalen Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung aufgenommen werden. Nach diesem selben Grundsatz der Gleichberechtigung sollen alle Juden das Recht haben, sich an alle Institute in jüdischer Sprache sowohl mündlich, als auch schriftlich zu wenden und in dieser Sprache Antworten zu erhalten. Demgemäß werden in allen städtischen Instituten die Bücher in

polnischer und jüdischer Sprache geführt werden. Alle Beamten müssen den Jargon beherrschen.

Gleichberechtigung beanspruchen sie auch in den Handelsvorschriften, in den Vorschriften über die Feiertage usw. Die jüdischen Kaufleute sollen das Recht haben, an den christlichen Feiertagen Handel zu treiben, und die Folge dieser Gleichberechtigung muß das Verbot jedes Handels an den jüdischen Feiertagen sein. Außerdem verlangen die Juden besondere jüdische Krankenhäuser für die jüdische Bevölkerung und „ein eben solches Pflaster und eine eben solche Beleuchtung in den jüdischen Stadtteilen, wie sie in den christlichen bestehen.“

Das Programm des Demokratischen Zentralkomitees ist ziemlich allgemein gehalten und nur in einem Teile, dem politischen Teile, klar, und zwar erstrebt dieses Komitee die Wahl von Gemeinderäten mit bestimmt umschriebenen politischen Bestrebungen. Sie sollen im städtischen Gemeinderat vor allem über die politische Haltung der polnischen Volksgesamtheit im Königreich Polen im Sinne einer gewissen „Orientierung“ entscheiden. In anderen Angelegenheiten operiert das demokratische Komitee mit Redensarten und verspricht goldene Berge. Zwar gab es eine kurze Zeit, wo man sich der Täuschung hingab, das demokratische Komitee werde auf den polnischen Charakter der Stadt bedacht sein. Dies war in der Zeit, wo sich ihm das Bürgerkomitee des Herrn Lucian Kobylecki von der „Vereinigung“ (Zjednoczenie) in der Neuen Welt angeschlossen, welches möglichst viel Mandate für die „polnischen Bürger“ im Kampfe mit „der litauisch-sozialdemokratischen Unerträglichkeit“ zu erlangen suchte.

Aber wir wiederholen — dies war nur ein Augenblick, und nur Einfältige gaben sich dieser Täuschung hin. Wer die Rädelsführer des demokratischen Komitees und ihre Vergangenheit kennt, konnte von ihnen Überraschungen nicht erwarten. Übrigens sagt der schwülstige Aufruf des demokratischen Komitees ausdrücklich, daß „der städtische Gemeinderat in unserem nationalen und sozialen Leben den Geist einer verständigen Toleranz erneuern und die Grundsätze der bürgerlichen Gleichberechtigung einführen soll, daß er die schädliche Leidenschaftlichkeit auf dem konfessionellen Boden unterdrücken, als Polen alle anerkennen soll, die sich als Polen fühlen, ohne Unterschied der Abstammung.“

Konnte man denn das judenfreundliche Programm bestimmter hervorheben?

Wie konnte der Steuermann Kobylecki seine antisemitischen Mitbürger unter die Fahne der Judenfreunde führen?

In der Tat, es geschehen sonderbare Dinge... Aber wer irgend welche Zweifel hinsichtlich der Russenfreundlichkeit des demokratischen Komitees haben sollte, den werden wir wohl mit einem gründlichen Argument überzeugen.

Das jüdische Blatt „Gajni“ schreibt: „In der Wahlversammlung des jüdischen Zentralkomitees betrat nach einer Reihe von jüdischen Rednern Herr Wladislaus Studnicki die Rednerbühne und stellte als Vertreter des demokratischen Zentralkomitees den Antrag, das jüdische Komitee möge sich mit dem demokratischen Zentralkomitee vereinigen und eine eintrachtige Mitwirkung mit ihm erstreben.“

Dieses Auftreten des Herrn Studnicki stellt fest, daß das demokratische Komitee danach strebt, nur Gemeinderäte mit unbeschriebenen politischen Überzeugungen ohne Rücksicht auf die Nationalität und das Bekenntnis durchzuführen. Schließlich bestehen also nur zwei grundsätzliche Wahlprogramme, ein polnisches und ein jüdisches.

Das erste vertritt das nationale Zentralwahlkomitee, das zweite das jüdische Zentralkomitee, unter-

stützt „vom sozialistischen Block.“ Mit dem jüdischen Komitee geht das demokratische Komitee, was das Auftreten des Herrn Studnicki ausdrücklich bestätigt hat.

Aus Nr. 306 des Czas (Krakau)

vom 19. Juni 1916.

Aus Warschau.

Aus Warschau wird mitgeteilt:

(Folgen 8 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen).

In der Sitzung zur Organisation der Wahlen zum städtischen Gemeinderat, welche im Namen des Generalgouverneurs einberufen worden ist, gab der Vertreter der Behörden Herr Jaraczewski die angekündigte Erklärung in Sachen des Wahlrechts der Einwohner der Gouvernements Wilna und Grodno nicht ab; dagegen betonte er mit Nachdruck, daß die deutschen Behörden das sogenannte Chelmer Gouvernement nicht anerkennen.

Bei der Bestätigung des demokratischen Wahlkomitees bereiteten die deutschen Behörden gewisse Schwierigkeiten infolge der Beteiligung des Herrn Patel, in dessen Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Herr Patel wurde verhaftet. Die Bestätigung erfolgte erst nach Beseitigung der Unterschrift des Herrn Patel von der einschlägigen Eingabe.

Verhaftet wurde auch die Romanschriftstellerin Fräulein Seyfänger.

Aus Nr. 290 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 10. Juni 1916.

Die Wiederherstellung des Volksschulvereins (Macierz szkolna).

Krakau, den 10. Juni.

Die Regeneration des öffentlichen Lebens begann im Königreich Polen zuerst in dem Gebiete der deutschen Okkupation. Dies geschah sowohl dank dem Umstande, daß von dem Gebiet dieser Okkupation das Herz und das Haupt des Königreichs Polen, Warschau, mit eingeschlossen worden ist, als auch einer Reihe anderer Ursachen.

In das neue Leben trat Warschau ein mit seiner eigenen, vorzüglich organisierten Wehr der öffentlichen Sicherheit, mit einem eigenen Gerichtswesen, mit in breiterem Maßstabe wirkenden Bürgerkomitees, endlich mit einer kühnen Initiative auf dem Gebiete des öffentlichen Schulwesens. Obgleich dieses Hochzeitsgewand Warschaus in der Eile und unter für eine ruhige soziale Schaffenskraft besonders ungünstigen Verhältnissen hergestellt worden ist, so hätte es sich doch zweifellos erhalten und vervollkommen, wenn nicht verschiedene Folgen eingetreten wären, welche die Notwendigkeit, daß sich die neuen Machthaber mit Warschau und Warschau mit seinen neuen Machthabern einlebten, nach sich zog. (Folgen 7 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen.)

Auf dem Boden dieses Zusammenlebens erschienen zunächst die beiden höchsten polnischen Lehranstalten: die Universität und die technische Hochschule, ferner aber im Laufe der Zeit die Arbeit an der Fundamentierung der Selbstverwaltung Warschaus, die Berufung der bürgerlichen Elemente zur Mitwirkung an den Kreistagen, die Wiederherstellung des Volksschulvereins usw.; endlich hat die riesige Rundgebung der Lebenskraft und des Selbstbewußtseins der Nation, welche die denkwürdige Feier des Jahrestages der Verfassung vom 3. Mai in Warschau geworden ist, das ganze Gerüst des Wiederaufbaues des Gebäudes des nationalen Lebens in Bewegung gesetzt.

In dem Gebiet der österreichischen Okkupation begleiteten die Zeit des gegenseitigen Sichkennenlernens zwar nicht so systematisch geregelte Erscheinungen, wie in der deutschen Okkupation, und die Bevölkerung paßte sich den neuen Verhältnissen verhältnismäßig leichter an, aber dafür trat in diesem Gebiet später vorübergehend ein Mangel an Erscheinungen einer raschen Regeneration ein, wie man sie nacheinander in der deutschen Okkupation beobachten konnte. Zwar gibt es in diesem Gebiete kein solches Zentrum des nationalen Lebens, wie Warschau ist, welches sogar unter den schlimmsten Verhältnissen ein gewisses Leben aus sich ausstrahlt, aber man kann doch nicht alles durch den bloßen Mangel eines zweiten Warschaws in der österreichischen Okkupation erklären.

Im Laufe der Zeit trat ein bedeutender Unterschied in der Interpretation des Begriffs „Kriegszone“ in beiden Okkupationen in die Erscheinung. In der österreichischen Okkupation war diese Interpretation viel bestimmter und unelastisch. Die Bevölkerung, welche die Presse über den wirklichen Stand der Dinge weder aufzuklären verstand noch vermochte, da sie nur diese Unterschiede im Auge hatte, begann natürlich aus ihnen Schlüsse zu ziehen, welche trotz ihres bisweilen höchst phantastischen Charakters in einem übereinstimmten, nämlich in der Überzeugung, daß man etwas anderes erwartete. . . Diese Überzeugung konnte nicht gut sein, weder für unsere nationalen Bestrebungen, noch desto weniger für den Staat, der doch in diesem Kriege mit einem gewissen Gedanken und mit einem gewissen Programm für die Zukunft siegt. (Folgen 6 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen.)

Die am 8. d. Mts. bekannt gemachte Angliederung der Kreise Chelm, Hrubieszow, und Tomaszow an das Generalgouvernement Lublin ist die Einleitung zu dieser neuen Aktion. Diese Verordnung führt nichts Neues ein, weil man unmöglich glauben konnte, daß unter nichtrussischen Verhältnissen das Chelmer Land zu Polen als sein integraler Teil nicht gehören könnte. Aber leider fehlte es in dem bisherigen Zeitabschnitt nicht an Tatsachen und Erscheinungen, welche Stoff zu verschiedenen Vermutungen lieferten, daß diese Angelegenheit trotz allem doch auch anders erledigt werden könnte. Und obgleich sich die Vernünftigeren unter uns, welche wissen, daß das Leben stärker ist, als gelegentliche Ideen, infolge dieser Erscheinungen nicht allzusehr beunruhigten, so geschah es doch gut, daß ihnen durch die Verordnung vom Mittwoch ein Ende gemacht wurde.

Gestern machte das Kriegspressequartier einen Befehl der obersten Heeresleitung an das Generalgouvernement in Lublin in Sachen der Erneuerung des polnischen Volksschulvereins (Macierz szkolna) bekannt. Dieser Befehl ist in seinen Motiven voll Verständnis für die Wichtigkeit des Volksschulvereins für die polnische Nation und enthält eine Reihe in politischer Beziehung weittragender und wertvoller Bemerkungen und Fingerzeige. Diesen Befehl begrüßt nicht nur die polnische Allgemeinheit im Gebiete der österreichischen Okkupation mit einem Gefühl der Erleichterung und mit aufrichtiger Freude. Mit Freude nicht nur infolge der Tatsache, daß unserer Volksgesamtheit die Möglichkeit geboten wird, auf einem weiten und brachliegenden Gebiet der Aufklärung zu arbeiten, sondern auch und zwar vor allen Dingen deshalb, weil in diesem Befehl und in seinen Motiven alle diejenigen Polen eine Bestätigung ihrer Hoffnungen und Berechnungen finden, welche nicht nur hier in diesem Lande (Galizien), sondern auch im Königreich Polen eine Wiedergeburt ihres Vaterlandes mit einem Siege der österreichischen Waffen im Kriege mit Rußland so oder so verknüpfen und welche diesen Hoffnungen Ausdruck verliehen, indem sie die polnischen Regionen zum Kampfe mit Rußland im Verbande mit der österreich-ungarischen Monarchie schufen. . .

Die Wiederherstellung des Volksschulvereins in der österreichischen Okkupation ist demnach nicht nur ein Akt des Vertrauens der militärischen Behörden zur polnischen Volksgesamtheit, sondern sie sollte auch sein die Einleitung zur Schaffung der Grundlagen des öffentlichen Lebens in den polnischen Landen auf Grund der Anerkennung der polnischen Nation als lebendiges, unzerreißbares Ganze, welches seine Rechte hat und sich dieser Rechte voll und ganz bewußt ist.

Alle Faktoren, welche nach diesem Grundsatz zum Bau des öffentlichen Lebens in den polnischen Landen herantreten, können der Unterstützung und Anerkennung seitens aller Polen gewiß sein. Wir freuen uns daher, daß die heut leitenden österreichischen Behörden die Berechtigung dieses Grundsatzes anerkannt haben.

Aus Nr. 523 des Kurjer Polski (Wien)
vom 16. Juni 1916.

Die Deutschen und die litauische Frage.

Nach Besetzung des litauischen Landes durch die deutschen Truppen nahm die Angelegenheit der Zukunft des litauischen Volks für die deutschen Politiker reale Bedeutung an. Während die politischen Kreise in Deutschland bei der Beurteilung und Behandlung des Schicksals der ethnographischen polnischen Lande sehr ungleichartige Anschauungen haben, scheint es, daß in der litauischen Frage bei ihnen völlige Einmütigkeit, nämlich die Befürwortung einer rücksichtslosen Annexion herrscht.

Die deutschen Publizisten argumentieren ihren Standpunkt mit der Tatsache, daß die in der Konferenz im Haag vom 20. bis 25. April d. Js. versammelten offiziellen Vertreter des litauischen Volkes sich grundsätzlich gegen Rußland erklärt hätten und daß sich im Februar d. Js. eine andere Konferenz in Bern, die sich aus Patrioten nicht nur aus Litauen, sondern auch aus Amerika zusammensetzte, auch gegen einen Zusammenschluß mit Polen erklärt habe, indem sie bekannt machte: „Das litauische Volk wünscht dem polnischen Volke die Erlangung der Unabhängigkeit in den eigenen ethnographischen Grenzen, es will jedoch im eigenen Lande Herr bleiben“. Das soll eine politische Argumentation sein!

Aus wirtschaftlichen Gründen raten deutsche Politiker ihrer Regierung die Annexion Litauens, als eines äußerst reichen und fruchtbaren Landes, welches in Anbetracht dessen dazu beitragen kann, daß sich Deutschland in agrarischer Beziehung von dem Auslande endgültig unabhängig machen würde. Dann spricht für eine Annexion auch das, daß sich Litauen nach dem Urteil der deutschen Politiker zur deutschen Ansiedlung äußerst gut eignet. Als Ansiedler betrachten die Befürworter der Annexion die deutschen Verbannten aus Polen, Wolhynien und aus der Ukraine. Die deutschen Politiker befürchten keine separatistischen Bestrebungen politischer oder kultureller Natur zwischen den Litauern, und zwar mit Rücksicht auf die Überlegenheit der deutschen Kultur, die aus dem Kampfe mit tiefer stehenden kulturellen Formationen stets siegreich hervorging.

Zum Belege für die vorstehenden Ausführungen führt das polnische Wiener Blatt die Broschüre „Die russische Gefahr und der Friedensschluß“ von Professor Dr. August Seraphin (Seite 38) und die Broschüre „Das neue Ostland“ von Silvio Broederich aus Kurmahlen (Seite 9) an und fährt dann fort:

Die Frage der Annexion und der daraus folgenden schon „unbedingt notwendigen“ Germanisation Litauens hat für die deutschen Politiker neben dem Geländezuwachs auch noch die politische Bedeutung, daß die Angliederung der litauischen Lande an das Deutsche Reich den polnischen Träumen nicht

nur in der Richtung Danzigs, sondern auch Polangens ein endgültiges Ende machen werde. Diese Herren möchten in dem neu entstandenen Polen nur etwas ganz Wehrloses und Ohnmächtiges innerhalb der ein für alle Mal gezeichneten Grenzen sehen.

In der Tatsache, daß Wilna eigentlich eine rein polnische Stadt ist, erblicken die angeführten deutschen Publizisten keine Schwierigkeiten für die Zukunft. Sie stellen fest, daß, obgleich Wilna höchstens 2 bis 6 % Litauer besitzt, diese doch daselbst wichtige kulturelle und politische Vorposten in Gestalt von Schriftleitungen der Tageblätter und Vorstände vieler politischer und sozialer Vereine haben. Ihre Sicherheit stützen diese Publizisten auf die Überzeugung, daß die Litauer ein zur Germanisation besonders geeignetes Material seien und daß sie mit dem Augenblick, wo sie sich von den politischen Einflüssen Polens befreien werden, damit auch in nächster Zukunft gute Deutsche werden würden. Den referierten Anschauungen entspringt eine krasse Unkenntnis der im litauischen Volke wühlenden wirklichen Tendenzen. Wenn die Litauer gegen Rußland orientiert sind und außerdem Herren im eigenen Lande bleiben wollen, so folgt daraus für einen gewissenhaften und ehrlichen Politiker keineswegs, daß die Litauer eine politische Verbindung mit Polen für unmöglich und unerwünscht erachten.

Wir wissen, daß das litauische Volk in seinen breiten Kreisen sich mit dem Gedanken eines politischen Zusammenlebens mit Polen gern abfinden würde. Die angeführten „Politiker“, scheinbar ganz ungebundene „Beschützer der armen und bedrückten Litauer“, haben den Mut zu behaupten, daß sich die Litauer nach einer Einnationalisierung im Schoße der deutsch-katholischen Kultur sehnten.

Außerdem können Pläne einer raschen und leichten Germanisierung Litauens (im Laufe von 50 Jahren) nur im Kopfe sehr schlecht unterrichteter oder höchst gewissenloser Politiker entstehen. Denn obgleich die Litauer das Recht, ihre Sprache in der Schrift zu gebrauchen, erst im Jahre 1906 erlangten, folgt daraus nicht, daß sie keine eigene Kultur und keine ernstlichen Aspirationen nach sozialpolitischer Selbstständigkeit hätten. Für alle, welche die in Litauen herrschenden Verhältnisse kennen, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Deutschen für den Fall, daß sie sich für eine Annexion der polnischen Lande und damit für die Einführung einer Ausrottungspolitik entscheiden würden, in Litauen keinen geringeren Widerstand finden werden, als derjenige ist, den ihnen die Polen im Posenschen leisten. Wenn die Deutschen bei sich keine starke innere Koalition schaffen werden, müssen sie den Weg dieser Art Germanisationssträume, die im übrigen von sehr unkompetenten und einsichtigen Spezialisten befürwortet werden, verlassen.

Aus Nr. 131 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 14. Juni 1916.

Volk und Land.

Im „Kurjer Warszawski“ schreibt Herr E. Janowski unter obigem Titel folgendes:

Vor einigen Tagen führte einer meiner Freunde etliche tschechische Landleute, die gegenwärtig Offiziere sind, in Warschau umher. Einer von ihnen sagte: „Wie glücklich seid Ihr, daß Ihr ein so gleichmäßiges, für die Bestellung günstiges Land habt.“

Das ist wahr. Von über 22 Millionen Morgen Landes besitzen wir 25 % bestellbares Ackerland, Wiesen und Hutung, den Rest bedecken Wälder und Gärten. Im Jahre 1909 waren nur 4,4 % unbestellt. Und

dieses unbestellte Land kann umgewandelt werden in fruchtbringenden Acker, das nasse durch Abwässerung in Wiese, das sandige durch Auffahren von fruchtbarer Erde in schöne Gärten und in Ackerland; den Beweis hierfür liefert z. B. die Umgegend von Berlin.

Die Erträge, die wir von diesem Lande ernten, sind noch nicht groß. Während im Königreich im Jahre 1913 die Rogenernte nur wenig mehr als 6 Scheffel, die Kartoffelernte 50 Scheffel vom Morgen ergab, hatte man im Großherzogtum Posen im Jahre 1912 vom Morgen 10½ Scheffel Roggen und 76 Scheffel Kartoffeln. Das bedeutet, daß das Königreich bequem noch etwa 10 Millionen Menschen mehr ernähren kann, als es vor dem Kriege ernährte.

Und doch wandert unser Volk aus. Zum Teil ist das nur eine vorübergehende Auswanderung. Ein gewisser Teil der Auswanderer kehrt aber nicht wieder zurück. Die erste Nachkommenschaft bangt sich nach dem verlassenen Vaterlande, und manch einem kürzt diese Bangigkeit sogar das Leben. Ihre Söhne unterliegen dieser Krankheit nicht mehr, denn sie können doch das ungekannte Land nicht lieben, sie hegen höchstens noch Sympathie für dasselbe; bei den Enkeln aber müssen auch diese Empfindungen schwinden.

Bl. Grabski berechnet, daß das Königreich Polen nur durch die Emigration vom Jahre 1890 bis 1904 über 158 000 Leute verloren hat, unter ihnen 128 000 Landleute. Diese Zahlen sind für Galizien noch bedeutend größer. Ein erheblicher Teil wandert auch aus dem Posenschen aus. Im Jahre 1908 verließen das Königreich zum Zwecke des Erwerbes 268 446 Leute und zwar vorwiegend Landleute. Ob sie alle zurückgekehrt sein mögen? Das ist sehr zweifelhaft!

Dieser Verlust muß nach Möglichkeit aufgehalten werden. Am besten wäre es, diese Wunde gänzlich zuzuheilen, denn es bedarf doch keines Beweises, daß das größte Vermögen eines Volkes seine Söhne sind. Die einzige Grundlage für die nationale Existenz bildet das Land, welches das Volk im Besitz hat. Wenn es ein Volk verliert, so hält es sich eine Zeit zusammen durch die Sprache und Religion, aber dann muß es verloren gehen. Nach dem Kriege werden verschiedene Leute daran gehen, Land zu erwerben, daß in größerer Ausdehnung zu kaufen sein wird, als vor der Katastrophe. Wer dieses Land einnimmt, der wird einen großen Einfluß haben auf unser weiteres Schicksal. Man muß alles tun, damit dieses Land in unseren Händen bleibt, namentlich in den Händen des polnischen Bauern.

Die Leute sagen, daß der Bauer jetzt viel Bargeld besitze. Wenn er zu wenig Geld hat, dann muß man dafür sorgen, daß er solches von den früheren Geldinstitutionen auf lange Zeit hinaus geliehen erhält. Der Bauer wird seine Schulden abzahlen; wenn er das Land erst in seinem Besitze weiß, dann wird er es nicht mehr aus seinen Händen lassen. Auch seine Kinder und Kindeskinde, das wissen wir alle, werden es nicht mehr loslassen.

Der Bauer ist aber noch nicht genug aufgeklärt, um das ihm nötige Land für sich zu finden. Es ist häufig verkäuflich und gut. Hierbei muß ihm geholfen werden. Man muß eingehende Erkundigungen einziehen, wo, wieviel, was für Erde und zu welchem Preise sie erstanden werden kann. Das muß allen Bauern bekanntgegeben werden.

Wenn diese Rolle der „Allgemeine Fürsorgerat“ übernehmen und die Arbeit einem besonderen Ausschusse übertragen würde, dann würde unser ganzes Bauerntum erfahren, es würde wissen, daß es nicht nötig ist, weit fort zu ziehen, vielleicht bis nach Brasilien, weil man ja auch in der Heimat ein Stückchen Land erhalten, auf ihm arbeiten, leben und Gott loben kann. Wenn das der Hauptfürsorgerat nicht machen könnte,

dann könnte es vielleicht der „Landwirtschaftliche Zentralverein“ tun.

Ich bin nicht dazu berufen, diese Aktion ins Werk zu setzen, wende mich aber mit schwacher Stimme an alle diejenigen, die das tun können und die das verstehen. Sorget dafür, daß unser Blut nicht verloren geht, laßet nicht zu, daß uns der wertvollste Teil des Volkes verloren geht, denn wenn diese Leute einmal fort sind, dann kehren sie nicht wieder zurück.

Wir schließen uns den schätzbaren Betrachtungen des Herrn Jankowski an und sind der Meinung, daß sie auch bei uns Widerhall finden sollten. Wir müssen die Aufmerksamkeit auf die grundsätzlichen Fragen lenken, von denen zum großen Teil die Rekonvaleszenz unserer Heimat, die so sehr aus Anlaß des Krieges gelitten und die wir durch eigene Kräfte heben müssen, abhängen wird.

Beschäftigen wir uns weniger mit den politischen Sachen, beginnen wir vielmehr die Arbeit an den Grundfesten, damit, wenn der Kanonendonner verstummt und die enteignende Tätigkeit der neuen Leute beginnt, wir diesen die aufgeklärte und solidare Masse, die uns tatsächlich den Besitz des Landes sichert, entgegenstellen können. Der polnische Bauer sollte in der polnischen Werkstätte arbeiten, das eigene Land mit seiner Arbeit nähren, die heimische Produktion und das nationale Vermögen erhöhen, das wachsen muß, wenn unsere Landwirtschaft ihre große Industrie schafft.

Aus Nr. 12 des Kupiec (Posen)
vom 16. Juni 1916.

Die Lösung der wirtschaftlichen Wiedergeburt

des polnischen Landes, die Wiedergeburt durch den Handel und die Industrie erklingt ringsherum und weckt uns, dazu Schritte zur Vervollständigung dieser guten Absichten zu unternehmen.

Wir verstehen es alle, daß wir an unsere eigenen Kräfte glauben und alle unsere Kräfte bei der schöpferischen Arbeit ausnützen müssen. Leider kennen wir bisher unsere Kräfte noch nicht genügend und verstehen es auch nicht, sie in gehöriger Weise abzuschatzen.

In erster Linie müssen unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein, mit dem Königreich Polen und mit Galizien nähere Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Zu diesem Zwecke ist unser Verlag mit angesehenen Unternehmungen in den drei Landesteilen in Verbindung getreten und hat beschlossen, ein außergewöhnliches Heft des „Kupiec“ herauszugeben, das dem heimischen Handel und der heimischen Industrie gewidmet sein wird.

Wir bitten alle polnischen Unternehmungen im Königreich, in Galizien und im Posenschen, uns für dieses Heft kurze Monographien, Bilder und Beschreibungen von Fabriken, gewerblichen Anlagen, kaufmännischen Institutionen und Unternehmungen zu senden.

Das uns zugestellte Material werden wir zu einem Ganzen zusammensügen und dafür sorgen, daß das außergewöhnliche Heft unter den interessierenden kaufmännischen und industriellen Kreisen aller drei Landesteile größtmöglichste Verbreitung findet.

Während des Krieges darf die Friedensarbeit nicht aufhören. Hüten wir unsere Plätze, damit uns andere nicht überholen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 296 des Czas (Krakau)
vom 14. Juni 1916.

Die Denkschrift des polnischen Klubs in der polnischen Frage.

(Mitteilung des Sekretariats des polnischen Klubs.)

Wien, den 14. Juni 1916.

Im Sinne des in der Sitzung vom 1. Mai 1916 in Krakau gefaßten Beschlusses des polnischen Klubs hat sich die politische Kommission des Klubs in den letzten Zeiten damit befaßt, die durch die Kriegsergebnisse in den polnischen Landen hervorgerufenen politischen Verhältnisse einer Prüfung zu unterziehen.

Die Kommission beschloß, ihre Wahrnehmungen und Erwägungen der gemeinsamen Regierung und der österreichischen Regierung vorzulegen, und sie hat den Obmann des Klubs ermächtigt, eine die grundsätzlichen Anschauungen des Klubs in der polnischen Frage zusammenfassende Denkschrift auszuarbeiten.

Diese von Excellenz Dr. Bilinski bearbeitete Denkschrift wurde in ihrem ganzen Inhalt in einer Sitzung des Unterkomitees der Kommission vom 3. Juni bestätigt, und der Obmann des Klubs überreichte sie am 10. Juni d. J. dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Burian und dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh.

In dieser Denkschrift wird auf den engen Zusammenhang der polnischen Frage mit den Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie hingewiesen, und in einem retrospektiven Überblick über die Ereignisse der letzten 22 Monate sowohl in Galizien als auch im Königreich Polen werden die Wege gewiesen, die nach Ansicht des polnischen Klubs imstande wären, den Weg zu der ersehnten Lösung der polnischen Frage zu bahnen.

Aus Nr. 297 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 15. Juni 1916.

Die Denkschrift des polnischen Klubs.

Krakau, den 15. Juni.

Das Korrespondenzbureau hat gestern mitgeteilt, daß das Präsidium des polnischen Klubs in Vollziehung eines Beschlusses seiner letzten Vollversammlung dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Burian und dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh eine Denkschrift überreicht habe, in welchem es auf den engen Zusammenhang der polnischen Frage mit den Interessen der österreichisch-ungarischen Regierung in einer retrospektiven Übersicht über die Ereignisse in den letzten 22 Monaten sowohl in Galizien, als auch im Königreich Polen hinweist und die Wege zeigt welche nach Ansicht des Klubs zu der ersehnten Lösung der polnischen Frage führen.

Der Gedanke der Denkschrift, von welcher die Rede ist, ist schon vor ziemlich langer Zeit entstanden. Die polnischen leitenden Kreise waren sich schon lange klar darüber, daß es ihre elementare, nationale Pflicht sei, den berufenen Faktoren im Staate die Wege zu weisen, welche zu einer positiven Lösung der polnischen Frage führen, sowie ihnen ihre Auffassung über alle die Erscheinungen mitzuteilen, welche die Zeit des Krieges in Galizien und im Königreich Polen ausfüllen. In dem Moment der Vollziehung der neuen politischen Konsolidation, die sich auf den Grundsatz einer Teilung der Kompetenzen stützt, wurde die Rolle der Vertretung der politisch-polnischen Angelegenheiten ausschließlich dem polnischen Klub und seinem Organ, der politischen Kommission, übertragen, welche unter

dem Vorsitz des Obmanns des Klubs die Angelegenheiten der polnischen Politik leiten soll.

Die am 10. d. Mts. den Vertretern der Regierung überreichte Denkschrift ist die Einleitung zu dieser Aktion. Dieses Dokument, welches in unseren politischen Kreisen seit einer Reihe von Tagen bekannt ist, findet überall Anerkennung. Alle räumen ein, daß ihr vortrefflicher Verfasser es vorzüglich verstanden hat, in ihr die Mäßigung und die Reife des Urteils eines Staatsmanns mit dem Mut und mit der Strenge der öffentlichen Meinung zu verbinden. In dieser Denkschrift ist alles gesagt worden, was zu sagen war. Daher ist sie ziemlich lang . . .

Die letzten Befehle der obersten Leitung in Sachen der Angliederung des Chelmer Landes, der Wiederherstellung des Volksschulvereins und der Berufung der örtlichen Elemente zu den Verwaltungsaufgaben in der Okkupation, sowie eine Reihe von Handelsfachen, vor allem aber Versprechungen, die sich auf Galizien beziehen, stehen mit dieser Denkschrift und mit ihren Motiven in enger Verbindung. Die Gestaltung der Umstände und der Verhältnisse in den letzten Zeiten hat bewirkt, daß sich in den leitenden Wiener Kreisen eine gewisse Unterlage für eine positive polnische Tätigkeit gebildet hat, deren Folgen günstig zu werden versprechen.

Der Lauf der Ereignisse der letzten beiden Wochen beweist am besten, wie dringend es war, daß dieser tote Punkt verlassen wurde, auf welchem die Sache von Anfang an stand. Ein gewisser Ansporn zur schöpferischen Kraft auf dem Gebiete der polnischen Frage war schon unabweisbar, denn sonst hätte das Leben selbst Formen für sich gesucht und Tatsachen geschaffen, deren Umwandlung oder sogar Erneuerung, selbst wenn sie sich als möglich erwiesen, in jedem Falle sehr schwierig wäre.

Die russische Wirtschaft in Galizien ist ein abschreckendes Beispiel für ein Vorgehen, welches als Ausgangspunkt nur die subjektive Überzeugung von dem davongetragenen Siege und ein übermäßiges Gefühl der Kraft und der Befriedigung hat. Erst 12 Stunden vor dem Verlassen Warschaus entschloß sich Goremykin, in der Petersburger Duma die Verleihung einer Autonomie an Polen anzukündigen. Diese so sehr verspätete Ankündigung rief begründete Heiterkeit hervor. Aber es genügt nicht, über solche Sachen nur zu lachen. Man muß von ihnen auch etwas lernen. Der stets vernünftige und heilsame Grundsatz „carpe diem“ ist im Kriege besonders heilsam und besonders vernünftig. Wenn sich nämlich Vernachlässigungen und Verschleppungen in Friedenszeiten verhältnismäßig leicht wiedergutmachen lassen, so braucht man während des Krieges, um sie wiedergutzumachen, oft einen zweiten Krieg . . .

Ganz Polen liegt schon fast ein ganzes Jahr auf dem Operationstisch, die Entscheidung seines Loses vergeblich erwartend. Indes ist dies keine tote Sache, kein Fascikel unerledigter Akten, die ruhig warten können, bis der Herr Referent Laune bekommt, sie durchzusehen, sondern dies ist ein großes Stück Leben, ein riesiger Akkumulator lebendiger Kraft, deren solche oder andere Verwendung oder auch Nichtverwendung über sehr viele wichtige Fragen entscheiden kann und muß. Es gibt eine Menge Beweise dafür, daß nicht nur Rußland, sondern der ganze Vierverband bei dem Gedanken zitterten, daß die Mittelmächte die polnische Frage nicht nur aufwerfen, sondern auch lösen können. Als sich in der Presse des Vierverbandes die Nachricht von der angeblichen Absicht der Schaffung eines polnischen Heeres verbreitete, hielt es kein anderer, als nur Sazonow allein für unbedingt notwendig, die große Glocke läuten zu lassen, und in seiner großen parlamentarischen Rede warnte er die Polen vor Versuchungen, denen sich jedoch tatsächlich niemand aus-

gesetzt hat . . . Das ist das beste Maß der Bedeutung, welche der Vierverband der von den Mittelmächten aufgeworfenen und gelösten polnischen Frage beigemessen hat und beimißt.

Die polnischen Legionen, deren vortreffliche und glückliche Beteiligung am Kriege auf Seiten Österreichs erst gestern von neuem offiziell festgestellt wurde, sind doch kein Geheimnis; alle kennen die Legionen, und alle wissen, daß es nur von den Mittelmächten abhängt, was sie sind und was sie sein können.

Und was sie sein können, hat sich schon tausend Mal gezeigt und zeigt sich gegenwärtig zum tausend und ersten Male. Der Abschnitt unserer Legionen hat sich um kein Haar gerührt, er hat sich im Gegenteil erweitert. Man kann aus diesen Tatsachen weitere und nähere Schlüsse ziehen. — Sie werden stets klar und unwiderleglich sein. Unserer Nation wohnt eine große Kraft inne, trotz allen Scheins und aller Urteile der nicht eingeweihten und nicht genügend scharfsinnigen abseits stehenden Beobachter. Die Verwendung dieser Kraft für die Zeit durch Schaffung von unerläßlichen Bedingungen für ihre Rundgebung würde eine ungeheure Stärkung dieses Columbus bedeuten, welcher endlich dieses polnische Ei aufstellen würde.

Die Denkschrift des polnischen Klubs hat den Zweck, diese unzweifelhafte Tatsache festzustellen und bewußt zu machen.

Aus Nr. 299 des Czas (Kraufau)

vom 15. Juni 1916.

Die polnische Frage im ungarischen Reichsrat.

Die polnische Frage wurde im ungarischen Parlament von Politikern und Patrioten von der Größe, wie Graf Julius Andrássy und Graf Apponyi, zur Sprache gebracht. Ihre Reden waren zwar zum Teil ein Kommentar der bekannten Erklärung des deutschen Reichskanzlers, aber sie erweiterten diese auch und beleuchteten sie durch wichtige neue Momente. Die Erklärung des Grafen Andrássy zeugt davon, daß er den Wert der polnischen Frage richtig beurteilt hat und die Unruhe mitempfindet, welche in der polnischen Volksgemeinschaft bei jedem Gedanken an eine neue Teilung entstehen muß. Er lehnt auch alle solche Gedanken mit edler und unzweideutiger Entschiedenheit ab, wofür wir ihm aufrichtigen und dauernden Dank schulden. Wir haben nicht allzuviel wahre Freunde in Europa, daß wir den Wert solcher Auftritte, die mit unseren Aspirationen und Hoffnungen im Einklang stehen, nicht gebührend einschätzen. Das ungarische Parlament ist gegenwärtig eine der wenigen großen politischen Tribünen, deren Echo in ganz Europa gehört wird. Es ist also gut geschehen, daß die polnische Frage gerade dort gebührendes Verständnis und Anerkennung gefunden hat. Wir zweifeln auch nicht, daß dies der Standpunkt auch der ungarischen Nation ist, welche schon wiederholt durch den Mund ihrer Vertreter und Führer ihre warmen Sympathien für Polen betont hat. Wenn aber die Regierung, wenn Graf Tisza sich bisher nüchtern verhalten, so ist dies zweifellos die Folge praktischer Erwägungen und Rücksichten, die sich der öffentlichen Kenntnis entziehen und die gerade eine solche Tat gebieten. Mit einer Wandlung der Verhältnisse wird auch die Notwendigkeit des Schweigens aufhören, und dann werden wir zweifellos erfahren, daß in der polnischen Frage nur unbedeutende Unterschiede zwischen der Regierung und der Opposition bestehen.

In jedem Falle werden die Reden des Grafen Andrássy und des Grafen Apponyi dazu beitragen, das polnische Programm der Mittelmächte weiter zu präzisieren; wenn wir nämlich die von ihnen hingeworfenen Gedanken an die Auslassungen Herrn

v. Bethmann Hollwegs anknüpfen, erhalten wir zwei wichtige Richtlinien unserer Politik: Zunächst werden die polnischen Provinzen unter keiner Bedingung Rußland zurückgegeben werden; sodann wird Polen keiner neuen Teilung unterworfen werden. Dies sind äußerst wertvolle und sehr deutliche Fingerzeige einer ehrlichen und verständigen Lösung der polnischen Frage. Denn daß diese gelöst werden muß, daran zweifelt schon keiner der leitenden Männer der Mittelmächte; und wenn die Politiker des Vierverbandes diese Notwendigkeit nicht offen aussprechen, so geschieht es nur deshalb, weil die Rücksicht auf Rußland die Freiheit ihrer Stimme knebelt; sie beginnen auch immer besser zu verstehen, daß ihnen die Richtung einer Lösung der polnischen Frage genommen worden ist und daß sie in dieser Beziehung gezwungen sein werden, als Ausgangspunkt die Wünsche des Verbandes der Mittelmächte hinzunehmen.

Geduldig werden wir die weitere Entwicklung der Ereignisse abwarten, und unsere blutige Teilnahme an ihnen gibt uns gewissermaßen das Recht zu hoffen, daß wir in einer Sache, die uns vor allem angeht, nicht als toter Stoff, sondern als lebendiger und gleichberechtigter Faktor werden behandelt werden. Wir dürfen daher die Hoffnung hegen, daß die Lösung der polnischen Frage im Sinne der früher geäußerten Anschauungen des Grafen Andrássy erfolgen wird, d. h. so, daß die Polen zufrieden wären. Jede andere Art der Lösung wird übrigens keine Lösung sein.

Aus Nr. 299 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 16. Juni 1916.

Die Rede des Grafen Andrássy.

Im Anschluß an die Inhaltsangabe der im ungarischen Reichsrat gehaltenen Rede des Grafen Andrássy, in welcher die polnische Frage berührt wurde, schreibt das Kraukauer demokratische Blatt u. a. folgendes:

Wie für alle bisherigen Äußerungen des Grafen Andrássy, so kann auch für seine vorgestern gemachten Ausführungen das polnische Volk diesem verständigen, voraussehenden und kühnen ungarischen Staatsmann nur dankbar sein.

Seine Bemerkungen über die Schädlichkeit des bisherigen Schweigens der österreich-ungarischen Regierung in der polnischen Frage ist uns aus der Seele gesprochen. Seit Kriegsbeginn besteht in unserer Nation der natürliche Wunsch, irgend etwas über unsere Sache aus den berufenen, maßgebenden und denjenigen Kreisen, deren Wort schon Tat ist, zu erfahren.

Und dieser buchstäblich allpolnische Wunsch ist keineswegs politisch einfältig oder unbegründet. Handelt es sich uns doch keineswegs darum, daß man uns eines schönen Tages eine endgültige Erklärung vorliest, die keinen Refkurs zuläßt, die Erklärung, daß mit Polen und der polnischen Nation das und das geschehen werde. Jeder von uns weiß ausgezeichnet, daß eine Antwort hinsichtlich unserer Zukunft in einer sehr verwickelten Gleichung mit einer Menge Unbekannten verborgen ist, in der Gleichung, die der Weltkrieg mit der ganzen Mannigfaltigkeit der in ihm einen Ausgleich suchenden mächtigen Interessen, mit der ganzen Menge von Phasen, welche er selbst durchmacht, ist.

Aber den polnischen Köpfen ist sehr viel daran gelegen, daß sie endlich einmal erfahren, welche Gedanken, welche Ideen und welche Absichten den Leitern der Geschichte dieses Staates in unserer Angelegenheit vorschweben. — Man kann sich nämlich nicht vorstellen, daß es in dieser Beziehung keine Ideen, keine Gedanken und keine Absichten geben sollte. Wir verstehen, daß

im Gegensatz zu der kühnen Phantasie, mit welcher Rußland und andere Glieder des Vierverbandes ihre Absichten in diesem Kriege konstruierten, auf Seiten der Mittelmächte ausgezeichnete Nüchternheit herrschte. Sie entsprach sogar ihrer Rolle der überfallenen und Verteidiger, welche weder danach gelüsten, irgend jemanden zu zermalmen, noch Europa umzugestalten, sondern sich einfach nur verteidigen wollen.

Jedoch hat vom reinen Gesichtspunkt der Verteidigung diese Nüchternheit eine nur sehr relative Begründung. Die Verteidigung kann nämlich nicht nur in einem Parieren der Schläge bestehen. Sie muß sich nicht nur darauf gründen, die schon versetzten Schläge abzuweisen, sondern auch die weiteren erst beabsichtigten Schläge unmöglich zu machen...

Wenn also der Verlauf des Krieges zweifellos bewiesen hat, daß der Kern des Problems einer solchen Verteidigung, die Verdrängung Rußlands nach Osten, darin besteht, daß ihm die ethnographischen und geschichtlichen polnischen Länder genommen werden, so nimmt die Frage der Zukunft Polens in dem Problem der Verteidigung der Mittelmächte für die Zukunft eine dominierende Stelle ein. Wenn diese also an diese Verteidigung denken, so denken sie auch an die polnische Frage. Weil sie aber an die Verteidigung denken müssen, so müssen sie auch an die polnische Frage denken. Und wenn sie das denken, was denken sie da?

Das ist der Gang der Argumentation in jedem polnischen Kopfe. Diese Argumentation ist unwiderleglich logisch. Daher ist auch diese Frage, mit welcher diese Argumentation endet, für uns alle eine unwiderstehliche, brennende und heikle Frage.

Der deutsche Reichskanzler hat dies zum Teil schon verstanden und wenigstens soviel gesagt, daß er die polnischen Lande Rußland nicht zurückgeben wolle und daß er die polnische Frage gemeinsam mit Österreich in Erwägung ziehe. Das ist nicht viel, aber immerhin etwas. Von den 6 oder 16 grundsätzlichen logischen Möglichkeiten, welche in der Dialektik des heutigen polnischen Problems bestehen, wurde eine durch die Erklärung des Reichskanzlers ausgeschlossen. Es sind nur 5 oder — wie einer will — 15 geblieben. Aber jeder wird doch wohl verstehen, daß zwischen diesen Möglichkeiten mit Ausnahme der einzigen russischen Knote immer noch alles enthalten ist, von der Gehenna der neuen Vivisektion, vor welcher Graf Andrássy so tatkräftig warnt, bis zur Schaffung positiver und realer Bedingungen für eine bessere Zukunft unserer ganzen Nation.

Daher ist heut jeder polnische Kopf beunruhigt, daher bebt jedes polnische Herz infolge der tausend wehmütigen Zweifel. Wir Polen wollen wissen, was diejenigen uns gegenüber denken und beabsichtigen, denen das Schicksal des bisherigen Krieges das Recht einer tatsächlichen Entscheidung über die Zukunft der polnischen Lande gegeben hat.

Das Streben, die natürliche Ordnung der Dinge in der Richtung umzukehren, daß nicht die Starken, sondern die Schwachen, nicht die Machthaber, sondern die Beherrschten als erste sprächen, als erste sich erklärten und als erste sich engagierten, ein solches Streben muß, weil es mit der Natur der Dinge im Widerspruch steht, neben diesem Schweigen noch mehr beunruhigen und reizen.

Daher sind wir auch dem Grafen Andrássy besonders dankbar dafür, daß er diese Lücke in dem polnischen wichtigsten Gedanken verstanden und mitempfunden hat und verlangt, daß sie nicht von uns sondern von denjenigen ausgefüllt werde, welche, da sie handeln können, auch reden können sollten.

Aus Nr. 305 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 17. Juni 1916.

Graf Tiſza und die polniſche Frage.

Unter dieſer Überschrift wird über den Verlauf der Verhandlungen im ungarischen Reiche betreffend die polniſche Frage berichtet, woran folgende Bemerkungen geknüpft werden:

Der Kern und der kristallisierende Mittelpunkt deſſen, was der ungarische Staatsmann (Graf Tiſza) ausgedrückt hat, ſind die Worte, daß „die Befreiung Polens von der ruſſiſchen Herrſchaft und die damit verbundene Verdrängung der Grenzen des ruſſiſchen Staats ein ſehr weittragendes, weſentliches Intereſſe beider mitteleuropäiſchen Mächte iſt“. Man braucht nicht hervorzuheben, daß dies eine Erfaſſung der polniſchen Frage im Sinne einer realen Politik iſt. Graf Tiſza hat damit noch einmal den Beweis geliefert, eine wie ſtrenge, poſitive und ſchließlich nüchterne politiſche Denkweiſe er den Ereigniſſen und den laufenden Fragen gegenüber hat.

In dieſer Beleuchtung tritt noch ſtärker die Verſicherung des ungarischen Staatsmanns hervor, daß „alle maßgebenden Faktoren der Monarchie danach ſtreben werden, die polniſche Frage mit möglichſt weitgehender Berücksichtigung der Wünſche der polniſchen Nation und der Intereſſen ihrer Exiſtenz zu regeln“. Denn für einen Politiker, welcher ſo klar und poſitiv argumentiert, muß die Überzeugung klar und poſitiv ſein, daß je beſſer das nationale polniſche Intereſſe feſtgelegt ſein wird, je weiter die Berücksichtigung der Wünſche unſerer Nation gehen wird, ein deſto größerer Vorteil für diejenigen Faktoren, welche die polniſche Frage aufwerfen und löſen werden, daraus entſpringen wird.

Die Beſprechung der polniſchen Frage im ungarischen Reichsrat begrüßen wir mit Freuden, denn wir ſehen darin einen neuen Beweis, daß ſich unſere Sache in der erſten Reihe der Probleme befindet, über die beim Friedensſchluß wird entſchieden werden müſſen. Von dieſem Standpunkt müſſen wir auch beiden ungarischen Staatsmännern aufrichtig dankbar ſein. Sie haben beide den Polen nicht nur Worte perſönlicher Sympathien übermittelt, ſie haben nicht nur den edlen Gefühlen Ausdruck verliehen, welche die ungarische Nation im Verhältnis zu uns und zu unſeren Beſtrebungen beleben, ſondern beide haben auch die polniſche Frage ſo geſtellt, wie ſie jeder vernünftige und verantwortliche Politiker ſtellen ſollte: Auf den Boden realer Intereſſen und auf dieſem Realismus geſtützter Pläne.

Aus Nr. 141 des Dziennik Kujawski (Hohenſalza)
vom 21. Juni 1916.

Die polniſche Frage im ungarischen Landtag.

Wir haben in den letzten Tagen auf Grund von Telegrammen, die uns zugegangen ſind, berichtet, daß im ungarischen Landtag bei der Beſprechung der allgemeinen Lage auch die polniſche Frage erörtert worden iſt. Dieſe Frage hat der uns aus ſeinen Auffäßen bekannte ungarische Politiker und Abgeordneter Graf Julius Andraſſy angeſchnitten. In der Diſkuſſion widmete der polniſchen Frage auch Graf Apponyi einige Worte. Beiden Rednern antwortete, wie telegraphiſch berichtet wird, der ungarische Miniſterpräſident Graf Tiſza. Zweifellos ſind die Äußerungen dieſer Leute über die polniſche Frage im ungarischen Landtag für uns nicht ohne Bedeutung. Soweit man aber auf der einen Seite den Abſchnitt in der Rede des Grafen Andraſſy, in welchem er ſich gegen das Projekt einer neuen Teilung Polens und gegen die

ruſſenfreundlichen Strömungen unter den Polen wendet, unterſtreichen muß, ſoweit muß man auf der anderen Seite in Erwägung ziehen, daß Graf Andraſſy nur im allgemeinen über die polniſche Frage ſprechen konnte und zwar deſhalb, weil dieſe Frage im gegenwärtigen Augenblick noch nicht reif iſt. Er verlangte auch aus dieſem Grunde keine beſtimmte Antwort von dem Miniſterpräſidenten, der — wie wir uns weiter unten überzeugen werden — außer dem den Polen gegenüber allgemein zum Ausdruck gebrachten Wohlwollen neue Momente nicht angeführt hat. Beide Redner beriefen ſich auf die bekannte Erklärung des Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg. Bekanntlich ließ ſich auch der Reichskanzler in ſeinen beiden Reden (am 19. Auguſt 1915 und am 5. April 1916) nicht darauf ein, die polniſche Frage näher zu umſchreiben, ſondern er begnügte ſich nur mit der Feſtſtellung von Tatſachen und mit der Bekanntgabe von allgemeinen Schließſen, die das Reich und Öſterreich-Ungarn aus der gegenwärtigen Lage ziehen müßten.

Aus der Natur der Sache unterlag es — wie auch Graf Tiſza beſtätigte — keinem Zweifel, daß der Kanzler, indem er an die polniſche Frage erinnerte, dies — mit Rückſicht darauf, daß ſowohl Deutſchland, als auch Öſterreich-Ungarn das den Ruſſen abgenommene polniſche Land verwalten — nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit den maßgebenden Faktoren der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie tun konnte.

Aus dieſem Grunde gehen auch die Erörterungen im ungarischen Landtag und inſbeſondere die Erklärung des Grafen Tiſza nicht über den Rahmen eines allgemeinen Wohlwollens hinaus. Sowohl die Abgeordneten der ungarischen Oppoſition — die Grafen Andraſſy und Apponyi — als auch die Vertreter der ungarischen Regierung, üben Zurückhaltung, die ihnen der gegenwärtige Augenblick auferlegt. Man darf mithin auf polniſcher Seite die Bedeutung der Auslaſſung im ungarischen Land nicht überſchätzen. Indem wir ſie als eine Erſcheinung des Wohlwollens für die polniſche Frage aufnehmen, müſſen wir daran denken, daß nicht Gefühle, ſondern Intereſſen die Politik geſtalten. Und auf dieſem Gebiete iſt biſher noch auf keiner Seite eine offizielle, beſtimmte und poſitive Äußerung in der polniſchen Frage formuliert worden. In Anbetracht deſſen iſt für uns um ſo mehr eine Taktik der Zurückhaltung und Reſerve geboten, nicht der paſſiven Reſerve, die mit verſchränkten Armen zuſieht, wie ſich die polniſche Frage entwickelt, ſondern der wachſamen Reſerve, die danach ſtrebt, um aus den Reibungen der verſchiedenſten Strömungen in der polniſchen Frage, für dieſe Frage möglichſt weitgehende Vorteile zu erzielen.

Aus Nr. 303 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 18. Juni 1916.

Der Obmann des polniſchen Klubs an den Grafen Tiſza.

Wien, den 18. Juni.

Das Sekretariat des polniſchen Klubs teilt folgendes mit:

Der Obmann des polniſchen Klubs Dr. v. Bilinski hat an den Miniſterpräſidenten Grafen Tiſza nachſtehendes Telegramm geſandt:

Die zum erſten Mal von Euer Erzellenz öffentlich abgegebene amtliche Erklärung in der polniſchen Frage wird im polniſchen Volke ſicherlich Befriedigung und Genugtuung hervorrufen. Angeſichts der zu den ſchönſten Hoffnungen berechtigenden Siege der Mittelmächte vergegenwärtigt ſich das polniſche Volk, das ſeit einundeinhalb Jahrhunderten um ſeine nationale Frei-

heit und staatliche Unabhängigkeit kämpft, stets nicht nur seine eigenen Forderungen, sondern auch seine unerschütterliche Treue für die ruhmreiche Dynastie; es vergegenwärtigt sich seine großen Pflichten gegenüber der inneren und äußeren Politik der Monarchie und seine gewissenhafte Mitarbeit mit den Völkern der Monarchie, namentlich aber mit dem edlen ungarischen Volke, mit dem es durch historische Freundschaft verbunden ist.

Als Obmann des polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees bitte ich Euer Excellenz sowohl für sich persönlich, als auch für die maßgebenden Faktoren der Monarchie unseren tiefempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.

Aus Nr. 306 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 20. Juni 1916.

Graf Tisza an den Obmann des polnischen Klubs.

Wien, den 20. Juni.

Auf die Depesche, welche der Obmann des polnischen Klubs Dr. Bilinski an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza übersandt hat, erwiderte dieser folgendermaßen:

Euer Excellenz für das Telegramm aufs wärmste dankend, will ich Euer Excellenz versichern, daß die ungarische Regierung zusammen mit den anderen beteiligten Faktoren an dem polnischen Problem mit Freude arbeitet. Ich hege die feste Hoffnung, daß es den erprobten Führern des polnischen Volks gelingen wird, seine Wünsche mit den gegebenen politischen Möglichkeiten in Einklang zu bringen, und daß wir mit gemeinsamen Kräften ein dauerndes Werk zum gemeinsamen Wohle schaffen werden.

gez. Tisza.

Aus Nr. 265 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 10. Juni 1916.

Nachrichten aus Rußland.

Aus beachtenswerter Quelle erhalten wir folgende Einzelheiten:

Der Berichterstatter wohnte im Süden Rußlands und durchquerte es auf seinen Auslandsreisen in mehreren Richtungen. Er war in Kiew, Odessa, Charkow und Moskau. Petersburg verließ er am 26. April d. J.

Über den wirtschaftlichen Stand Rußlands sagt er folgendes: Es herrscht Teuerung (das Fleisch kostet in Petersburg 70 Kopeken das Pfund), aber von Hunger kann vorläufig keine Rede sein. Die Getreidevorräte in Rußland veranschlagt man auf 2 Milliarden Pud. Roggen und Weizen sind in Menge vorhanden. An Hafer mangelt es — das Pfund kostet 3 Rubel. Ein ungeheurer Teil dieses Getreides stellt aber infolge der mangelhaften Verbindung ein „totes Kapital“ dar. In diesem Jahre wurden viele Felder nicht bestellt. Den größten Prozentsatz der Aussaaten haben die Ukraine, Podolien und ein Teil Wolhyniens. Was die Industrie anbetrifft, so sind neue Fabriken derjenigen Erzeugnisse entstanden, die man aus Deutschland eingeführt hatte. Es sind viele evakuierte Fabriken im Betrieb (aus dem Polnischen „Rudzko“ in Jekaterinoslaw, aus „Prowodnik“ in Moskau, die Bialostocker Fabriken im Moskauer Bezirk, andere in anderen Distrikten). Die Bergwerke für Kohle und Metalle arbeiten intensiv. Von Metallen fehlt es an Nickel, Zink, Blei; sie werden aus England eingeführt. Es macht sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, besonders an qualifizierten. Insbesondere fehlt es in den für die Armee arbeitenden Manufakturen an Arbeitern noch mehr. Die Preise aller Arten von Webstoffen sind hoch, Ware ist auf dem Markt wenig vorhanden. Die große Verwendung von Kriegsgefangenen

zu landwirtschaftlichen und Fabrikarbeiten hilft zum Teil dem Bedarf an Arbeitskräften ab, aber sie beseitigt ihn nicht. Geld ist im Umlauf viel vorhanden, die Verdienste sind leicht; in den großen Städten herrscht unter den wohlhabenden Kreisen Luxus, sogar Verschwendung.

Lebensmittelpreise: Brot 10—12 Kopeken, anstatt früher 3 Kopeken, Fleisch 60—70 Kopeken, anstatt früher 12 Kopeken, Speck 70—80 Kopeken, anstatt 18 Kopeken, Eier 6—7 Kopeken das Stück, anstatt 1 Kopeke, Mehl 25—30 Rubel der Sack, anstatt 10 Rubel.

Preise für Bekleidung: Männerstiefel (lange) 35—50 Rubel, eine Anzuggaritur 120—150 Rubel, ein Mantel 150—180 Rubel.

Kolossal sind die Preise der Sattler- und Gerber-Erzeugnisse. Die Kohle reicht kaum aus. Die Verkehrsverhältnisse sind immer noch fatal. Die Eisenbahnen sind unaufhörlich mit Waren überlastet, so daß es sich bezahlt macht, Waren mit Pferden sogar in solche Ortschaften zu befördern, wo das Eisenbahnnetz ziemlich verzweigt ist.

An Menschenmaterial besitzt Rußland große Vorräte, obgleich es von Anfang des Krieges an der Bevölkerung schon bis 15 Millionen Männer entzogen hat. Aber es sind noch nicht einmal 10 Prozent der Bevölkerung vom 18. bis 42. Lebensjahre einberufen worden. Der Landsturm zweiter Kategorie wurde bis zum 24. Lebensjahre einberufen, der der ersten Kategorie bis zum 40. Lebensjahre. Ein Jahrgang liefert 250 000 Leute. Über 42 Jahre alte werden nicht genommen. An der Front befinden sich 2 Millionen, in der Reserve 2 500 000, in den Garnisonen 2 Millionen, zusammen 6 500 000; in der Gefangenschaft 3 500 000, Tote und Krüppel 5 Millionen, zusammen 15 Millionen.

Im Heere macht sich der Mangel an Offizieren mit höherer Bildung schrecklich fühlbar. Die öffentliche Meinung nennt diesen Krieg einen „Krieg der Fährnisse“. Sogar diejenigen, welche 2 Klassen einer städtischen Schule beendet haben, werden in die Offizierskurse aufgenommen und nach einigen Monaten befördert. In Anbetracht dessen haben die Russen keine Leute, aus denen sie höhere Stellen im Kriege schaffen könnten; sie besetzen höchstens neue Regimentsstellen; die Divisionen und Korps gehörig zu besetzen, sind sie nicht mehr im Stande. Das Heer selbst hat den Glauben an seine Kampffähigkeit verloren. Es träumt davon, wenigstens die gegenwärtige Grenze zu halten. Daran, mit eigener Kraft die fortgenommenen Gebiete durch Kampf wiederzuerlangen, glaubt in Rußland niemand ernstlich. In der Frühjahrsoffensive büßten die Russen bei Riga 2 Armeekorps ein. Keiner der Generale erfreut sich einer Volkstümlichkeit. Sogar von Swanow, Ruzski und Brusilow spricht man offen, daß sie höchst „mittelmäßige Köpfe“ seien. Die Verwirrung und die Abneigung gegen den Generalstab vergrößern noch die unaufhörlichen Zwistigkeiten zwischen den Führern, die Zänkereien Kuropatkins mit Radko Dimitriew oder Alexejew. Die Folge dieses Verhältnisses der Nation zum Heere sind fortwährende Paniken, bald in Petersburg, bald in Moskau, bald in Kiew, Paniken, die sich mit Mühe aufhalten und unterdrücken lassen.

Die Russen fürchten einen Aufstand in Finnland, welches mit Truppen überschwemmt ist; sie fürchten eine Kriegserklärung seitens Schwedens; sie fürchten einen plötzlichen Einfall der Deutschen in Petersburg, die Einnahme Moskaus, einen Einfall der Österreicher in Kiew, der Rumänen in Odessa. Nur einen Einfall in Jekaterinoslaw fürchten sie nicht, was unser Berichterstatter durchaus für möglich hält und was Rußland sofort machtlos machen würde, weil 24 % der für das Heer arbeitenden Eisenfabriken gerade

dort gelegen sind, und von dort ist es zu den Kohlenbergwerken am Don schon ganz nahe.

Der Krieg beruht nicht mehr auf Siegeshoffnungen, auf der Eroberung neuer Gebiete, nicht einmal auf der notwendigen Verteidigung der Grenzen, weil diejenigen daran nicht glauben, die davon sprechen. Die Regierung und die rechtsstehenden Parteien wünschen den Frieden; für den Krieg sind die Kadetten, die Oktobristen, die Kreise des Handels und der Industrie. Für den Krieg sind auch die Volksparteiler und ein Flügel der Sozialisten (Anhänger Plechanofs.)

In der polnischen Frage ist die Spaltung der öffentlichen Meinung und der Parteianschauungen ähnlich. Die Regierung hat sich schon mit dem Verlust der Gebiete Polens und Litauens, die von den Mittelmächten besetzt sind, abgefunden. Sie wünscht nur mit Hilfe des Biververbandes Krieg zu führen, damit das unabhängige Polen, worüber gegenwärtig die russische Zensur frei zu schreiben erlaubt, nicht unter die Einflüsse der Mittelmächte gelange. Die konservativen rechtsstehenden Parteien stehen auf einem ähnlichen Standpunkt, aber sie wollen, wiewohl sie mit einer Unabhängigkeit Polens einverstanden sind, keine Erleichterungen für die Polen im Innern Rußlands zulassen, denn diese sollen einer rückichtslosen Russifizierung unterliegen. Die linksstehenden Parteien (Kadetten, Oktobristen, der Verband des Handels und der Industrie) wollen dagegen von einer Unabhängigkeit Polens nichts hören, sie stimmen seiner Losreißung von Rußland nicht zu, aber statt dessen sind sie zu einer gewissen Ausgleichung der Rechte Polens im Innern Rußlands bereit. „Eine polnische Frage besteht nicht, es bestehen nur Polen im russischen Staat und nur von ihren Rechten zu reden, lassen wir zu“, behaupten sie bei allen Unterhandlungen. Die russischen Juden, die Kadetten, die polnischen Nationaldemokraten, die Dmowski-Leute und alle „Antichambristen“ sind die fanatischsten Feinde der Unabhängigkeit Polens. Als Goremykin Wielopolski fragte, was die Polen sagen würden, wenn die Russen ihre Uneigennützigkeit in der polnischen Frage verkünden würden, antwortete Wielopolski, „daß der Verlust eines solchen Beschützers für Polen das größte Unglück wäre“!! In den polnischen Kolonien in Rußland triumphiert die Richtung der staatlichen Unabhängigkeit, ihre früheren Gegner, sogar die Abgeordneten und die politischen Führer schließen sich ihr offen an. Der hervorragende Politiker Pietrowo-Solowiejew sagte in einer Unterredung mit Perowski ganz offen, daß die Polen nur im Falle eines Sieges der Mittelmächte viel gewinnen können, „weil wir Russen ihnen nichts geben werden.“ Die Polen in Rußland stehen unter der Losung: „Wer mehr gibt“....

„Wenn wir Polen verlieren sollen, so möge es niemandem gehören“, daß ist der Sinn der Artikel und der Unterredungen, die von dem Berichterstatter gelesen und gehört worden sind.

Einen großen Eindruck hat die im „Dziennik Petrogradski“ abgedruckte Nachricht gemacht, daß die Österreicher die Kriegsgefangenen polnischer Nationalität gegen Bürgerschaft freilassen. Was die Druschinen (polnische Freischaren) Gorkzynski's anbetrifft, so sagte der Berichterstatter, daß man wenig von ihnen höre, aber er wisse, daß aus ihnen eine Brigade gebildet worden sei, welche an der Front vor Riga in Reservestellung stehe. Sie ist gering an Zahl, obgleich ihr viele Polen zwangsweise einverleibt wurden. Eine zweite an der Kriegsfrente bestehende polnische Organisation sind die von St. Wojciechowski organisierten „Freien Arbeiter-Druschinen“. Zu diesen Druschinen zählt man alle Arbeit suchenden Polen in einem entsprechenden Lebensalter, überwiegend Ansiedler. Die Verbindung steht scheinbar frei, aber

wer einmal in diese Druschinen hineingerät, gelangt aus ihnen nicht mehr heraus. Daher ist die Abneigung gegen sie groß. Die Druschinen sind in Regimentern eingeteilt, je 1000 Leute in einem Regiment, sie tragen Uniformen, helfen beim Bau der Befestigungen und leisten verschiedene Dienste hinter der Front. Solche Regimentern gibt es mehrere, aber man sagt, daß sich in letzter Zeit in ihnen die Fahnenflucht massenhaft breitmache.

Überhaupt ist die Fahnenflucht eine Plage des russischen Heeres: Man berechnet die Zahl der Fahnenflüchtigen auf 800 000. In Kiew hat man besondere Grenzwachen gebildet, um diese Mengen davon abzuhalten, sich in ganz Rußland auszubreiten. Um diese demoralisierten Mengen auch nur einigermaßen in Zucht zu halten, wurde im russischen Heere die Prügelstrafe eingeführt; 25—100 Stockschläge sind an der Tagesordnung, wie in den Zeiten Nikolaus I. Die Fahnenflüchtigen und Flüchtlinge haben in ganz Rußland eine Panik hervorgerufen, in sein wirtschaftliches Leben Verwirrung gebracht, und sie sind eine Strafe für die grausame und sinnlose Räumung Polens. Anfänglich dachte die russische Regierung, die Ansiedler zur Kolonisierung der sibirischen Wüsten zu verwenden, und es gelang ihr, nach Ostsibirien 30 000 Polen zu verschicken. Diese wurden dort an die Scholle gebunden, aber dabei blieb es in Anbetracht der Proteste der polnischen Fürsorgekomitees und in Anbetracht des Geschreies in der neutralen und Biververbandspresse. Gegenwärtig ist die Aufklärung und die Erbitterung der Ausgedienten gegen die Russen so groß, daß alle Versuche, diese Masse festzuhalten, allgemeine Aufruhre hervorrufen können. Übrigens will das russische Volk die Polen als unerwünschte und tüchtige Konkurrenten durchaus nicht behalten. Auf dieser Basis fanden sogar in Moskau Proben von Pogromen der polnischen Flüchtlinge, denen die Teuerung und Krankheiten zugeschrieben wurden, statt.

Aus Nr. 141 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 21. Juni 1916.

Miljukow konferiert mit den Vertretern der Polen in der Schweiz.

Die „Rjecz“ teilt aus Lausanne mit, daß der bekannte Führer der Kadetten Miljukow, der die Hauptstädte der Weststaaten bereist, sich drei Tage in Lausanne in der Schweiz aufhielt und dann nach Rom reiste, um dort mit den Dumamitgliedern zusammenzutreffen. In Genf und Lausanne konferierte Miljukow wiederholt mit den Vertretern der Polen, und bemühte sich, ihnen den Standpunkt der russischen Liberalen im Verhältnis zur polnischen Frage zu erklären. Der Korrespondent der „Rjecz“ berichtet, daß diese Reden große Aufrichtigkeit und Offenheit kennzeichnete und daß beide Parteien mit dem Ergebnis der Beratungen, die verschiedene Mißverständnisse in den polnisch-russischen Beziehungen beseitigt haben, zufrieden waren.

Wir unsererseits glauben an diese Aufrichtigkeit und Offenheit von Seiten des Herrn Miljukow weniger. Wiederholt hatten nämlich die Polen in den letzten zehn Jahren während des Bestehens der Duma Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie es um das Wohlwollen der russischen Kadetten für die polnische Frage bestellt sei. Das wäre das eine. Fürs zweite ist Herr Miljukow nicht die russische Regierung, die in ihrer berühmten Selbstverwaltung für die Städte des Königreichs Polen und während des Aufenthalts der russischen Truppen in Galizien zur Genüge dargetan hat, wie sie die polnische Frage zu lösen beabsichtigt.

Aus Nr. 168 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 18. Juni 1916.

Aus Depeschen haben wir ersehen, daß uns Herr Sazonow wieder die Selbstverwaltung versprochen hat. Er hat dem Korrespondenten der „Times“ gesagt, daß er uns die Selbstverwaltung geben will. Es ist uns also jetzt schon zum sechsten Mal die Selbstverwaltung versprochen worden. Es ist leicht zu versprechen, aber schwer zu halten. Irland wartet schon 600 Jahre auf die ihm von England versprochene Selbstverwaltung. Polen wartete 100 Jahre, bis ihm Rußland eine Selbstverwaltung geben würde. Das Schwierigste ist — es zu verstehen, eine Selbstverwaltung zu geben. Rußland hat bisher verstanden, alle Selbstverwaltungen in seinem Reiche zu vernichten. Es hat schon eine Fertigkeit darin erlangt. Es hat die grusinische Selbstverwaltung und die Selbstverwaltung der baltischen Provinzen und des Königreichs Polen vernichtet, die Selbstverwaltung Finnlands beseitigt und den Aufruf des Großfürsten, der den Polen die Selbstverwaltung versprach, zunichte gemacht. Wer es nicht versteht, eine Selbstverwaltung zu geben, der wird dazu auch nicht fähig sein. Mitteleuropa hat auf dem Gebiet der Selbstverwaltung wenigstens historische Erfahrungen. Österreich-Ungarn zählt 16 oder 17 autonome Länder. Sogar Bosnien hat eine Selbstverwaltung. Das Deutsche Reich besteht aus 25 autonomen Monarchien und Republiken (Hamburg, Bremen, Lübeck.) Herr Sazonow ist nicht in der Lage, eine Selbstverwaltung zu geben. Er kann sie nur versprechen. Das wird dem Korrespondenten der „Times“ sicherlich nicht unbekannt sein.

Aus Nr. 26 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 18. Juni 1916.

Disziplinarstrafen für Vertriebene.

Berlin (Bat.). Das Organ der Petersburger Nationalisten, die „Nowoje Wremia“, empfiehlt gegenüber den „widerständigen Gefangenen, welche Krankheiten heucheln“ usw. — Disziplinarstrafen, da sie nach Ansicht der „Nowoje Wremia“ am besten und am sichersten wirken. Die polnischen Organe bemerken ihrerseits, ein derartiges Verhalten der sogenannten fortschrittlichen russischen Presse gegenüber den Vertriebenen trage den Charakter einer ausgeprägt polenfeindlichen Aktion an sich, woran man polnischerseits genau denken müsse. (Gazeta Polska.)

Aus Nr. 288 des Głos Narodu (Krakau)
vom 7. Juni 1916.

Die polnischen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Der in Paris ansässige Wladislaus Mickiewicz, Sohn des großen polnischen Dichters, besuchte mit Erlaubnis der französischen Behörden die Gefangenenlager, in welchen sich unsere Landsleute aus dem preussischen Teilgebiet befinden, die als deutsche Soldaten gefangen genommen wurden. Im „Echo Polska“, welches in Moskau erscheint, versichert Herr Mickiewicz, daß das Los unserer Volksgenossen in Frankreich nicht das schlechteste ist. (Folgen 7 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen.)

Die Beköstigung und Wohnung ist die des französischen Soldaten. Außerdem erhalten sie, so oft sie auf dem Felde oder im Bergwerke arbeiten, eine Vergütung. Ihre Familien senden ihnen Beihilfen, auch die polnischen Komitees bedenken sie. Die französische Behörde bestimmte für sie einen polnischen Geistlichen, einen polnischen Dolmetscher und entledigte sie ihrer Uniformen. Sonntags werden sie zur Kirche geführt;

am hl. Abend gestattete man ihnen, nach einem fleischlosen Mittagessen ein Krippenspiel zu veranstalten. An Feiertagen gibt es theatrale Aufführungen. Es wurde ein gar nicht übles Orchester zusammengestellt, auch wurden Nationallieder gesungen. Dieses erhält in ihnen die Hoffnung aufrecht, daß sie zu ihren Familien zurückkehren und bessere Zeiten erleben werden. (Folgen 5 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen.)

Es ist ein ausschließlich polnisches Lager eingerichtet worden. In dieses wurden die polnischen Gefangenen, die von Marseille bis Le Havre in Hunderten von Lagern mit deutschen Kriegsgefangenen zerstreut untergebracht waren, übergeführt. Ich hatte Gelegenheit, diese Lager vor dieser Änderung zu bereisen. Verschiedene Provinzen Frankreichs erregten das Staunen unserer Landsleute. Sie hatten noch keine Berge, kein Meer gesehen, keine Tomaten und Artischofen gegessen, keinen Wein getrunken. Fast alle sehnten sich nach ihren Frauen, Kindern, ihren Hütten zurück. Ihre Arbeit ist leicht, so daß sie sich an sie gewöhnt haben. Im Sommer mähen sie größtenteils auf dem Felde. Die Sensen sind allerdings andere, wie in der Heimat. Ihre Ernährung ist eine andere, aber besser als in der Provinz Posen. Die Bergleute von Beruf arbeiten in den Bergwerken. Es ist schwerer, unter der Erde als unter freiem Himmel zu arbeiten. Unser Bergmann verachtet den Salat, das Obst und begehrt Speck. Er kann sich an die Arbeitsweise der Franzosen nicht gewöhnen. Er braucht Erklärungen, die, einmal gegeben, ihm genügen. In dem Lager selbst werden die Kriegsgefangenen als Schneider, Schuster, Köche usw. verwendet. Den Arbeitern in den Abteilungen passiert es manchmal, daß sie, anstatt Heu zu ernten, in den Bergen Steine klopfen, wo ihnen die Kälte zusetzt. Aus Sammlungen erhalten sie wärmere Kleidung und andere Gaben. Dank der Opferwilligkeit ihrer Landsleute und der Ausländer sind sie nicht schlecht versorgt. Sie beklagen sich hauptsächlich über die Unregelmäßigkeit des Briefwechsels, in welchem häufig Störungen eintreten, und über Heimweh. Zahlreich sind solche, die sich zeitig verheiratet haben und ihre nach ihrem Abmarsch zur Truppe geborenen Kinder gar nicht kennen. Sie trösten sich bei dem Gedanken, daß sie nicht im Schützengraben dem Tode ausgesetzt sind, folglich das Ende des Krieges überleben werden und ihre Kinder werden umarmen können.“

Mickiewicz schreibt noch: Unsere Landsleute nehmen an jedem Unterschied zwischen unseren und den französischen Gebräuchen Anstoß. Namentlich ist ihnen unerklärlich, warum die Franzosen weniger Kirchenfeste haben als wir. Unsere Bäuerinnen dagegen, welche in der Provinz Posen neben den französischen Kriegsgefangenen auf dem Felde arbeiten, schreiben ihren Männern, daß diese Franzosen ein merkwürdiges Volk seien, denn sie verstünden weder die polnische noch die deutsche Sprache! Unserm Bauer, der mit der Geographie nicht vertraut ist, sind die Namen der Städte, die er passiert, ungeläufig. Ständig wurde ihm wiederholt, er marschiere auf Paris. Daher bildet er sich ein, wohin ihn auch immer das Los verschlägt, er stehe vor Paris. Diese einfältige Ansicht kommt mutatis mutandis bei den Soldaten verschiedener Nationalitäten vor. So bildeten sich z. B. die deutschen Soldaten, als sie nach Polen kamen, ein, sie seien in Rußland.

Diese Kriegsgefangenen, so schließt Mickiewicz, sind die Scharen künftiger Arbeiter, welche in Zukunft die Stelle ihrer vielen im Kriege verschollenen Brüder ausfüllen sollen. Aus diesem Grunde schon verdienen sie eine sorgfältige Fürsorge seitens derjenigen, welche auf die Zukunft unseres Vaterlandes bedacht sind.

Aus Nr. 170 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 20. Juni 1916.

Einladung des Sienkiewicz zum Besuch der französischen Front.

Krakau. (Eigenes Telegramm.) Aus der Schweiz ist hier die Nachricht eingetroffen, daß der Generalissimus des französischen Heeres, Marschall Joffre, in letzter Zeit eine besondere Einladung an den in Vevey weilenden Henryk Sienkiewicz habe ergehen lassen, nach Frankreich zu kommen, um angeblich, gleich anderen großen Schriftstellern, die dortige Kampffront zu besichtigen. Der Verfasser der Trilogie dankte in freundlichen Worten für diesen ehrenvollen Beweis des Gedenkens, bemerkte aber gleichzeitig, daß er von der Einladung keinen Gebrauch machen könne. Von polnischen Kreisen in der Schweiz welche der Person des Sienkiewicz nahestehen, wird erklärt, daß für unseren großen Schriftsteller bei dieser Ablehnung die Befürchtung maßgebend gewesen sei, daß seine Anwesenheit in der französischen Kampflinie nicht als Kundgebung polnischer Sympathie für die Koalition verstanden und gedeutet würde, wozu nach seiner Ansicht genügende sachliche Unterlagen nicht beständen. Sienkiewicz ließ sich hier von dem Gefühl der Verantwortung mit Rücksicht auf die Ausnahmestellung, welche er in seiner Volksgesamtheit einnimmt, leiten.

Aus Nr. 299 des Czas (Krakau)
vom 15. Juni 1916.

Ein Vortrag über die Polen in Bern in der Schweiz.

Dem Krakauer konservativen Blatt wird geschrieben, daß auf Anregung des polnischen Pressebureaus der Berner Akademische Verein „Freistudentenschaft“ am 18. d. Mts. einen Vortrag über Polen veranstaltet habe. Dem von Gabriel Narutowicz gehaltenen Vortrag seien nach der Zuhörerschaft des „Czas“ folgende Stellen entnommen:

In seinem zweiten Teil besprach Narutowicz das zeitgenössische polnische Problem. Auf dem Boden der Geschichte der polnisch-russischen Verhältnisse, der Bedrückung und der Aufstände erörterte er den Wert und die Bedeutung des Manifestes des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, welches einer Bürgschaft für seine Verwirklichung bar ist; weiter unterzog er einer Kritik die Politik Preußens, die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, das Enteignungsgezet und die Bemühungen der Habsburger; er beleuchtete endlich den Inhalt und die Bedeutung der letzten Erklärungen des Reichskanzlers in der polnischen Frage. In dem Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie hob der Vortragende hervor, daß trotz der Nüchternheit der Staatsmänner die Bürgschaft einer besseren Zukunft die Mitwirkung der Habsburgischen Monarchie mit den beiden Faktoren der polnischen Politik, den polnischen Legionen und dem Obersten Nationalkomitee, bilde.

Die Verwandtschaft der geschichtlichen Sendung der Dynastie und Polens im Osten bilden jedenfalls eine Gewähr für die Zukunft. Nachdem Polen zugunsten der neuen politischen Ordnung in Europa so viele Opfer gebracht habe, erwarte es einmütig und einträchtig von der nächsten Zukunft die Belohnung in Gestalt einer Wiederherstellung des polnischen Staatwesens.

Die große Aufmerksamkeit und langanhaltender Beifall zeugten davon, daß die Sache selbst und die Schlußfolgerung Anerkennung und ein wohlwollendes Echo gefunden haben. Der Vortragsaal, der Ort der Sitzungen des Rats der Stadt Bern, war vom Publikum dicht besetzt. Unter den über 200 anwesenden Personen befanden sich viele Journalisten und Politiker verschiedener Nationen, die Intelligenz des Dries, die akademische Jugend sowie Mitglieder der Diplomatie. Unter diesen befand sich das Personal der österreichisch-ungarischen Gesandtschaften mit dem Gesandten Baron Gagern an der Spitze, Mitglieder der englischen, der russischen, der italienischen, der deutschen Gesandtschaft und andere.